



ZITRO

Zeitschrift der Grünen Jugend Baden-Württemberg - Ausgabe 02 - 2013 - Preis: 1,50 EUR

WEG MIT DEN
GRENZEN!



WEG MIT DEN
NATIONEN!



WEG MIT DER
UNGERECHTIGKEIT!



#glitter4europe

HEY IHR LIEBEN!

Pünktlich zu den zwei anstehenden Wahlen, der Kommunal- und der Europawahl erscheint die neue Ausgabe der Zitro. Als großes Thema haben wir deshalb dieses Mal das Thema Europa. Das Projekt Europa steht mehr denn je auf der Kippe. Seien es rechtspopulistische und faschistische Parteien, welche überall auf dem Vormarsch sind, ein Handelsabkommen, das sich anschickt, unsere demokratischen Rechte zu beseitigen, oder ein Größenwahnsinniger Präsident, der in der Türkei Meinungsfreiheit massiv einschränkt, indem er soziale Medien verbietet und der bereits angekündigt hat, dass er bei der nächsten Wahl seine Amtszeit verlängern will. Auch den dunklen Seiten Europas, wie beispielsweise der europäischen Asylpolitik und dem Waffenhandel, werden wir uns stellen. Wir werden die Frage diskutieren, ob wir ein gemeinsames europäisches Militär brauchen oder nicht. Zuletzt wollen wir euch natürlich die Motivation nicht nehmen und haben deswegen zwei Artikel für euch in petto, mit Ansätzen, wie wir durch ein soziales Europa, durch eine Demokratisierung oder durch gemeinsame grüne Zusammenarbeit in ganz Europa die Verhältnisse zum Guten verbessern können und gemeinsam für die europäische Idee kämpfen können.

Zum Thema Kommunalwahlen wollen wir euch einige unserer junggrünen Kandidat*innen vorstellen, welche euch dazu im Laufe unserer Ausgabe begleiten werden. Wir haben Artikel unserer Mitglieder zu aktuellen kommunalpolitischen Themen und noch zu anderen interessanten Themen oder Problemen, welche zur Zeit aktuell sind, und setzen uns auch kritisch mit einer politischen Bewegung auseinander.

In unserer neuen "Engagiert euch!"-Kategorie stellen euch zudem unsere Mitglieder einige andere politische Organisationen vor, in denen sie neben der Grünen Jugend engagiert sind (meldet euch ruhig auch mal zu Wort, wenn ihr eine eurer Gruppen vorstellen wollt), um euch einige Möglichkeiten des weitergehenden Engagements zu zeigen.

Wir haben noch viele weitere tolle Inhalte, seien es Artikel zu Grünen Inhalten, ein leckeres veganes Rezept, einen Glitzer-Psychotest und vieles mehr.

Neu ist dieses mal das Onlineformat der Zitro, das wir zusätzlich zur Printausgabe (die natürlich nach wie vor bleibt) veröffentlichen. Dies soll euch einmal den Komfort bieten, alle Artikel schon ca. 3 Wochen vor der Printveröffentlichung durchstöbern zu können. Außerdem wollen wir so für euch die Möglichkeit schaffen, auch zwischen den Ausgaben der Zitros Beiträge zu schreiben, sei es um Artikel zu aktuellen politischen Themen, welche euch am Herzen liegen, zu teilen, sei es, um Leserbriefe an unsere Redaktion oder zu einzelnen Artikeln zu schreiben, oder um zu aktuellen politischen Aktionen und Demonstrationen aufzurufen. Eure Beiträge können wir dann auf der Facebookseite der Zitro und auf einem eigens für die Zitro eingerichteten Teil der GJBW-Website veröffentlichen. So wollen wir versuchen, unseren Teil zu einem aktiven und diversen Verband beizutragen.

Wir hoffen unsere Ausgabe gefällt euch und wir wünschen euch viel Freude beim Lesen!

Eure Redaktion:

Dunya, Marc, Tanja, Clemens und Edwina

EUROPA

Demokratie	04
Stoppt TTIP	05
Gezi Park	06
Wir leben in einer Demokratie	08
Endlich trauen sich die Grünen	10
Femen	12
Queerfeminismus	13
AK Asyl & Migration	15
Ein Interview mit dem Asylbewerber	16
Für ein Recht auf Einwanderung	19
Schweizer Stimmen gegen Zuwanderung ...	20

Alternative für Europa	22
Belarus, was ist das?	24
Der Tod ist ein Meister aus Ba-Wü	26
Europäisches Militär?	30
Wir brauchen ein soziales Europa	32
Europäische Kooperationen	34
Europa wird jung, grün & stachelig!	36
Twinning The City	37

KOMMUNALWAHL

Kandidatenvorstellung	40
-----------------------------	----

LIEBE LESERINNEN UND LESER DER ZITRO,

die neue Ausgabe der Zitro liegt vor und daher möchten wir uns bei den vielen Autorinnen und Autoren sowie der fleißigen Redaktion bedanken. Wiedermal zeigen wir, dass wir ein lebendiger Verband sind, der den Austausch und die Debatte schätzt. Dies macht uns allen viel Freude!

Wir sind gut ins neue Jahr gestartet und haben schon viele Dinge angepackt. Am Anfang des Jahres hat sich der Landesvorstand in Mannheim zu seiner Klausur getroffen, um die erste Hälfte des Jahres zu planen. In Karlsruhe haben wir dann wie immer den Neujahrsempfang veranstaltet, bei dem es dieses Jahr vor allem ums Thema Verkehrspolitik ging. In Pforzheim haben wir mit dem Greenskills-Seminar etwas Neues ausprobiert. Ein Seminarwochenende, mit dem wir Euch Werkzeug an die Hand geben, damit die Ortsgruppe läuft, Mitglieder geworben oder neue Gruppen gegründet werden können. Zahlreiche Teilnehmer*innen machten das Wochenende zu einem Erfolg, so dass wir das gerne wiederholen. In Stuttgart fanden dann auch noch ein Europaseminar und ein Workshop rund ums Thema Queer statt.

Jetzt befinden wir uns schon in der heißen Endphase des Kommunal- und Europawahlkampfes. Wir möchten uns schon mal bei den ganzen Kandidatinnen und Kandidaten sowie Helferinnen und Helfern bedanken! Ihr habt einen klasse Job gemacht und zeigt die junggrüne Flagge vor Ort! Wir wollen jetzt nochmal richtig Gas geben und vor allem die jungen Leute dazu motivieren, an die Urne zu gehen und ihr Kreuz zu machen. Schließlich wollen wir bei der Kommunalwahl auch deutlich machen, dass sich junge Leute für Politik interessieren und die Wahlalterssenkung ein Erfolg wird.

Ob Geld ausgegeben wird für ein neues Jugendhaus, für einen Nachtbus oder für die Modernisierung einer Schulturnhalle – bei den Kommunalwahlen entscheiden wir über die Politik vor unserer Haustür und was in den nächsten fünf Jahren vor Ort passieren wird.

Und wenn es um die freie Wahl von Studien- und Arbeitsorten geht, um den künftigen Umgang mit Flüchtlingen oder um Grenzwerte beim Treibhausgas: Bei der Europawahl gilt es! Gemeinsam wollen wir im Europawahlkampf klar machen, warum wir uns für ein solidarisches und sozial gerechtes Europa der offenen Grenzen einsetzen. Noch ist die Krise nicht vorbei – gerade jetzt ist es wichtig, dass Zusammenhalt und Demokratie in Europa gestärkt werden.

Wie immer werden wir unser Engagement am Wahlkampfstand zeigen und kreative Aktionen auf die Beine stellen. Damit können wir junge Leute von der Bedeutung ihrer Stimme überzeugen und die Wahlen rocken!

Jetzt wünschen wir Euch viel Spaß mit Eurer Mitgliederzeitschrift und freuen uns auf die nächsten Monate mit Euch!

Liebe Grüße

Eva und Marcel

GRÜNE INHALTE

Die Zukunft zuschütten	52	Lörrach	36
Schluss mit dem Gedrängel im Bus	53	Mannheim	37
Sexueller Vielfalt im Bildungsplan	54	Rastatt Baden-Baden	37
Über Sprache und Demokratie	56	Schwäbisch-Hall Crailsheim	38
Kretschmann antwortet	58	Stuttgart	38
Landesdelegiertenkonferenz	59	Tübingen	38
Doppelwahl am 25. Mai	60	Ulm	38
Neues aus dem Landtag	62		
Neues aus dem EP	63		

ORTSGRUPPEN

Esslingen	36	SAFTPRESSE	
Freiburg	36	Rezeptecke	23
Heidelberg	37	Glitzer Psychotest	29
Heilbronn	37	Twitterwall	38
Karlsruhe	38	Zitroaktion	39
Kirchheim	36	Engagiert Euch!	55,57,59
		Impressum	70
		Zeitraffer	71
		Wir im Netz	71

DEMOKRATIE ALS GEDANKE, DEMOKRATIE ALS ZIEL, DEMOKRATIE IN EUROPA.

Der Begriff Demokratie wird im Duden als „Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben“ definiert.

Diese Definition klingt für mich nicht gerade nach der rosigen Vorstellung, welche die Menschen haben, werden wenn sie gegen die diktatorischen oder generell unmenschlichen Zustände in ihrem Heimatland auf die Straße gehen.

Demokratie verbindet man doch eher mit einer aktiven Teilhabe am politischen Geschehen und nicht mit der bloßen Abgabe jeglicher gesellschaftlicher Verantwortung.

Jedoch hat der Begriff Demokratie im Duden mehrere Definitionen:

Demokratie einerseits als Staatsform und andererseits als Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation.

Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes Demokratie kommt aus dem Griechischen und setzt sich aus der Übersetzung der zwei Silben „Demos“ (=Volk) und „Kratia“ (=Herrschaft) zusammen.

Es handelt sich also um die Herrschaft des Volkes. Ob die Herrschaft in politischen Systemen, in denen ein Großteil der Bevölkerung nicht wahlberechtigt ist und sich nicht alle Wahlberechtigten an der „Volksherrschaft“ beteiligen, demokratisch ist, ist fraglich.

Doch eins ist sicher, die Demokratie ist ein großer Schritt hin zur gleichberechtigten Partizipation der Bürger*innen, auch wenn sie in dieser Hinsicht je nach Land und je nach Interpretation variiert.

von Edwina Iyen

STOPPT TTIP

- UND ZWAR JETZT!

Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, kurz TTIP, kommt zunehmend in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Wer jedoch genauer hinschaut, erkennt hinter dem Abkommen den Ausverkauf unserer Bürger*innenrechte und Geschenke für Großkonzerne versteckt, ausgehandelt von einigen wenigen Eliten und Industrielobbyisten, die auf diesem Weg versuchen, ihre neoliberale Wachstumsdoktrin durchzudrücken.

WAS SAGEN DIE BEFÜRWORDER*INNEN VON TTIP?

Das erste Argument der Befürworter*innen ist, Europa brauche angeblich mehr Wachstum und naheliegend dafür sei die Schaffung einer Freihandelszone, um dadurch neue Märkte erschließen zu können. Außerdem führe das zusätzliche Wachstum zu mehr Arbeitsplätzen (nach Studien der nicht unabhängigen Bertelsmann-Stiftung zu ca. 2 Millionen neuen Jobs).

Das Abkommen schaffe darüber hinaus auch einen mächtigen Wirtschaftsblock, der mit ca. 50 Prozent der Weltwirtschaft den Wohlstand der Menschen sicherstelle.

UND WARUM SIND WIR ALS GRÜNE JUGEND UND VIELE WEITER NGOS DAGEGEN?

Die Verhandlungen laufen vollkommen intransparent und sind mit unseren demokratischen Prinzipien unvereinbar. Des Weiteren liegen die aufgeführten Ergebnisse der Studien und die genannten positiven Effekte für die Wirtschaft falschen beziehungsweise geschönten Annahmen zugrunde und stellen die Entwicklung im optimistischsten Szenario über einen Zeitraum von zehn Jahren dar. Vergleichbare Studien wurden bereits bei der Freihandelszone NAFTA (Mexiko, USA, Kanada) in den neunziger Jahren gemacht;

diese haben sich bereits als falsch herausgestellt.

Ein weiterer kritischer Punkt ist das Wachstumsversprechen. Der angekündigte Wohlstand würde sich auf einige wenige Menschen konzentrieren, nämlich auf Großindustrielle. Der Großteil wird jedoch auf der Verlierer*innenseite stehen. Durch die Harmonisierung der Wirtschaftsblöcke, was den Abbau von unseren und den US-amerikanischen Standards bedeutet, haben wir vieles zu verlieren. Das reicht von Sozialstandards über Ökostandards bis hin zu der Deregulierung der Finanzmärkte.

Das Abkommen würde aber auch Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft haben. Unter dem steigenden ökonomischen Druck werden besonders Länder des globalen Südens leiden.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass die Argumente für TTIP in keinem Verhältnis zu den Gegenargumenten stehen. Von diesem Abkommen profitiert die Großindustrie, wir Bürger*innen hingegen haben eine Menge zu verlieren.

Es gibt viele weitere kritische Punkte wie das geplante Investitionsschutzabkommen, die Abschaffung des Vorsorgeprinzips oder die drohende Privatisierungswelle, die gegen TTIP sprechen und für ein Aktivwerden dagegen. Gemeinsam mit vielen anderen NGOs macht die GRÜNE JUGEND Aktionen gegen TTIP, an denen auch ihr teilnehmen könnt. In der GJ gibt es seit Kurzem eine AG Handelspolitik/StopTTIP, an der ihr euch beteiligen könnt. Seid dabei und tut eurem Protest gegen TTIP kund!

von Jennifer Werthwein

INTERESSE?

Falls ihr Interesse habt meldet euch einfach!
(no-ttip@gruene-jugend.de)

GEZI PARK



As you probably know, Taksim Gezi Park protests in Turkey started on 28 May 2013. The protests took place across Turkey with a wide range of concerns. Turkish people have been tired of strict authoritarianism of President Recep Tayyip Erdoğan who has been in power since the general election of Turkey in 2002. After many banning issues and controlling of free speech of journalists and the press, he and some responsible people from his party (Justice and Development Party) wanted to ban late-night sales of alcohol and the ban was lifted by the court on May 25, 2013. A few days later he wanted to destroy Gezi Park which is the only green left in the center of Istanbul in order to having a construction of a shopping mall instead of Gezi Park.

On May 28, 2013 citizens (especially well-educated left wing university students) gathered in Taksim Gezi Park to protest against

the demolition of the park. And then the policemen started entering the Gezi Park with tear gas and water cannons containing strong chemicals in addition to physically harmful when the peaceful protesters were sleeping in tents in the park. The protestors' goal was to protect the park. On June 1, the protests got outspread to whole Turkey and thousands of people in Turkey resisted the AKP administration's policies and the silence of the mainstream media. Demonstrators also gathered in the Kızılay Square in Ankara at that time and the police tried to disperse them by excessive use of tear gas. A group of artists-actors, scientists, and some members of the parliament as well as opposite party sat between the protestors and police to support protests. Police did not allow activists and intervened with tear gas to disperse them. Despite the excessive use of tear gas, people did not disperse. I can say that I have never seen Turkey unique as much as before. People from different cities-parties-soccer teams (Your side in soccer is a strong issue in Turkey)-political opinions were altogether to say "We want the government to resign!". The protest at the park is a protest against their corrupt government. Erdoğan, as usual, insulted and threatened protestors and called it "Gezi Park of terrorists".

For the civilian protests it was never only about the park. The park became a symbol for everything that the government is tearing down, the trees they cut down, the history they destroyed in the name of economical growth. People gave flowers to polices, built up a library in the park, worked voluntarily as lawyers and doctors. It was the high time to raise up our voice after many years of silence.

As I wrote above, it was a peaceful demonstration as a reaction to the government. None of the demonstrations was organised by any political party or organisation. However, the police brutality in the Gezi Park was entirely massive.

SONGTEXT:

IMAGINE THERE'S NO COUNTRIES
IT ISN'T HARD TO DO
NOTHING TO KILL OR DIE FOR
AND NO RELIGION, TOO

IMAGINE ALL THE PEOPLE
LIVING LIFE IN PEACE

YOU, YOU MAY SAY I'M A DREAMER
BUT I'M NOT THE ONLY ONE
I HOPE SOMEDAY YOU WILL JOIN US
AND THE WORLD WILL BE AS ONE

JOHN LENNON - IMAGINE



According to the Turkish Medical Association, about 8,000 people were injured as a result of the police's heavy-handed interventions: 104 sustained serious head injuries and 11 lost an eye, mostly after being hit by plastic bullets fired by the police.

[A protestor who reads a book](#)

DECEMBER 17 CORRUPTION SCANDAL

On December 17, 2013 the Financial Crimes and Battle Against Criminal Incomes department of the Istanbul Security Directory detained 47 people. Turkish ministers' sons were arrested in corruption and bribery investigation. The police confiscated some \$17.5 million as money used in bribery during the investigation; \$4.5 million was found at a residence. Prosecutors accuse 14 people of bribery, corruption, money laundering and smuggling gold.

Tension actually increased in November when Erdogan announced plans to close down or transform prep-schools owned by the Gülen movement which were supporting Erdogan's party strongly. Lately, people from the Gülen's (Islamic cleric Fethullah Gulen) movement have been revealing new recordings on Youtube and Twitter since December 17 as a revenge. Political tensions further stirred by the recording of corruption scandal of Erdogan and his son, Bilal Erdogan. Erdogan, at the beginning of the recorded conversations which revealed on February 25, allegedly conducted over an encrypted line, briefs his son, about the operation and asks him to "zero" the money by distributing it among several businessmen. In this recording, his voice was heard discussing means of getting rid of large amounts of

money from an undisclosed residence - at least \$1 billion. People highly believe that this is not dubbed recording even though Erdogan refused. I would also appreciate foreign media to publish this important recording in different languages.

BERKIN ELVAN AND TURKEY NOW

14 year old Berkin Elvan was shot with a 850 gr. gas cannister on June 16, 2013. He was not a protester, he was going to the market to buy some bread to eat at breakfast. He was hit in the head by a teargas cartridge fired by the police and he had been in a coma ever since-269 days. He was 16 kgs when he died yesterday, at 07.00 am. After Berkin Elvan's death was announced, people made a call on social media and hundreds of people gathered to show their anger on the streets yesterday. The police pursued the protesters to attack them while crowds chanted "murderer Erdogan" and "Dictator Erdogan" from almost all over Turkey.

[For the funeral of Berkin/Istanbul now](#)

Turkey will hold local elections on 30 March 2014. We will face the most critical local elections of all the time. Last week, Erdogan claimed that social media sites have been abused by his political enemies and so Facebook and YouTube could be banned following local elections at the end of March.

von Pinar Temocin

NACHTRAG DER REDAKTION:

Nachtrag der Redaktion: Am 21. März hat Erdogan den Dienst Twitter wegen unliebsamer Nachrichten über ihn, die dort verbreitet werden, in der Türkei sperren lassen, am 27. März ließ er, ebenfalls aufgrund dort verbreiteter Korruptionsvorwürfe, die Videoplattform Youtube sperren.

WIR LEBEN IN EINER DEMOKRATIE - ABER WO GENAU WIRD DIE DEMOKRATIE

Wie ein Gespenst geistert gerade ein Projekt durch die Medien, taucht hier und dort im Fernsehen und in Artikeln auf, hat in den Social Media und in Online-Petitionen schon für so einige Aufregung und Unterschriften gesorgt und stößt aufgeregte Gespräche zwischen den Bürger*innen an. Die Rede ist vom TTIP, dem großen Freihandelsabkommen, das die EU mit den USA abschließen möchte. Das TTIP hat Potenzial das Leben der 500 Millionen Europäer*innen stark zu beeinflussen: Es schreibt die Geschichte der Deregulierung, Liberalisierung und des freien Wettbewerbs fort und gibt diesen Prinzipien immer größeren Einfluss auf die Art und Weise, wie wir unser Miteinander und unsere Versorgungs- und Infrastruktur organisieren. Freiheiten und Selbstbestimmung in den Kommunen und Bundesländern, werden eingeschränkt zugunsten der Freiheiten und Rechte von Großkonzernen und Investoren. Wollen wir das? Vielleicht wissen wir das noch gar nicht! Vielleicht gibt es eine Art von Abkommen, das viele Bürger*innen unterstützen würden. Doch wie ein solches Abkommen aussehen würde und ob die Bürger*innen ihm zustimmen würden, das werden wir nie erfahren. Denn die Art und Weise, wie gerade auf EU-Ebene über das TTIP verhandelt wird, steht exemplarisch für das demokratie-ignorante Verhalten der EU bei vielen maßgeblichen Richtungsentscheidungen der letzten Zeit. Wie schon bei ESM und Fiskalpakt verhandelt eine möglichst kleine Gruppe auf höchster Ebene über die konkrete Ausgestaltung von Gesetzen. Die Verhandlungsinhalte und Positionen werden geheim gehalten

und alle Beteiligten unterliegen strenger Schweigepflicht. Nach ihrer Meinung gefragt werden ausgesuchte Wirtschaftslobbyisten vorwiegend aus dem Industrie- und Bankenbereich, die so ihre Interessen geltend machen können. In kürzester Zeit werden dann Maßnahmenpläne zusammengestellt, die auch ganz grundlegende Prinzipien der europäischen Zusammenarbeit verändern oder nichtig machen. Ist das Paket einmal geschnürt, wird es in Begleitung von Reden über Alternativlosigkeit und unausweichlichem Handlungsdruck durch die nationalen Parlamente gedrückt, sozusagen zwangslegitimiert. Einmal beschlossen ist es für ein einzelnes Land nur sehr schwer möglich, sich wieder zu entziehen: Die Verträge können nur mit Zustimmung aller Vertragsländer wieder geändert oder aufgehoben werden.

Eine faire Beteiligung von Interessenvertreter*innen, die andere Gruppen vertreten als Wirtschaft und Industrie? Nicht notwendig. Eine inhaltliche Einbeziehung des EU-Parlamentes und der nationalen Parlamente? Keine Zeit. Eine breite öffentliche Debatte, die den Menschen ehrlich Vor- und Nachteile erklärt oder zumindest offenlegt, worüber geredet wird? Nicht notwendig. Das Ausloten von Alternativen und eine fundierte Analyse von Krisenursachen, um sie bei den Lösungen zu berücksichtigen? Keine Zeit. Volksabstimmungen, um zu sehen, ob die Menschen die vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützen? Viel zu unsicher und außerdem: keine Zeit! Man darf das nicht falsch verstehen: Die verschiedenen Organe der EU sind rein formal demokratisch legitimiert, doch sie missachten in ihrem Vorgehen ganz massiv unverzichtbare demokratische Prinzipien wie: Transparenz, faire Beteiligungschancen aller relevanten Interessengruppen und ausreichend Zeit für breite öffentliche Debatten und zur Entwicklung nachhaltiger Lösungen. Der Schaden für die europäische Idee wird immer deutlicher: in fast allen Ländern sinkt das Vertrauen in die EU und die nationalistischen Parteien profitieren. Eine EU, die die Demokratie nicht ernst nimmt und meint, die Verantwortung für die Lebensumstände von 500 Millionen Menschen sei auf den Schultern einer Handvoll EU-Kommissar*innen gut aufgehoben, wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht. Wir müssen umdenken. Gewählte Politiker*innen müssen und sollen entscheiden,

SONGTEXT:

ROCK BOTTOMS WHERE WE LIVE,
AND STILL WE DIG THESE TRENCHES,
TO BURY OURSELVES IN THEM,
BACKS BREAKING UNDER TENSION

FOR FAR TOO LONG THESE VOICES,
MUFFLED BY DISTANCES,
IT'S TIME TO COME TO OUR SENSES,
UP FROM THE DIRT

WE GIVE IT ALL, NOW THERE'S A REASON WHY I SING,
SO GIVE IT ALL, AND IT'S THESE REASONS THAT BELONG TO ME

RISE AGAINST - GIVE IT ALL

DEMOKRATIE WIE GELEBT?

doch sie müssen sich auch als Organisator*innen von politischen Beteiligungsprozessen verstehen. Es ist ihre Aufgabe die wichtigsten politischen Themen in die Gesellschaft hineinzutragen und durch Beteiligung die relevanten Informationen, Perspektiven und Bedürfnisse möglichst vieler verschiedener Gruppen einzuholen und in ihrer Entscheidung zu berücksichtigen. Dafür müssen dauerhafte Strukturen geschaffen werden, denn wir brauchen den Input der Gesellschaft nicht nur einmal, wir brauchen ihn immer wieder. Wenn wir in einer erwachsenen Demokratie leben wollen, müssen wir Beteiligung etablieren, ermöglichen und einüben, überall da, wo Menschen zusammen sind und so früh wie möglich. In den Schulen sollten die SMVen wirkliche Verantwortung erhalten, so dass die Schüler/innen lernen, Positionen zu beziehen, Argumente zu formulieren und Kompromisse zu finden. Neben der Einführung von Jugendparlamenten sollten die Gemeinderäte sich öffnen, öfter Bürger*innenversammlungen abhalten, transparent informieren und zusammen mit den Bürger*innen Leitfäden für Bürger*innenbeteiligung vor Ort entwickeln. Die Landtage sollten Instrumente wie den Bürger*innenantrag und Bürger*innenbegehren in den Kommunen erleichtern und landesweite Volksinitiativen und Volksabstimmungen nicht mehr fürchten, sondern als Chance begreifen, zu erfahren, welche Themen den Menschen unter den Nägeln brennen. Dazu brauchen wir auch endlich bundesweite Volksabstimmungen. Und auch in der Wirtschaft und der Verwaltung sollten hierarchische Strukturen aufgebrochen und Eigenverantwortung und Mitbestimmung gestärkt werden.

Doch eins ist auch klar: Die Verantwortung für diese neue Beteiligungskultur, ohne die wir die vielen Herausforderungen wie Energiewende, ein nachhaltiges Wirtschafts- und Finanzsystem, mehr soziale Gerechtigkeit, und vieles mehr, nicht angehen können, liegt nicht nur bei den Politiker*innen: Wir Bürger*innen müssen uns aufrufen! Wir müssen uns interessieren, informieren, Zeit und Energie einplanen. Das heißt nicht, dass wir alle Teilzeitpolitiker*in werden müssen, doch alle vier Jahre zur Wahl gehen ist zu wenig. Und der Wandel hat schon begonnen, auch hier in Baden-Württemberg! Die Chancen, sich zu beteiligen, werden immer vielfältiger und wir können uns dafür einsetzen, dass sie weiter ausgebaut werden. Jugendliche dürfen jetzt ab 16 Jahren ihren Gemeinderat mitwählen, können ein Bürger*innenbegehren starten, in einem Bürger*innenentscheid mit abstimmen oder einen Bürger*innenantrag mit ihrer Unterschrift unterstützen. Gerade

startet eine große landesweite Kampagne, die die Jugendlichen zum Wählen motivieren möchte, darüber hinaus aber klar machen will: Politik geht uns alle an! Sie ist spannend, weil sie ganz konkret unser Leben beeinflusst und es macht Spaß sich in politische Themen einzuarbeiten, sich eine Meinung zu bilden und mit anderen zusammen an guten Lösungen zu arbeiten. Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass wir die Demokratie, die nichts anderes ist als die Organisation UNSERES Zusammenlebens, an die Politiker*innen und die wichtigen Entscheidungen an die Expert*innen weg delegieren können. Auch wenn die Welt sehr kompliziert geworden ist, müssen wir Stellung beziehen und auf unterschiedlichsten Wegen den Standpunkten Gehör verschaffen, die unserer Meinung nach zu einer besseren Gesellschaft beitragen. Wir alle müssen die Demokratie leben, sonst bleibt sie ein uneingelöstes Versprechen.

von Sarah Händel

ZUR AUTORIN:

Sarah Händel arbeitet beim Verein Mehr Demokratie e.V., der sich für mehr Bürger*innenmitbestimmung durch Volksentscheide und Bürger*innenentscheide einsetzt. Durch die direkte Demokratie können die Bürger*innen die Initiative zu einem Thema ergreifen und auch mal in der Sache selbst entscheiden.

Mehr Infos unter: www.mehr-demokratie.de

INTERESSE?

Du willst politisches Engagement in deiner Schule, in deinem Jugendzentrum, in deiner Kommune, zum Thema machen? Dann schau dir die Aktions-Angebote der Kampagne „Wählen ab 16“ mal an:

<http://www.waehlenab16-bw.de/>

ENDLICH TRAUEN SICH DIE GRÜNEN MAL WIEDER WAS!

WARUM DIE GREEN PRIMARY EIN RICHTIGER UND WICHTIGER SCHRITT WAR

„Die da in Brüssel entscheiden doch eh was sie wollen!“ „In der EU hat man doch sowieso nichts zu melden!“ „Die Leute, die in Brüssel Politik machen, kennt man doch gar nicht!“ „Denen sind doch Gurken viel wichtiger als wir Menschen!“

Solche oder andere Vorurteile kursieren ständig in Medien oder auf der Straße. Wir alle haben sie schon einmal irgendwo gehört. EU-Politik wird oftmals als etwas Unberechenbares wahrgenommen, das sich fernab von der Lebensrealität der Bürger*innen befindet. Doch dieses Bild von der EU ist nur eine (halbe) Seite der Medaille. Die EU ist ein Projekt, das einer Region nach zwei Weltkriegen Frieden schaffen und Wohlstand sichern sollte. Diese Idee wurde in weiten Teilen umgesetzt.

Wir als junge Menschen sind mit Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit innerhalb der EU aufgewachsen. Wir feiern die Fußball-Europameisterschaft und den Eurovision Songcontest. Erasmus ist jeder*m von uns ein Begriff und der Euro als gemeinsame Währung ist eigentlich gar nicht mehr aus dem Leben wegzudenken.

Wir lieben Europa und hassen die EU? Oftmals scheint es so. Wir genießen die Vorzüge und kümmern uns aber nicht, wie Entscheidungen zustande kommen (Wahlbeteiligung bei Europawahlen liegen bei unter 40 Prozent). Es wird verdrängt, wie sehr Entscheidungen, die in Brüssel gefällt werden, unsere Lebensrealität betreffen. Die EU ist näher als viele glauben. Die EU hat aber aufgrund ihrer Bürokratisierung und Komplexität die Nähe zu vielen

Menschen verloren. Die EU ist kein „Monstrum“, das irgendwo haust und den Menschen nur Schlechtes will. Doch wie kann man das Bürger*innen zugänglich machen?

DIE IDEE DER #GREENPRIMARY

Um die gefühlte Distanz vieler Menschen zur EU aufzubrechen, haben die Grünen im Vorfeld der diesjährigen Europawahl etwas ganz besonderes gewagt: die Green Primary. Sie haben über ihre europäischen Spitzenkandidat*innen (eine Frau und einen offenen Platz) drei Monate lang von allen Menschen über 16, die in der EU leben, abstimmen lassen. So etwas gab es auf europäischer Ebene zuvor noch nie.

Es ist schon lange eine grüne Forderung, das Wahlalter zu senken, damit nicht erst ab 18 gewählt werden darf. Es sollen möglichst viele Menschen in demokratische Prozesse miteinbezogen werden. Es ist auch schon lange eine grüne Forderung, Wahlen über sogenannte „transnationale Listen“ durchzuführen. Mit solchen Listen würde nicht über die Kandidat*innen einer Partei in einem Land (z.B. in Deutschland oder Finnland) abgestimmt werden, sondern über die Kandidat*innen einer europaweiten Partei. Alle Grünen in der EU würden über die Grünen-Parlamentarier*innen abstimmen, alle SPDler*innen in der EU über die SPD-Parlamentarier*innen. Damit würde man dem Schritt, nationale Grenzen zu überwin-

den und einen föderalen Bundestaat anzustreben, sehr viel näher kommen. Zu guter Letzt ist es schon lange eine grüne Forderung, dass Menschen, die keine europäische Staatsbürger*innenschaft haben, aber in der EU leben, möglichst schnell wählen können. Menschen sollten unabhängig von ihrer Staatsbürger*innenschaft an dem Ort, an dem sie wohnen, mitbestimmen können.

Diesen Visionen sind Taten gefolgt. Genau diese Aspekte wurden mit der Green Primary versucht, im Kleinen umzusetzen. Eigentlich sollten wir froh sein, dass diese Partei wenigstens für solche Experimente ihren Mut (den sie manchmal missen lässt) nicht verloren hat.

.... ABER DANN HAGELTE ES KRITIK

Doch das Green-Primary- Experiment wurde vielfach kritisiert. Wieso? Zum einen wurden mangelnde Datenschutzvorkehrungen beklagt, da man, um abzustimmen, die Handynummer und Mailadresse angeben musste. Außerdem gab es keine Kontrolle (außer Vertrauen), sodass die Möglichkeit bestand, dass Menschen unter 16 abstimmen oder Menschen mehrmals abstimmen konnten.

Skandal! Betrug! Manipulation! Kann man unter solchen Umständen das Ergebnis überhaupt ernst nehmen? Und dann haben da nur knapp über 20.000 Menschen in der ganzen EU abgestimmt - angepeilt waren circa 100.000. Hat sich die Primary damit nicht selbst lächerlich gemacht?

ALLES FÄNGT MAL KLEIN AN

Es wird gerne vergessen, dass die Green Primary eins ist: nämlich ein Experiment. Es ist klar, dass noch nicht alles perfekt sein kann. Aber man lernt aus Fehlern.

Ska Keller, die Kandidatin unserer europäischen Dachorganisation (FYEG), wurde bestimmt nicht europäische Spitzenkandidatin, weil ein und dieselbe Person 22.676 mal aus purer Langeweile nur für Ska abgestimmt hat, sondern weil 22.676 Personen (vielleicht auch eine Handvoll weniger) sie gewählt haben. Das ist für

einen Anfang nicht schlecht. Es ruft ja auch niemand „Schande!“, wenn Angie Merkel ihren ganz persönlichen CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, David McAllister, einfach so aus dem Hut zaubert, ÜBERRASCHUNG! Und so haben die Grünen zumindest gewährleisten können, dass 22.676 Menschen mehr über ihre Spitzenkandidatin abstimmen konnten als in der CDU.

Die Grünen haben sich mit der Green Primary ihren eigenen Ansprüchen gestellt: Sie haben die EU den Bürger*innen näher gebracht. Sie haben Demokratie erlebbar gemacht. Sie haben alle Menschen mit EU-Wohnsitz in Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Und das ist ein enorm wichtiges Zeichen! Wer Demokratie heutzutage ernst nimmt und wer Politikverdrossenheit entgegenwirken möchte, muss Bürger*innen in Entscheidungsprozesse miteinbinden. „Mitbestimmung“ ist eins der Rechte, das in unserer immer komplexer werdenden Welt schnell mal hinten runter fällt. Und es braucht ein deutliches Gegengewicht zu den Verteidiger*innen von Hinterzimmer-, Klüngel- und Lobbypolitik, wie wir sie momentan bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU in aller Deutlichkeit unter die Nase gerieben bekommen.

Wenn Ideen neu sind, dann brauchen sie eben manchmal Zeit. Und diese Zeit sollten auch die Grünen nehmen bei dem Versuch, die EU ein Stück demokratischer zu machen.

von Theresa Kalmer

SONGTEXT:

1990'S, OPTIMISTIC AS A TEEN
BUT NOW IT'S TERROR, AIRPLANES CRASH INTO TOWERS
THE DAILY MAIL SAY'S "THE ENEMY IS AMONG US!"
"TAKING OUR WOMEN AND TAKING OUR JOBS"
THE REASONABLE THOUGHT IS BEING DROWNED OUT
BY THE NON-STOP BAYING, BAYING FOR BLOOD

SO I GO HUNTING FOR WITCHES
I GO HUNTING FOR WITCHES
HEADS ARE GOING TO ROLL
I GO HUNTING FOR

I WAS AN ORDINARY MAN, WITH ORDINARY DESIRE
I WATCHED TV IT FORMED ME
I WAS AN ORDINARY MAN WITH ORDINARY DESIRE
THERE MUST BE ACCOUNTABILITY
DESPERATE AND MISINFORMED
FEAR KEEPS US ALL IN PLACE

BLOC PARTY - HUNTING FOR WITCHES

FEMEN

– MEHR BRUST ALS INHALT

Was haben Markus Lanz, die Besucher*innen der Weihnachtsmesse in Köln, Merkel und Putin gemeinsam? Alle kennen die Brüste von FEMEN Aktivistinnen, beschmiert mit ihren politischen Forderungen. Schon lange ist die feministische Organisation FEMEN aus der Ukraine in Deutschland angekommen. Bekannt ist die Gruppierung wegen ihrer Protestform. Aktivistinnen stürmen öffentliche Veranstaltungen mit nackten Oberkörpern und mit zeretzter Kleidung und hoffen so auf eine hohe mediale Außenwirkung. Ihre Proteste richten sich gegen das Patriarchat, gegen Geschlechterrollen und gegen die Unterdrückung der Frau. FEMEN sind nicht nur ein europäisches Phänomen. Soziale Medien und das Internet verschaffen ihnen mittlerweile einen globalen Charakter. Angesichts der weltweit steigenden Zahl von Gewalttaten gegen Frauen, ist grenzüberschreitender Feminismus ein wichtiger Schritt der Frauenbewegung. Das hat auch FEMEN längst begriffen.

Die 19 jährige Aktivistin Amina Sboui aus Tunesien beispielsweise wanderte ins Gefängnis, weil sie es gewagt hatte, mit Oben-ohne-Fotos für Frauenrechte zu demonstrieren. Mitte Mai war sie deshalb wochenlang eingesperrt. In Deutschland wurde Amina vor allem wegen der Protestaktion einer FEMEN-Aktivistin aus Hamburg bekannt. Josephine Witt protestierte in Tunis, gemeinsam mit zwei Französisinnen, mit nackten Brüsten vor dem Justizpalast, für die Freilassung von Sboui. Daraufhin saßen die drei jungen Frauen vier Wochen im Gefängnis. Die Proteste weiteten sich danach immer weiter gegen die muslimische Welt aus, woraufhin Amina FEMEN verließ. "Ich will nicht, dass mein Name mit einer islamfeindlichen Organisation in Verbindung steht", sagte sie gegenüber der Presse. Doch wie effektiv kann die Protestform von FEMEN sein, wenn sie Frauen aus anderen Glaubensgemeinschaften ausschließt? Der Drang zum nackten Protest ist schlimmstenfalls kontraproduktiv. Die tunesische Frauenrechtlerin Nadia Chaabane empörte sich, dass die FEMEN Proteste von den eigentlichen Problemen ablenken. Die tunesischen Islamisten machen aus der Diskussion um Frauenrechte eine Identitäts- und Glaubensfrage. Die nackten Oberkörper gegen den Islam machen auf ihre Art das Spiel mit. Auch sie machen aus der Emanzipation der Tunesierinnen eine Identitätsfrage und einen Kulturkampf, indem sie sich undifferenziert mit Glauben, Tradition und der eigentlichen Unterdrückung auseinandersetzen.

Doch wo hat der nackte FEMEN-Aktivismus seinen Ursprung? Zu Beginn des Jahres 2008 stand die Tabuverletzung im Mittelpunkt. Die ukrainischen Frauen wollten ihren feministischen Geist aus der



misslungen Revolution bewahren. Die größte feministische Herausforderung war anfangs der Kampf gegen den Sextourismus in der Ukraine. Dabei konnte die weibliche Brust als eine klare Kampfansage gegen Gewaltverherrlichungen verstanden werden. Für die Frauen war klar, dass die Ukraine kein Bordell ist und sie reagierten mit den Parolen wie "Ihr wollt Brüste – bitte, hier habt ihr sie!". Die Rolle zwischen Opfer und Täter war klar. Auf der einen Seite Zwangsprostitution auf der anderen Seite ein System, das dies klar leugnet. Doch was hat sich verändert in den letzten sechs Jahren? Je globaler die FEMEN Aktionen wurden, desto weniger waren die Opfer-Täter-Strukturen klar. So kämpften die Frauen bei Lanz gegen die Fußball WM in Katar und riefen zum Boykott der „FiFa-Mafia“ auf. Auf Facebook protestierten sie gegen Polizeigewalt und in Hannover gegen Putin und sein hartes Vorgehen mit NGO Aktivist*innen. FEMEN verliert sein politisches Ziel – der Aktivismus bezieht sich schon lange nicht mehr nur auf Feminismus. In Berlin riefen sie vor einer Moschee einen "Topless Jihad Day" aus– nicht wissend, dass die Moschee zur der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft gehört, die gerade wegen ihrer Toleranz in vielen Ländern verfolgt wird. Durch den Dschungel wilder Aktionen, verliert man den roten Faden und es ist unklar, welchen Inhalt FEMEN nun überhaupt vermitteln möchte. Sie laufen Gefahr, dass ihre Aktionen nur noch auf die blanke Brust einer nackten Frau reduziert werden. Je inhaltsloser sie werden, desto radikaler muss das Bild sein. In Hamburg zeigten Aktivistinnen ein Plakat mit der Aufschrift "Arbeit macht frei" und bezeichneten Prostitution als "Genozid an Frauen". Fern von feministischen Rechten der Sexarbeiterinnen lenken sie die Diskussion durch inakzeptable Vergleiche in eine völlig falsche Richtung. Egal welche nackten Überraschungen FEMEN für die Welt auch noch bereithält, so bleibt doch ihr zugespitztes Auftreten die größte Schwäche. Es geht ihnen nicht um Inhalte, sondern um Bilder, Empörung und Schlagzeilen. Anstatt für Frauenrechte zu kämpfen, beschuldigen sie vielmehr ihre eigene Lobby und schießen sich oftmals ein Eigentor.

von Dunya Ballou

QUEERFEMINISMUS ALS RADIKALKRITIK DES GESCHLECHTERSYSTEMS

In Baden-Württemberg tobt momentan eine Auseinandersetzung über den grünen Bildungsplan, der Akzeptanz für sexuelle Vielfalt als Querschnittsaufgabe in der Bildung verankern will. Der Vorschlag der Grünen, im Schulalltag und Bildungsplan nicht nur über heterosexuelle Liebe (die Liebe zwischen Mann und Frau) zu reden, hat viele Menschen in den letzten Monaten sehr wütend gemacht. Frauen, die Frauen lieben? Menschen, denen das Geschlecht ihres Gegenübers egal ist? Menschen, die doch Frauen sind, aber selbst lieber Männer sein wollen? Furchtbar! Die Grünen wollen damit doch nur Menschen homosexuell „machen“ und sie „umerziehen“! Aber leider ist dies nur eines von vielen bedrückenden Beispielen, die zeigen, wie wenig akzeptiert sexuelle Vielfalt fernab der Heterosexualität in Deutschland ist.

Doch dies ist kein Einzelphänomen - in anderen Teilen Europas wird ebenso offener Hass gegenüber Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen zur Schau gestellt. Zu Gay Prides (Straßenumzüge, auf welchen Menschen für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen auf die Straße gehen) brauchten die Demonstrierenden vielerorts massiven Polizeischutz, um demonstrieren zu können. Oft leben sich als queer, homosexuell, inter- oder transsexuell bezeichnende Menschen in ständiger Angst, geoutet zu werden, da es nicht nur gesellschaftliche Ausgrenzung und Ächtung für sie bedeutet, sondern häufig auch körperliche Gewalt. In Belgrad z.B. wurden einige Gay Prides auch schon abgesagt, weil der Schutz der Demonstrierenden nicht gewährleistet werden konnte. Menschen und Liebe, die nicht heterosexuell ist, sind weder in Deutschland, der EU, noch auf anderen Teilen der Welt akzeptiert. Doch woher kommt diese Diskriminierung?

BIOLOGISCHE GESCHLECHTLICHKEIT

Oft wird diese Diskriminierung als naturgegeben dargestellt, und dass es zwei Geschlechter gibt, als Fundament unserer Gesellschaft ausgemacht. Doch es stellt sich die Frage, ob

es biologisch gesehen überhaupt nur zwei Geschlechter gibt. Geschlecht taucht in der Biologie zumeist in drei Formen auf. Es gibt Tierarten, die binär funktionieren, d. h. die Zeugung von Nachkommen entsteht durch zwei verschiedene Geschlechter. Außerdem gibt es Zwitter, die auf unterschiedlichste Art und Weise Nachkommen zeugen, z.B. indem sie ihr Geschlecht anpassen, es sich mit der Zeit/Alter ändert, etc.

Die Zweigeschlechtlichkeit ist auch die Vorstellung, der unsere Gesellschaft folgt. Von Natur aus soll es Männer und Frauen geben, damit sich Menschen fortpflanzen können. Deswegen ist es für viele auch nur richtig, dass sich Männer und Frauen lieben. Sonst könnten die Menschen ja irgendwann aussterben. Vorstellung? Ja, denn es gibt auch beim Menschen geschlechtliche Vielfalt, und es ist medizinisch gar nicht so genau geklärt, welche biologischen Merkmale eine Frau oder einen Mann ausmachen. Die Übergänge sind fließend zwischen übergroßer Klitoris und



Mikropenis oder schlicht nicht einteilbar, wenn sowohl Hoden als auch Eierstöcke vorhanden sind. Menschen, die mehrere geschlechtliche Ausprägungen haben oder einem anderen als ihrem anhand der biologischen Merkmale zugesprochenen Geschlecht angehören wollen, können sich also in keine der zwei Kategorien einordnen. Und es ist schwer nachzuvollziehen, wie es sich anfühlt, wenn man bei einer so grundlegenden gesellschaftlichen Einteilung nicht dazugehört.

Ein Hoffnungsschimmer ist, dass inzwischen Inter- und Transsexualität/-identität nicht mehr als krankhaft angesehen werden. Kinder müssen nicht direkt nach der Geburt operiert werden, um ihnen ein eindeutiges Geschlecht zuweisen zu können. Der Name muss auch nicht mehr eindeutig ein Geschlecht anzeigen und im Pass muss es auch nicht mehr von Geburt an vermerkt sein. Vielleicht dürfen sogar bald gleichgeschlechtliche Paare zusammen Kinder adoptieren. Aber das ist nur ein schwacher Trost, wenn gleichzeitig ein Bildungsplan krasse Ressentiments und Stigmatisierungsprozesse hervorruft.

DISKRIMINIERUNG ALS KOMPONENTE DES SYSTEMS

Es ist dabei aber wichtig, dass die Kritik am zweigeschlechtlichen System grundlegend ist. Nicht nur Frauen leiden unter der Unterdrückung durch Rollenbilder und Diskriminierungen, sondern auch Menschen, die sich im zweigeschlechtlichen System nicht einordnen können.

Es genügt deshalb nicht, nur zu kritisieren, dass Frauen in unserer Gesellschaft benachteiligt und diskriminiert werden, denn diese Kritik bleibt in dem zweigeschlechtlichen Rahmen, der die herrschenden Zustände zusammenhält. Um das Patriarchat* als gesellschaftliches Fundament auszuhebeln, müssen Heteronormativität (die Idee, dass alle Menschen heterosexuell sind bzw. sein sollen) und die Konzepte der Zweigeschlechtlichkeit angegriffen und hinterfragt werden.

Nur so können wir es auch erreichen, in einer Welt zu leben, in der Geschlecht keine Rolle mehr spielt, und Menschen auf ihre eigene Art und Weise akzeptiert werden - egal welches Geschlecht sie haben, welchem Geschlecht sie sich zuordnen wollen und welches Geschlecht sie lieben. Ein Konzept, das diesen Ansatz verfolgt, ist die „Queer-Theory“.

QUEERE KONZEPTE

Dieses Konzept will die starren Muster aufbrechen und zeigen, dass es verschiedene Arten gibt, sich selbst zu definieren und zu lieben. Es gibt ebenso viel queere Definitionen wie queere Menschen, aber trotzdem ist das Konzept nicht beliebig. Queer sein soll Raum schaffen für alle Menschen, die das zweigeschlechtliche

Denken nicht teilen oder sich nicht darin wiederfinden. Eine Kategorie, die keine Ausschlusskriterien kennt, scheint wohl auf den ersten Blick sehr sinnlos, auf den zweiten Blick macht sie sehr viel Sinn. Im Kontext unserer Gesellschaft, die durch eine starre Zweigeschlechtlichkeit Vielfalt unterdrückt und unsichtbar macht, bietet das Queersein eine Alternative, ohne einfach weitere Kategorien an ein System anzufügen. Vielmehr wird durch eine solche Bezeichnung versucht, außerhalb von Kategorien zu denken.

QUEERFEMINISTISCH!

Natürlich sind wir heute noch nicht an dem Punkt angelangt, an dem wir eine geschlechterlose Welt fordern können. Menschen, die als Frauen definiert werden, haben immer noch mit vielen Benachteiligungen zu kämpfen, und diese müssen als solche erkannt und aufgelöst werden. Wer meint, dass der Kampf für eine geschlechterlose Gesellschaft den Kampf für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen* überflüssig mache, übersieht dies. Deshalb streitet die GRÜNE JUGEND sowohl für Frauen*rechte als auch für die Vielfalt sexueller Identitäten, mit der Vision einer Welt, in der Geschlecht keine Rolle mehr spielt.

von Larissa Bochmann

GLOSSAR:

Patriarchat – eine Gesellschaft, in der Männer Entscheidungs- und Machtpositionen einnehmen und es eine klare geschlechtliche Ordnung gibt. Frauen werden in dieser Ordnung unterdrückt und benachteiligt

Heteronormativität – eine Gesellschaft, die von einem gegensätzlichen Geschlechtspaar ausgeht, das einander begehrt und dies als normales Ausleben von Sexualität sieht.

sexuelle Orientierung – auf wen/was sich sexuelles Begehren bezieht

Geschlecht – sex ist das biologische Geschlecht; gender das soziale; die Unterscheidung hilft Körper von kulturellen Verhältnissen abzugrenzen.

AK ASYL & MIGRATION STARTET WIEDER!

Bei dem Motto “Betrüger fliegen” denkst du an Gutenberg, Seehofer und Co?

Der Begriff “Armutzuwanderung” geht dir auf die Nerven?

Jeder hat das Recht auf ein gutes Leben.

Du bist überzeugt das auch Flüchtlingskinder ein Recht auf gute Bildung haben?

Bevormundung von Asylbewerbern ist doof? Du würdest selbst entscheiden wollen was du isst.

Es wäre dir wichtig das über “Willkommenskultur” nicht nur geredet, sondern auch was getan wird?

DANN BIST DU BEI UNS RICHTIG!

Nach unserem ersten Treffen wollen wir nun, zum Einstieg, einen Workshop zum Thema Asyl&Migration veranstalten.

Dabei seid Ihr natürlich Herzlich eingeladen! Wir möchten uns erst von verschiedenen Referenten fachlichen Input geben lassen, danach soll diskutiert werden wie wir, als GJ BW, konkret aktiv werden können.

Ihr wollt einsteigen und aktiv werden? Dann meldet euch zum Workshop an und tragt euch in unsere Mailingliste ein! Schreibt einfach eine Mail an ak-asylmigration@gjbw.de



„DIE BELLENDEN HUNDE SIND DAS SCHLIMMSTE“

EIN INTERVIEW MIT DEM ASYLBEWERBER MUHAMMAD

EUROPA

Das Leben in einem demokratischen Sozialstaat bestimmt unser tägliches Handeln. Wir können uns frei bewegen, frei entscheiden, wie und wo wir wohnen wollen, unsere Meinung frei äußern und uns in Sicherheit fühlen. Diese Dinge sind so stark mit unserem Alltag verbunden, dass wir kaum noch bemerken, dass diese Normen und Werte nicht überall selbstverständlich sind. Man hört zwar in den Nachrichten von Bürger*innenkriegen und Aufständen, aber sobald man auf den nächsten Sender im Abendprogramm wechselt, fühlt man sich schon wieder ganz sicher auf seiner Couch. Das Gefühl, in einem autoritären Regime zu leben, das von Repressionen und Terrorismus beherrscht wird, sowie das Gefühl, ob man morgen noch am gleichen Ort aufwacht, vielmehr noch das Gefühl, machtlos zu sein, sind Situationen, die wir nicht einmal annähernd errahnen können.

Das wurde mir immer wieder im Gespräch mit Muhammad bewusst. Muhammad ist ein Asylbewerber in Deutschland. Aus Angst, sein Asylantrag könne aufgrund unseres Interviews abgelehnt werden, hat er uns darum gebeten, weder die Stadt, noch seinen echten Namen anzugeben. Seine Geschichte ist sehr bewegend. Während meines Besuchs in seinem Wohnheim zeigte sich aber, dass er kein Einzelfall ist.

Muhammad kommt aus einem nördlichen Teil Pakistans. In Deutschland sucht er Schutz vor den immer stärker werdenden Taliban. Seit 2006 ist vermehrt die Rede von einer „Talibanisierung“ in den Grenzstädten in Afghanistan. Hier setzte sich eine neue

Generation von Stammesführern durch, die nicht mehr in Afghanistan kämpften, sondern auch den pakistanischen Staat zum Ziel ihrer Aktivitäten erkoren haben. Im Dezember 2007 gründeten sie eine Dachorganisation, die Pakistanische Taliban-Bewegung (Tehrik-e Taliban Pakistan). Gemeinsam mit jihadistischen Gruppierungen starteten die pakistanischen Taliban eine regelrechte Terrorkampagne gegen ihre Gegner. Die paschtunischen Stammesgebiete – nunmehr das weltweite Epizentrum des Jihadismus – und viele angrenzende Gebiete waren im Frühjahr 2009 pakistanischer Kontrolle entglitten. Trotz der drastischen Situation vor Ort, erkennt der deutsche Staat die Gefahren nicht an. So wie Muhammad geht es 15 weiteren Pakistanis in seinem Asylwohnheim.

Gleich zu Beginn unseres Gesprächs begegnet mir Muhammad mit einer unglaublichen Offenheit. Auf meine Nachfrage, ob wir das Interview auf Deutsch oder Englisch führen sollen, erzählt er mir stolz, dass er zurzeit zwar einen Deutschkurs an der Volkshochschule besucht, sich aber dennoch sicherer auf Englisch ausdrücken könne. Auf meine Antwort, dass sein Deutsch bereits schon ziemlich gut und akzentfrei sei, freute er sich ungemein und erzählte mir, dass er schon im zweiten Deutschkurssemester ist. Muhammad lebte bis zu seinem zwanzigsten Lebensjahr in Pakistan. Nachdem er dort die Schule abgeschlossen hatte, zog er für drei Jahre nach England, um dort BWL zu studieren. Dort lernte er fließend Englisch und betrat zum ersten Mal europäischen Boden. Nachdem er sein Studium absolviert hatte, lief sein Visum ab und er musste wieder zurück nach Pakistan. Während



MAD

seiner Abwesenheit veränderte sich die Sicherheitslage in seiner Heimatstadt drastisch. Seine Familie war auf der Flucht vor den Taliban und trotz abgeschlossenen Studiums gab es für ihn keine Zukunft dort. Das Leben vor Ort ist ein Leben mit ständigem Terror. Für eine bessere Zukunft finanzierten ihm seine Eltern ein Flugticket nach Italien. Als Pakistani gab es für ihn die Möglichkeit, ein neunmonatiges Visum zu erhalten, mit dem er dann auch durch Europa reisen konnte. So machte er sich über Italien auf den Weg nach Berlin, mit der Hoffnung auf ein sicheres Leben. Um die Drittstaatenregelung zu umgehen und nicht wieder abgeschoben zu werden zerstörte er sowohl seinen Pass als auch sein Visum. Daraufhin meldete er sich bei den deutschen Behörden,

um Asyl zu beantragen und wurde dann in seinem jetzigen Asylwohnheim untergebracht. Zurzeit läuft sein Asylantrag und er wird in Deutschland nur geduldet. Die Duldung ist nach der Definition des deutschen Aufenthaltsrechts eine "vorübergehende Aussetzung der Abschiebung" von ausreisepflichtigen Ausländern. Das bedeutet, dass Betroffene jeden Tag mit der Angst leben, zurück in ihr Heimatland abgeschoben zu werden. Ich frage nach, ob sein akademischer Abschluss nicht hilfreich bei seinem Antrag sein

könnte. Er verneint, da er seinen Abschluss nicht vorzeigen kann, da sonst sein Heimatort bekannt werde. "Solange die Behörden keinen amtlichen Nachweis haben, woher ich komme, können Sie mich auch nicht abschieben", erklärt mir Muhammad.

Sein Asylwohnheim befindet sich in einem "Sozialen Brennpunkt" außerhalb der Stadt. In zwei Wohnhäusern wohnen die Asylbewerber*innen gemeinsam mit Sozialleistungsbeziehenden. Was zunächst wie ein tolles integratives Projekt klingt, erweist sich vielmehr als ein Teufelskreis der unliebsamen Nachbarschaft. In der Zweizimmerwohnung im ersten Stock lebt zurzeit ein Deutscher mit seiner Frau. In der gleichen Wohnung fünf Stockwerke höher leben acht Asylbewerber*innen auf engstem Raum. Das Asylwohnheim beginnt ab dem sechsten Stock aufwärts. In dem Gebäude leben insgesamt ca. 200 Menschen. Unter ihnen, schätzt Muhammad, ca. 60 Asylbewerber - alles nur Männer. In der Vergangenheit wurden die Gebäude als Gefängnis genutzt. Seitdem hat sich kaum etwas verändert. Vereinzelt findet man über den Eingangstüren die Aufschrift "Zelle" mit der jeweiligen Nummer. Das Gebäude ist komplett verkommen, geräuschdurchlässig, verdreckt, verstaubt und durchzogen von einem feuchten, schimmelartigen Geruch. Die Gesundheitssituation ist sowohl für Asylbewerber*innen als auch für die Anwohner*innen zutiefst fragwürdig. Das Leben in einer solch prekären Situation bedrückt alle Bewohner*innen und führt zu weiterer Zuspitzung der spannungsgeladenen Atmosphäre. Muhammad erzählt mir von den ständigen Problemen und Auseinandersetzungen in seinem Alltag. Hassparolen und Drohbriefe in seinem Briefkasten von Nachbar*innen stehen auf der Tagesordnung. Der Hauseingang, der sich direkt neben einem Jugendtreff befindet, ist durchgehend von gewaltbereiten Rechtsradikalen belagert. Sobald einer von ihnen das Haus verlässt, leinen sie ihre Hunde ab und lassen sie auf sie los. Vermehrt wurde deshalb schon die Polizei alarmiert, die aber nur entnervt darauf verweist, dass sie dagegen nichts tun kann. Ein Mitbewohner von Muhammad erzählt mir, dass er sich deshalb nur selten aus dem Haus traut. Er heißt Malik und kommt aus Ägypten. Als Christ ist er nun auf der Flucht vor radikalen islamistischen Kräften. In Ägypten hat er Tourismus studiert

"In unserem Hotel in Ägypten haben wir jeden Tag Menschen aus ganz Europa mit offenen Armen empfangen. Warum die Menschen vor unserer Haustür den Hass gegen uns schüren, kann ich mir nicht erklären"

und war danach einige Jahre in einem Hotel tätig. "In unserem Hotel in Ägypten haben wir jeden Tag Menschen aus ganz Europa mit offenen Armen empfangen. Warum die Menschen vor unserer Haustür den Hass gegen uns schüren, kann ich mir nicht erklären", berichtet mir Malik. Muhammad führt mich durch die verschiedenen Wohngemeinschaften im Haus. Überall, wo wir anklopfen, werden uns freudig die Türen geöffnet und uns eine Tasse Tee angeboten. Überall freut man sich, einen sozialen Kon-

takt knüpfen zu können, und dass jemand vorbeischaute, um zuzuhören. Die Problematik mit der rechten Szene vor der Haustür und den kläffenden Hunden wird mir immer wieder geschildert. Eine große Überraschung ist vor allem die Vielzahl an deutschen Lehrbüchern, die man vorfindet, und wie oft wir Menschen beim Deutschlernen gestört haben. Die meisten üben mit Ehrenamtlichen einfache Konversation. Durch strenges Sparen konnte sich Muhammad, gemeinsam mit einem ägyptischen Freund, einen

aber nicht immer darauf achtet, dass auf dem gemeinsamen Geschirr kein Schweinefleisch zu essen ist. Dies verärgert die muslimische Gruppe. In einer anderen Wohngemeinschaft „ritz“ sich ein Bewohner regelmäßig, worunter die ganze Gruppe leidet. Die Problematik wurde in der Landeszentrale öfters gemeldet, dennoch wird nichts an dem Umstand geändert. „Einmal kam sogar jemand von den Behörden vorbei. Seine einzige Bemerkung war, dass wir unsere Fahrräder nicht auf dem Gang abstellen dürfen“,

„...Ich habe nur eine Bitte, schreibe alles, was ich dir erzählt habe. Es ist wichtig, dass die Leute dies wissen. Wer dann nicht handeln will – der schaut weg. Wenn ihr uns helfen wollt, dann geht bitte für uns gegen die Neonazis auf die Straßen. Die sind nämlich unser größtes Problem“

Deutschkurs leisten. Sie erhalten im Monat 329 Euro, wovon sie ihren ganzen Lebensunterhalt bezahlen müssen. 150 Euro gibt er für einen Deutschkurs pro Semester aus. „Wenn man hier leben möchte, muss man die deutsche Sprache sprechen können. Wir wollen uns hier integrieren und hier arbeiten. Anders geht das nicht. „Das wissen alle hier“, betont Muhammad.

Nach der privaten Führung durch das Gebäude, die sich wie eine kleine Weltreise von Pakistan bis Syrien anfühlt, und nach den vielen Geschichten der einzelnen Bewerber*innen gingen wir wieder zurück in Muhammads Zimmer. Ich versuchte durch Nachfragen, mehr über das Leben vor Ort herauszufinden. So offen und herzlich geht es zwischen den Bewerber*innen nicht immer zu. Er erzählt, dass es oftmals Disparitäten zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften gebe. Er und seine Zimmergenoss*innen seien beispielsweise alle muslimischen Glaubens. Zurzeit leben sie mit einem Christen zusammen, der

erinnert er sich fassungslos. Zwar wird hin und wieder bei der Zimmerverteilung auf die Herkunft Rücksicht genommen, dennoch passiert es schnell, dass sich Konfliktpotenzial aus dem Heimatland im überfüllten Zimmer entlädt. Muhammad schildert mir immer wieder, dass sie sich einfach machtlos fühlen. Ganz gleich, was sie bei wem melden, es passiert sowieso nichts – das sei das Schlimmste an der ganzen Situation. Das Nicht-gehört-Werden – das Wegschauen. Während dem Gespräch mit Muhammad fällt mir auf, wie oft er versucht für die ganze Gruppe zu sprechen. Da er am besten Englisch und Deutsch spricht, ist er für viele die Anlaufstelle bei Problemen. Während unseres Gesprächs sucht er seine Worte gewählt aus. Hin und wieder korrigiert und reflektiert er seine Sätze, wenn er das Gefühl hat, nicht deutlich genug alle Sichtweisen aufgezeigt zu haben. In seinen Augen sieht man den starken Willen, in Deutschland bleiben zu wollen. Nach dem Interview bedanke ich mich, mit welcher Offenheit und mit welchem Vertrauen sie mir entgegengekommen sind. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie nach den gemachten Erfahrungen mit Neonazis mir so ohne Vorurteile gegenüber treten. „Es gibt gute Pakistaner und schlechte Pakistaner, wie die Taliban. So gibt es auch gute und schlechte Deutsche. Ich kann nicht erwarten, dass du keine Vorurteile gegenüber mir hast, wenn ich dich aufgrund des Verhaltens anderer verurteile. Ich habe nur eine Bitte, schreibe alles, was ich dir erzählt habe. Es ist wichtig, dass die Leute dies wissen. Wer dann nicht handeln will – der schaut weg. Wenn ihr uns helfen wollt, dann geht bitte für uns gegen die Neonazis auf die Straßen. Die sind nämlich unser größtes Problem“, entgegnet mir Muhammad.

Mit viel Gänsehaut und reizüberflutet verabschiedete ich mich und verlasse das Gebäude. Auf dem Weg zur Bushaltestelle laufe ich an den bellenden Hunden vorbei und werde mit der Angst konfrontiert, von der mir soeben berichtet wurde. Schnell steige ich in den Bus ein, der mich wieder zurück in meine Welt führt. Dort, wo es sicher und schön ist, ein Ort, an dem all das ausgeblendet wird. Ein widerliches Gefühl.

Dunya Ballout

SONGTEXT: RECHTS IN EUROPA

DU BIST WIRKLICH SAUDUMM
DARUM GEHT'S DIR GUT
HASS IST DEINE ATTITÜDE
STÄNDIG KOCHT DEIN BLUT

ALLES MUSS MAN DIR ERKLÄREN
WEIL DU WIRKLICH GAR NICHTS WEIST
HÖCHSTWAHRSCHEINLICH NICHT EINMAL
WAS ATTITÜDE HEISST

DEINE GEWALT IST NUR EIN STUMMER SCHREI NACH LIEBE
DEINE SPRINGERSTIEFEL SEHNEN SICH NACH ZÄRTLICHKEIT
DU HAST NIE GELERNT DICH ZU ARTIKULIEREN
UND DEINE ELTERN HATTEN NIEMALS FÜR DICH ZEIT
OH OH OH ARSCHLOCH

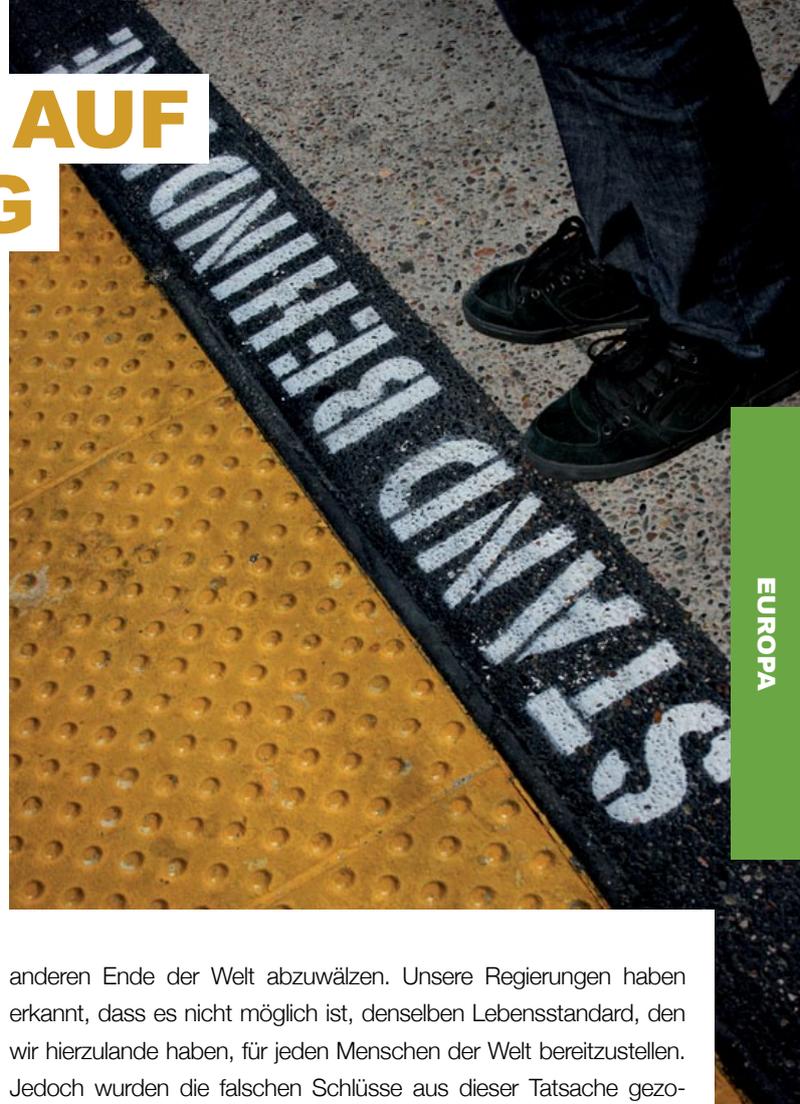
DIE ÄRZTE - SCHREI NACH LIEBE

FÜR EIN RECHT AUF EINWANDERUNG

WARUM ÖFFNEN WIR UNS NICHT DER WELT?

Einwanderung scheint für viele ein Problem zu sein. Während wir Europäer*innen vor allem die Länder des Globalen Südens ausnutzen, um uns zu bereichern, scheint es für uns inakzeptabel, dass die durch unsere Ausbeutung verursachte Perspektivlosigkeit eben diese Menschen dazu treibt, ihr Glück in Europa zu suchen. Während wir auf der einen Seite Menschenrechte hochhalten und uns selbst als friedliebend darstellen, bereichern wir uns auf der anderen Seite dadurch, dass wir Waffen herstellen und an andere Länder verkaufen. SELBSTVERSTÄNDLICH werden diese Waffen natürlich nur an Staaten verschickt, die Demokratie und Menschenrechte achten. Und manche Menschen sind naiv genug, das auch zu glauben – leider schließt dies auch Teile der Grünen mit ein. Und selbst in den Fällen, in denen die Waffen tatsächlich an demokratische Staaten gehen, nutzen diese die Waffen denn zu einem anderen Zweck als Menschen zu töten? So schicken wir Krieg und Zerstörung in alle Welt, mit der Argumentation, wenn wir diese Drecksarbeit anderen Ländern überließe, würden hier ja wertvolle Arbeitsplätze verloren gehen, getreu dem Motto „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ (von Konversionsprogrammen hat offenbar noch niemand gehört). Was wir so auf der einen Seite verursachen, schieben wir auf der anderen Seite wieder von uns weg, indem wir „uns“ – de facto unser Geld – mithilfe von paramilitärischen Organisationen wie Frontex vor Flüchtlingsströmen schützen.

Die Gründe für unsere Abschottung sind offensichtlich: Der Grund für diese Massen an Flüchtlingen ist eben genau dieses System der globalen Ungerechtigkeit, welches wir durch unser politisches Handeln und persönliches Konsumverhalten verursachen. Die Befürchtungen unserer Regierungen sind wohl weniger, dass wir die Menge an Flüchtlingen, die Jahr für Jahr versuchen nach Europa zu kommen, wirtschaftlich nicht verkraften können. Manche außereuropäische Staaten nehmen weit mehr Flüchtlinge auf als die EU. Selbstverständlich würde uns eine humanere Asylpolitik einiges an Geld kosten. Aber der eigentliche Grund für die europäische Abschottung ist vielmehr, dass dieses ganze System der Ausbeutung des Globalen Südens nicht mehr funktionieren würde, wenn wir allen Betroffenen die Flucht nach Europa erlaubten, um ihren gerechten Anteil an dem Reichtum, den wir ihnen zu verdanken haben, einzufordern. Die direkte Konfrontation mit den Symptomen unseres Konsumverhaltens würde den Menschen hier nicht nur das moralische Problem hinter dieser Wirtschaftsweise offenbaren, so würden die Folgen unseres nicht nachhaltigen Konsumverhaltens auch direkt auf unseren eigenen Wohlstand abfärben, anstatt das Problem auf Menschen am



anderen Ende der Welt abzuwälzen. Unsere Regierungen haben erkannt, dass es nicht möglich ist, denselben Lebensstandard, den wir hierzulande haben, für jeden Menschen der Welt bereitzustellen. Jedoch wurden die falschen Schlüsse aus dieser Tatsache gezogen; sie sind nicht bereit zu akzeptieren, dass unser Lebensstandard schlichtweg zu hoch ist und wir diesen senken müssen, um JEDEM Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Mit solchen Forderungen gewinnt man schließlich keine Wahlen. Stattdessen haben sich unsere Politiker*innen für die Option entschieden, das momentane wirtschaftliche Modell beizubehalten und uns gegen alle Folgen abzuschotten, während der Bevölkerung immer wieder eingetrichtert wird, dass es nun mal nicht anders ginge.

Das Öffnen der Grenzen würde zum Zusammenbruch dieses Systems der Ausbeutung führen. Es würde uns die Kosten für den Schaden, welchen wir durch unser unverantwortliches Handeln in anderen Ländern verursacht haben, wieder selbst in Rechnung stellen. Es würde uns für die Profite, welche wir durch Krieg, Ausbeutung und Umweltzerstörung in anderen Ländern verursacht haben, selbst mitbezahlen lassen, wenn wir für die verursachten Flüchtlinge sorgen müssten.

Das Öffnen unserer Grenzen würde uns zwingen, unseren Lebensstil zu ändern. Es würde es zu unser aller Interesse machen, nach dem Dogma der globalen Gerechtigkeit zu handeln, um die Gründe für die massenhafte Flucht zu beseitigen. Und deswegen müssen wir genau dafür kämpfen!

No Borders! No Nations!

von Marc Buschlüter

SCHWEIZER STIMME GEGEN ZUWANDERUNG

– EIN ALARMRUF AUCH FÜR DIE EU

Mit ihrem Votum zur Begrenzung der Einwanderung haben sich die Schweizer Anfang Februar selbst ein Bein gestellt. Zumindest dies lässt sich jetzt schon feststellen, nachdem das Referendum in unserem Nachbarland sogar den EU-Ausschuss des Bundestages beschäftigt hat, dem ich angehöre.

Mit der knappen Mehrheit für die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ zeigt die Schweiz auch: Es ist eine bewusst instrumentalisierte Angst vor dem Fremden, die nationalistisch orientierten Parteien immer mehr Wähler*innen in die Fänge treibt. Dabei ist die Schweiz wirtschaftlich gut aufgestellt und hat eine niedrige Arbeitslosenquote.

Die Entscheidung beeinträchtigt jedoch vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Rund 55 % der gesamten Ausfuhren mit einem Volumen von rund 90 Mrd. Euro gingen 2013 an EU-Mitgliedstaaten, und rund 74 % der Einfuhren kamen aus der EU. Das Votum benachteiligt durch die Beschränkung einer Zuwanderung von Fachkräften auf ein jährlich festgelegtes Kontingent deshalb vor allem die Schweiz selbst und würde nebenbei auch eines der Grundprinzipien des bilateralen Abkommens zur EU verletzen: den freien Personenverkehr.

Ein Alarmsignal sollte das Schweizer Referendum für uns sein, weil sich wieder einmal gezeigt hat, wie empfänglich nationale Bevölkerungen für Parolen von Demagog*innen sind, die in allem ‚Fremden‘ nur zu leicht den Grund für alles Übel in ihrem Land erkennen.

Besondere Brisanz erhält die Abstimmung über die Begrenzung der Einwanderung auch, weil es keine Ausnahme für bedürftige Asylbewerber*innen gibt. Die Höchstzahlen gelten unter Einschluss des Asylwesens. Von Krieg, Hunger und Verfolgung bedrohte Flüchtlinge sind in der Schweiz demnach auf eine nach eigenem Gutdünken festgeschriebene Zahl angewiesen, ihr Asylgesuch hängt maßgeblich von den bereits vor ihnen angekommenen Asylsuchenden ab. Das Referendum ist in diesem Sinne als Höhepunkt einer bereits seit Anfang der 2000er Jahre migrationsfeindlichen Politik der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu sehen. Dennoch geht die Bedeutung des Votums über die Schweiz hinaus.

Auch wenn die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union ist – in ihrer Parteienlandschaft spielt sich ab, was spiegelbildlich für eine Vielzahl europäischer Staaten ist. Die Zustimmung für rechtsradikale Parteien nimmt seit Jahren zu, ob in den Niederlanden mit Geert Wilders, dem rechten Front National von Marine Le Pen in Frankreich, der „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland, dem Vlaams Blok in Belgien oder der Freiheitlichen Partei unter Heinz-Christian Strache in Österreich. Sie alle machen Stimmung gegen Einwanderer und alles Ausländische, das sie als Bedrohung ihrer nationalen Identität und ihres wirtschaftlichen Erfolgs definieren. Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien speist sich durch Schuldzuweisungen auf unkontrollierbare Einwanderung und einem konstruierten Feindbild von allem ‚Fremden‘. Auch in Deutschland sind solche Töne zu hören: Da greift ein Ministerpräsident einer sogenannten Volkspartei freudig die Freizügigkeit der EU an, und seine Partei mischt mit Initiativen wie ‚Wer betrügt, der fliegt‘ auf rechtspopulistischer Ebene mit. Und mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die Sperrklausel bei der Europawahl abzuschaffen, hat auch die AfD, die sich für eine Abschaffung des Euro und die Rückbesinnung auf das Nationale einsetzt, jetzt freie Fahrt ins Europaparlament.

Für die Politik und uns Grüne zeigt das vor allem eines: Mit einer reinen Verurteilung des Schweizer Stimmvolks ist es nicht getan. Empörung allein reicht nicht – es ist unsere Pflicht, Zusammenhänge aufzuzeigen und Wege des demokratischen Einflusses auf Brüssel zu betonen. Denn darin liegt der Schlüssel: Solange die EU durch ihre vermeintliche Übermacht als Bedrohung wahrgenommen wird und die Pflichten der Mitgliedschaft bzw. aus bilateralen Beziehungen schwerer gewichtet werden als die daraus resultierenden Rechte, bleibt Europa ein fernes Konstrukt, das sich leicht zum Feindbild verzerren lässt. Wir Grüne müssen täglich aufzeigen, dass die Zukunft in der Teilhabe, in der Vielfalt und ganz sicher nicht in isolierten Nationalstaaten liegt.

Was also zeigt uns das Schweizer Votum? Allen Schätzungen nach wird sich auch bei den Europawahlen im Mai die bereits 2009 hohe Unterstützung für rechtspopulistische Parteien um rund 5 % erhöhen. Wir können uns dazu entscheiden, diese Entwicklung als Gefahr für Europa und die Europäische Union zu sehen. Oder wir



können sie als Aufforderung verstehen, die heute für viele abgenutzt klingende Erzählung von den historischen Errungenschaften eines friedlichen Europas neu zu erzählen. Als Bundestagsabgeordnete wie zuvor als Europa-Parlamentarierin trete ich für ein Europa der Vielfalt ein, in dem Migrant*innen und Asylsuchende nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung und Chance verstanden werden. Es ist Pflicht der Grünen, dieses Verständnis auf allen Ebenen, von Kommune bis zur Bundesebene, zu vertreten und die klare Botschaft zu formulieren: Für Rassist*innen und Rattenfänger*innen darf in unseren Parlamenten kein Platz sein.

Wir sollten die aktuelle Entwicklung zum Anlass nehmen, die historische friedenspolitische Idee der EU auch für heutige Generationen greifbar zu machen. Denn dass die Erzählung Europas nach wie vor aktuell ist, sehen wir nicht nur am Beispiel der Ukraine, wo Menschen für die europäische Idee sterben, sondern auch an Flüchtlingen, denen eine gefährvolle Mittelmeerüberquerung nicht die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit nehmen kann. Die Schweiz bietet dabei nur einen Grund mehr, Rechtspopulismus vorzubeugen, indem wir an einem demokratischen Europa arbeiten. Dazu gehört die Ehrlichkeit, die demokratischen Defizite der Europäischen Union zu benennen. Und es gehört dazu

das Aufzeigen von Wegen, wie sich das fern erscheinende Brüssel näher an die Bürger*innen heranrücken lässt. Das geschieht nur langsam, aber auch kleine Schritte sind Kennzeichen einer Entwicklung. Wir Grüne haben mit der Green Primary einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan, indem wir den Wähler*innen mehr Einfluss auf EU-Ebene eingeräumt haben und damit einen Weg für zukünftige Entwicklungen aufgezeigt.

Für die Schweiz bleibt unterdessen ein Puffer. Die Verfassung gibt der Regierung in Bern drei Jahre Zeit, das Referendum umzusetzen. Diese Zeitspanne sollten die EU und ihre Mitglieder nutzen, um aufzuzeigen, dass ein Aufkündigen des Abkommens über die Personenfreizügigkeit nicht im Interesse der Schweiz sein kann. Denn durch eine Koppelung wären auch sechs weitere bilaterale Abkommen unwirksam und die Schweiz im europäischen Kontext zunehmend isoliert. Gleichzeitig muss das Ziel sein, der Schweiz Grundlegendes zu vermitteln: Das elementare Prinzip der Freizügigkeit ist mit der Europäischen Union nicht verhandelbar. Und ein Land, das nur auf Rosinenpickerei setzt, kann für die EU auf Dauer kein Partner sein.

von Franziska Brantner, Mitglied des Deutschen Bundestages

ALTERNATIVE FÜR EUROPA

Wegschauen oder ignorieren ist mit Sicherheit der falsche Weg, wenn Populist*innen sich als Demokrat*innen gerieren, während ihre Antworten einen zutiefst demokratie- und menschenfeindlichen (Unter-)Ton haben. Das wirkliche Problem kommt dann, wenn diese Leute erstmal in den Parlamenten sitzen. Ich habe das in den vergangenen Jahren im Europäischen Parlament miterleben müssen. Dort sitze ich im Innenausschuss gemeinsam mit einer Holocaust-Leugnerin aus Ungarn und einem Briten, der die Flüchtlingsboote im Mittelmeer einfach versenken würde. In der Delegation zum Staat Israel sitzt hinter mir ein Däne, der den Hitlergruß zeigt und Nazi-Lieder singt. Und im Rechtsausschuss sitzen mit mir italienische Kollegen, deren Partei den Faschismus unter Mussolini gerne wiederbeleben würden. Sie sind fraktionlos und haben selten einen wirklichen Einfluss auf die parlamentarische Arbeit. Das wollen die charismatischen Köpfe Marine Le Pen aus Frankreich, Geert Wilders aus den Niederlanden und Heinz-Christian Strache aus Österreich ändern. Sie wollen eine eigene Fraktion ihrer rechtspopulistischen Parteien im Europäischen Parlament. In Zeiten der Kritik am Versagen politischer Eliten sind ihre einfachen Botschaften en vogue. Bereits vor Jahren haben das der Euro-Gegner Nigel Farage und seine populistische UK Independence Party erkannt, die mit Hilfe einiger Anti-EU-Parteien eine Fraktion gründeten und nun seit über vier Jahren mit EU-Gel-

dern ihre Hetze gegen die EU-Institutionen betreiben. Ihre skurrilen Abgeordneten sind selten bei Sitzungen, stimmen einfach zu allem „Nein“ und halten die immer gleichen Reden. Sollte die populistische „Alternative für Deutschland“ bei den kommenden Europawahlen wie befürchtet Mandate erringen, dann wären sie hier sicher sehr willkommen.

Es ist aber nicht die Stärke der Populist*innen, die sie zum Problem macht. Es ist das Versagen der Parteien, mutige Antworten und unbequeme Wahrheiten zu formulieren. Und noch viel schlimmer: Die stille Zustimmung der Bevölkerung zu ihren Halbwahrheiten, ihren Lügen, ihren kurzsichtigen und teils menschenfeindlichen Einstellungen. Die Erfahrungen in Österreich, den Niederlanden und Frankreich zeigen, wohin dies führt: Eine dauerhafte gesellschaftliche Verankerung des Populismus. Sollte es dazu kommen, steht es schlecht um die europäische Idee, die auf Solidarität, Nachhaltigkeit, Vernunft und Verantwortung baut. Dabei wird sie gerade jetzt gebraucht: Mit Blick auf die Regulierung internationaler Märkte – insbesondere der Finanz-, Energie- und Internetwirtschaft – sowie auf soziale und bürgerliche Rechte sind die Nationalstaaten machtlos geworden. Nicht mal mehr eine Supermacht wie die Vereinigten Staaten kann ihre Interessen einseitig durchsetzen – auch wenn es die US-Regierung auf Kosten unserer Souveränität noch immer versucht. Nur als geeintes Europa können wir diesen Herausforderungen begegnen.

SONGTEXT: HOMOPHOBIE

MAKE IT STOP
MAKE THIS END
THIS LIFE CHOSE ME, I'M NOT LOST IN SIN
AND PROUD I STAND OF WHO I AM
I PLAN TO GO ON LIVING

MAKE IT STOP
MAKE THIS END
ALL THESE YEARS, PUSHED TO THE LEDGE
BUT PROUD I STAND OF WHO I AM
I PLAN TO GO ON LIVING

RISE AGAINST – MAKE IT STOP

Ob wir es schaffen, den Populismus abzuschütteln und einen mutigen Schritt hin zu einem starken und geeinten Europa zu tun, hängt von der Frage ab, welche Antworten die Parteien im Europawahlkampf liefern. Bislang werden Institutionen und Gesetzgebung der Europäischen Union von führenden Politikerinnen und Politikern aller Parteien immer wieder diskreditiert und ignoriert. Gerade in Deutschland beobachten wir eine beachtliche Doppelmoral: In den Sonntagsreden beschwört die Bundesregierung die europäische Einigung, wochentags zieht sie aus Angst vor dem Unmut der Wählerinnen und Wähler die nationale Karte. Und vergisst dabei: Sie sägt an ihrem eigenen Stuhl. Denn wer wirklich gegen das gemeinsame Vorgehen in Europa ist, wird am Ende eher das nationalistische und populistische Original wählen, als den gemäßigten Nachäffer. Statt einer „Alternative für Deutsch-

land“ und Renationalisierung à la Merkel brauchen wir eine „Alternative für Europa“. In Anbetracht einer großen Koalition, die sich im europäischen Rückwärtsgang befindet, und einer Linkspartei, die von Verantwortung in Europa wenig versteht, bleiben nur die Grünen, die ihren Ruf als Europapartei noch mehr nutzen sollten, als ihn als Last zu begreifen. Dafür müssen wir uns allerdings die Mühe machen, Antworten zu finden: Was ist unsere Idee für ein soziales Europa? Wie gehen wir mit Einwanderung und Flüchtlin-

gen um? Wir müssen eine echte Perspektive für ein anderes demokratisches und weltoffenes Europa bieten, das seinen Anspruch auf soziale, ökologische und bürgerrechtliche Werte auch tatsächlich durchsetzen kann.

Die Langfassung dieses Beitrags ist am 27. Februar im Debatten-Magazin The European erschienen.

REZEPTECKE



VEGANE BANANEN-SCHOKO-SCHNITTE

ZUTATEN

Für den Schokoladenbiskuit:

310ml kohlensäurehaltiges Mineralwasser
270g helles Weizenmehl
180g Feinkristallzucker
50ml Rapsöl
30g Speisestärke
30g Kakaopulver
10g Weinsteinbackpulver
½ TL Vanillepulver
1 Msp. Natron
1 Prise Salz

Für die Bananencreme:

400g veganer Vanillepudding
200ml vegane Schlagcreme/Sojasahne
veganes Sahnesteif
2 Bananen
50g Puderzucker

Außerdem:

3-4 Bananen zum Belegen
200g Zartbitter-Schokoglasur

ZUBEREITUNG

1. Mehl, Speisestärke, Natron, Kakao- und Backpulver in eine Schüssel sieben. Zucker, Salz und Vanillepulver dazugeben und mit Öl und Mineralwasser zu einem homogenen Teig verarbeiten.
2. Ein Blech mit Backpapier belegen und den Teig mithilfe einer Teigkarte gleichmäßig darauf verstreichen. Den Biskuitteig im vorgeheizten Ofen bei 170°C ca. 30min backen, dann auskühlen lassen.
3. Bananen und Vanillepudding mithilfe eines Stabmixers fein pürieren. Die vegane Schlagcreme mit Sahnesteif aufschlagen und unter die Bananenmasse heben.
4. Den Biskuitboden halbieren, eine Hälfte in einen verstellbaren Backrahmen legen und diesen an den Boden anpassen. Bananen zum Belegen halbieren und auf den Biskuitboden legen. Die Creme fast komplett darauf verteilen und mit der zweiten Biskuihälfte belegen. Die Schnitte nochmal mit einer dünnen Bananencreme bestreichen.
5. Die Schokoladenglasur in einem Wasserbad oder in der Mikrowelle erwärmen, über die Bananenschnitte gießen und fest werden lassen.
6. Ein Messer in heißes Wasser tauchen und die Bananen-Schoko-Schnitte portionieren.

Guten Appetit!

von Tanja Strukelj



BELARUS, WAS IST DAS?

Das ist die Reaktion vieler Freunde und Bekannten in Deutschland. Dann kommen die Vermutungen: Ist Belarus in Afrika oder weit östlich von Moskau? Ist Minsk womöglich die Hauptstadt von Norwegen? Nein, Belarus ist eine Republik im Osten Europas. In Deutschland wird das Land oft „Weissrussland“ genannt. Die deutsche Übersetzung von Belarus in „Weiße Rus“ ist jedoch ungenau. Rus war der ostslawische Name für skandinavisch-slawische Herrschaftsgebiete. „Bely“ bedeutete im Mittelalter im geografischen Sinne „westlich“ oder „nördlich“, Belarus demnach „Westliche Rus“. Daneben gibt es in Belarus auch Ansichten über andere mögliche Bedeutungen, beispielsweise der weißen Haarfarbe und Kleidung der Bevölkerung. Eine weitere Interpretation besagt, dass das „Weiß“ sich auf die meist christliche Religion der Bevölkerung bezieht ‚im Gegensatz zu den Bewohnern der Schwarzen Rus‘, wo sich angeblich über lange Zeit das Heidentum gehalten habe. Das sind jedoch allesamt Interpretationen, die Unklarheiten aufkommen lassen. Und das Wörtchen „Russland“ impliziert auch, dass Belarus ein Teil Russlands sei und Minsk in Sibirien liegt. Letztendlich ist Belarus auch nur durch einen Transitstaat von Deutschland getrennt, genauso wie Spanien oder

Frankreich. Und die kürzeste Distanz zwischen beiden Ländern sind nur 600 Kilometer. Da ist Hamburg weiter von München entfernt. Trotzdem wissen viele Menschen in Deutschland fast nichts über Belarus. Kein Wunder: Im Jahr kommen 4000 Deutsche nach Belarus, täglich fliegen mehr nach Mallorca zum Strandurlaub. Daher halten sich hartnäckige Vorurteile: In „Weissrussland“ soll schon zum Frühstück ein Glas Wodka getrunken werden, Schnee liegt das ganze Jahr über und die Menschen sind alle aufgrund von Chernobyl noch immer radioaktiv verstrahlt. Und ja, es stimmt. Chernobyl war die zweite nationale Katastrophe im 20. Jahrhundert. 70% des radioaktiven Fallouts fielen auf Belarus, es gab tausende Fehlgeburten und bis heute ist das Geschlechterverhältnis nicht ausgeglichen da viele Männer an Spätfolgen ihres Chernobyleinsatzes starben. Insgesamt werden dem Unfall vom 26. April 1986 über zwei Millionen Tote angerechnet. Die erste Tragödie des Landes war der Zweite Weltkrieg. Hier werden die Kriegsjahre 1941-1944 auch der „Große vaterländische Krieg“ genannt. In Minsk und vielen anderen Städten brennt ein ewiges Feuer, Panzer die das Land von den Nazis befreit haben werden überall ausgestellt und verehrt. Denn in drei Jahren wurden fast

ein Viertel der Bevölkerung und tausende Dörfer ausgelöscht, insgesamt weit über zwei Millionen Menschen. Kaum ein Land wurde so schwer getroffen wie dieses Binnenland zwischen Polen, Litauen, der Ukraine und Russland. Nach dem Krieg wurde ein komplett zerstörtes Land wieder aufgebaut. Und dabei entstand das heutige Minsk, vom belarussischen Autor Arthur Klinau so schön die „Sonnenstadt des Glücks“ getauft.

Plattenbauten soweit das Auge reicht, eine Prachtstraße, die längste in der ehemaligen Sowjetunion. Und überall Denkmäler die an die Zerstörung erinnern! Dazu kaum Obdachlose, kaum offensichtliche Armut und dennoch verdienen die meisten Belarussen nicht mehr als 500 Dollar im Monat. Offiziell jedoch liegt die Arbeitslosenquote bei gerade einmal 0,6%. Die Preise für Miete und Essen dagegen sind fast auf deutschem Niveau. Doch wie sehen eigentlich die Belarussen Europa und speziell jenes Land welches hier so viel Leid angerichtet hat? Deutschland ist das Paradies. Fast jeder hier hat schon einmal Deutsch gelernt, zumindest ein paar Jahre in der Schule und viele waren auch schon in Berlin oder Dresden im Urlaub. „Bei euch ist alles besser“, sagen viele Bekannte zu mir. Die Jugend will weg: Zuerst weg vom Land in die Stadt, hauptsächlich nach Minsk. Und dann raus aus Belarus. Am besten nach Europa. Doch dort sind hiesige Universitätsabschlüsse nicht anerkannt. Viele Belarussen zählen sich selbst nicht zu Europa. Aber auch nicht zu Russland. Irgendwo Zwischendrin. Das ist zumindest mein Eindruck. Polen und Litauen sind in der EU, Vilnius ist nur 170 Kilometer von Minsk entfernt. Die Europäische Union ist geografisch nah und doch so fern. Visa sind nicht leicht zu bekommen,

es erfordert Zeit, Geld und Geduld. Denn die Behörden hier arbeiten willkürlich und viele Staaten Europas haben harte Visaregelungen. Fast jeden Tag geht es um dieses Thema. Und immer wieder spüre ich Resignation. Denn klar ist man auch hier patriotisch, Belarussisch ist als Sprache der Jugend populär. Und dennoch: An Veränderung glaubt hier niemand. Wie auch. Nach den Wahlfälschungen 2010 gab es einen Abend lang Proteste. Dann kam die Staatsmacht mit voller Wucht, es wurde geprügelt, festgenommen. Seitdem ist Klatschen in der Öffentlichkeit verboten und die Menschen apathisch. Ich persönlich kenne keinen der den Präsidenten unterstützt, doch eine echte Opposition existiert nicht. Ökonomisch gibt es kaum exportfähige Güter, wenn überhaupt Traktoren, chemische Erzeugnisse und Kali. Die Inflation und die Preise steigen, ein Euro ist mittlerweile über 13000 Belarussische Rubel wert. Änderung ist nicht in Sicht, weder in der Visapolitik der EU noch in der politischen und wirtschaftlichen Situation Belarus'. „One day will change“. Diese Hoffnung stirbt hier zuletzt.

von Beat Seemann



DER TOD IST EIN MEISTER AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

EIN EINBLICK IN DIE WELT LEGALEN
WIE ILLEGALEN WAFFENHANDELS
AUS DEM MUSTERLÄNDLE

Ökonomisch gesehen gilt Baden-Württemberg als Paradebeispiel eines prosperierenden Industrielandes. Die wirtschaftliche Produktion ist hoch, die Exporte boomen weltweit, die Arbeitslosenzahlen sind vergleichsweise gering. Im Schatten dieser Entwicklung werden Geschäfte getätigt, die weithin totgeschwiegen werden: Von Baden-Württemberg aus werden Kriegswaffen in alle Welt exportiert – legal wie illegal. Das vermeintliche Musterländle ist eines der führenden Zentren der deutschen Rüstungsindustrie.

Diese ist derart gut aufgestellt, dass Deutschland – nach den USA und Russland – im Zeitraum von 2009 bis 2013 den unrühmlichen Platz 3 der Weltwaffenexporteure einnahm. So die topaktuellen Zahlen des Stockholm International Peace Research Institutes (SIPRI) vom März 2014.#1 Betrachtet man nicht selektiv den Waffenhandel Deutschlands, sondern summiert den der europäischen

Staaten, dann ist klar: Als Staatenverbund rangiert Europa mit mehr als einem Drittel aller Rüstungsexporte weltweit noch vor den Konkurrenten aus den USA und Russland.#2

Die Empfängerländer europäischer, deutscher und auch baden-württembergischer Kriegswaffen sind grenzenlos, unter ihnen finden sich eine Vielzahl kriegführender und menschenrechtsverletzender Staaten, vielfach Diktaturen. Hauptempfängerländer deutscher Kriegswaffen waren in besagtem Fünfjahreszeitraum die USA – kriegführend im Irak und in Afghanistan -, das europäische Armenien, Griechenland und Israel im Krisen- und Kriegsgebiet Naher und Mittlerer Osten.#3

Der aktuelle Rüstungsexportbericht der Bundesregierung belegt zudem, dass auch einer der Hauptfeinde Israels bis an die Zähne

mit deutschen Kriegswaffen und Rüstungsgütern hochgerüstet wird: Mit Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 1,2 Mrd. Euro ist das repressive Herrscherhaus in Saudi-Arabien aktuell der Hauptempfänger deutscher Kriegswaffen – trotz der desaströsen Sicherheits- und Menschenrechtslage.#4 Dabei bildet Saudi-Arabien lediglich die Spitze eines Eisberges. Würde man eine Weltkarte zeichnen, die zeigt, wo keine „unserer“ Kriegswaffen im Einsatz sind, gäbe es immerhin zwei weiße Flecken: die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und die Antarktis.

Rüstungsproduzierende und -exportierende Unternehmen in Baden-Württemberg profitieren massiv von diesem Geschäft mit dem Tod. Die führenden Hersteller von Großwaffensystemen bzw. deren Bestandteilen (wie z.B. Kampfflugzeuge und -panzer) und Rüstungsgütern (wie z.B. Militärfahrzeuge) finden sich flächendeckend verteilt im militärischen Musterlande. Herausragend sind allerdings die Bodenseeregion (mit Diehl BGT Defence, Airbus Defence and Space, vormals EADS, Rolls Royce Power Systems, vormals Tognum, u.v.a.m.) und der Großraum Stuttgart (mit Daimler, Thales u.v.a.m.). Hinzu kommen Elektronikzulieferer wie Rockwell Collins (vormals Teldix) in Heidelberg, Northrop Grumman (vormals Litef) in Freiburg und Airbus Defence and Space in Ulm – um nur einige exponierte Firmen zu nennen.#5

Als Waffenstadt in der Spitzenposition rangiert Oberndorf am Neckar mit den beiden Waffenproduzenten Rheinmetall (die ehemaligen Mauser-Werke) und der Heckler & Koch GmbH. Mauser liefert u.a. die Bordkanone für das Kampfflugzeug Eurofighter Typhoon, von dem zurzeit 72 Stück nach Saudi-Arabien exportiert werden. Navigations- und Computersysteme liefert Litef aus Freiburg zu, Sidewinder-Raketen kommen von Diehl BGT Defence in Überlingen.

Was SIPRI nicht erfasst, ist der von den Opferzahlen her betrachtet folgenschwerste Bereich. Die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts sind die so genannten „Kleinwaffen“. Zwei Drittel aller Opfer in Kriegen und Bürgerkriegen kommen durch Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm-, Scharfschützen und Maschinengewehre ums Leben. Europas führender Hersteller von

INFORMIERT EUCH!

www.juergengraesslin.com
www.aufschrei-waffenhandel.de
www.dfg-vk.de und www.rib-ev.de

ZUM AUTOR:

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) in Stuttgart, Vorsitzender des RüstungsInformations-Büros (RIB e.V.) in Freiburg und der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Zuletzt verfasste er das „Schwarzbuch Waffenhandel“. Grässlin wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem „Aachener Friedenspreis“.

Kleinwaffen – und damit das tödlichste Unternehmen auf dem Kontinent – ist die Oberndorfer Waffenschmiede Heckler & Koch. Mehr als 2 Millionen Menschen verloren seit der Aufnahme der Waffenproduktion Mitte der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts ihr Leben durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen – was einer tagtäglichen Tötungsquote von 114 Menschen entspricht. Tendenz steigend.#6

Mindestens 88 Staaten wurden ganz legal – also mit Genehmigung der jeweiligen Bundesregierung – mit H&K-Gewehren beliefert. In nachweislich 15 Staaten wurden bzw. werden die Schnellfeuergewehre des Typs G3 in Lizenz nachgebaut. Darunter finden sich menschenrechtsverletzende Staaten, wie der Iran, die Türkei, Saudi-Arabien, Pakistan und Mexiko.

Sukzessiv ersetzt das neue Sturmgewehr G36 die Rolle des alten G3. Eine erste Lizenz wurde an Spanien vergeben. Der folgenschwerste Export des noch jungen 21. Jahrhunderts aber ist die Lizenzvergabe an die staatliche saudi-arabische Firma MIC im Jahr 2008 durch die große Koalition von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD). Sobald die saudischen Streitkräfte mit G36 ausgestattet sind, werden – wie vormals beim G3 in den Sudan und nach



Somalia geschehen – einmal mehr Kriegs- und Bürgerkriegsstaaten von MIC hochgerüstet werden. Mit Deutschland vereinbarte Endverbleibserklärungen werden wieder gebrochen, die Bundesregierung wird den Rechtsbruch wieder stillschweigend dulden.#7

Bei mehreren vertraulichen Treffen teilte mir der langjährige Leiter der Waffen-Vorführgruppe von Heckler & Koch mit, auf welchem Weg Sturmgewehre des Typs G36 widerrechtlich in die vier verbotenen Unruheprovinzen Chihuahua, Chiapas, Guerrero und Jalisco in Mexiko gelangen konnten. Die H&K-Geschäftsführung sei in den illegalen Waffendeal mit rund 8500 Kriegswaffen verwickelt. Nach umfassenden Vorrecherchen stellte ich über meinen Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer gegen neun namentlich genannte Beschäftigte – darunter auch Geschäftsführer – von H&K Strafanzeige wegen des Verdachts des „Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie aller anderer in Betracht kommender Straf- und Ordnungswidrigkeitsvorschriften“.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart nahm mittlerweile zwei Hausdurchsuchungen vor. Aktuell habe ich meine Strafanzeige erweitert: gegen weitere Verfahrensbeteiligte, wegen des Verdachts der ungenehmigten Lieferungen von mindestens 883 Gewehren zuviel und einem möglichen illegalen Technologietransfer. Noch in diesem Jahr soll Anklage gegen Heckler & Koch erhoben werden.#8

Im Namen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ haben wir Sprecher im Februar 2014 zudem Strafanzeige gestellt gegen den Ulmer Kleinwaffenproduzenten Carl Walther wegen des offensichtlich illegalen Exports von P-99-Pistolen ins Bürgerkriegsland Kolumbien. Dort wurden und werden Exekutionen mit P-99 vorgenommen.#9

Mehr als hundert Organisationen der Friedens- und Menschenrechts-, Globalisierungs- und Flüchtlingsbewegung, der evangelischen und katholischen Kirche, sowie humanitäre Hilfswerke wie „Brot für die Welt“ und „Misereor“ haben sich in der Aufschrei-Kampagne zusammengeschlossen. In Aktionen vor Werkstoren, bei Hauptversammlungen rüstungsexportierender Konzerne oder in Gesprächen mit führenden Politikern will das größte soziale Anti-Rüstungsexportbündnis aller Zeiten die Politik zur Umkehr bewegen: Rüstungskonversion, die Umstellung auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Produktion ist das Ziel. Erste Schritte sind erreicht: In den beiden vergangenen Jahren sanken die deutschen Rüstungsausfuhren – ein Prozess, der unumkehrbar fortgesetzt werden muss.



QUELLEN:

- #1 „Sipri-Studie. China baut Waffenexport rasant aus“ in SPIEGEL ONLINE vom 17.03.2014
- #2 SIPRI YEARBOOK 2012, S. 266
- #3 SPIEGEL ONLINE vom 17.03.2014
- #4 Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2012, S. 76
- #5 Informationsstelle Militarisation (IMI) und DFG-VK, Landesverband Baden-Württemberg (Hrsg.): RÜSTUNGSATLAS BADEN-WÜRTTEMBERG, S. 23 ff
- #6 Grässlin, Jürgen: „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“, München 2013, Kapitel „Europas tödlichstes Unternehmen“, S. 407 ff.
- #7 Ebda., S. 486 ff.
- #8 Strafanzeige von J. Grässlin gegen Verantwortliche der Firma Heckler & Koch, Oberndorf, vom 19.04.2014, erweitert am 21.02.2014
- #9 Strafanzeige der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ J. Grässlin, P. Russmann und Chr. Hoffmann gegen Verantwortliche der Firma Carl Walther, Ulm, vom 17.02.2014. Die Recherchen basieren auf dem Fernsehfilm: „Waffen für die Welt – Export außer Kontrolle“ (arte und ARD), Erstausstrahlung in der ARD am Montag, 24.02.2014, 23:45 Uhr von Daniel Harrich. FILMTIPP: Der Film kann in voller Länge auf Youtube angesehen werden: <http://www.youtube.com/watch?v=sj-dbC6yCUw>

Glitzer PSYCHOTEST

Zähle welche Zahl am häufigsten auf dich zutrifft.
Die Auflösung findest du auf Seite 70.

Du bist auf dem Weg zu einer Anti-Nazi-Demo und packst deinen Rucksack, was ist dein wichtigstes Utensil?

- Glitzer (1)
- Pfefferspray (3)
- Snacks (2)

Was verbindest du am ehesten mit der GJ?

- Glitzer (1)
- Drogen(2)
- Spaß (3)

Was macht eine gute Party für dich aus?

- Musik (3)
- eine coole Discokugel(1)
- die richtigen Leute(2)

Welche Kommunikationsplattform nutzt du am meisten?

- Twitter(1)
- Facebook(2)
- Briefe(3)

Lieblingshashtag?

- #vollerliebe(1)
- #supergeil (2)
- #gjbw (3)

Dein Lieblingstier?

- Einhorn(1)
- Igel (2)
- Faultier(3)

SONGTEXT:

SHILA HAT EIN FAIBLE FÜR DAS GUTE AUF ERDEN
OBWOHL DIE LEUT UM SIE HERUM IHR GROSSES HERZ OFT GEFÄHRDEN
IHRE AUGEN SIND OFFEN, DOCH IHRE WELT IST GESPALTEN
DENN IHRE FREUNDE SUCHEN IMMER NUR DAS NEUE IM ALTEN
SIE HAT HERZEN GEBROCHEN, WEIL MAN DAS HEUTE SO MACHT
HAT ES EHRlich BEREUT UND LANGSAM HEGT SIE DEN VERDACHT,
DASS ES ZEIT WIRD WAS IN IHREM LEBEN ZU VERÄNDERN
STATT MIT MÜDEN AUGEN DURCH DIE STRASSEN ZU SCHLENDERN.

SHILA STEHT AUF SOUND UND AUF GUTE MUSIK,
LIEBT DEN FRIEDEN
UND WIE ALLE ANDERN HASST SIE DEN KRIEG.
DARUM FASST SIE DEN ENTSCHLUSS
SICH ZUM SOUND ZU BEWEGEN
UND DEN STARRSINN DER LEUTE MIT IHREM GROOVE ZU WIDERLEGEN.

SIE GEHT AUF DIE STRASSE,
UM DIE WELT ZU EROBERN,
IHREN FRUST RAUSZULASSEN
UND DURCH DIE GASSEN ZU TOBEN.
IHR PALAST IST IHR HERZ
UND DER BEAT IST IHR THRON.
SHILA! TANZ DEINE REVOLUTION!

RAINER VON VIELEN - TANZ DEINE REVOLUTION

EUROPÄISCHES

MILITÄRMACHT? NEIN DANKE!

Europa eine Friedensmacht - Europa eine Militärmacht? Militär und Frieden im gleichen Atemzug, das scheint für mich eher ein Widerspruch zu sein als ein angemessenes Projekt für einen Friedensnobelpreisträger. Es war die pazifistische Bewegung, mit der wir Grünen in den Bundestag eingezogen sind. Es sind diese pazifistischen Ideale, welche mich bei dem Gedanken an eine neue große Militärmacht aufschrecken lassen. Für mich ist die Europäische Union das modernste und erfolgreichste Friedensprojekt unserer Zeit. Innerhalb der letzten sechzig Jahre entwickelte sich aus einem vom Krieg gekennzeichneten, wirtschaftsschwachen Europa eine starke Gemeinschaft. Meines Erachtens begründete sich dieser Erfolg, indem die Politik die Probleme und Belange innerhalb der Europäischen Union in Angriff nahm und sich eben nicht als Militärmacht formierte.

Der Gegenentwurf dazu ist für mich die NATO. Ein Relikt des Kalten Krieges, dessen Feind abhanden kam. Diese steht dem Prozess zur Annäherung von Ost und West in der Weltarchitektur entgegen. Sinnvoll wäre vielmehr ein globales und kollektives Sicherheitssystem, das alle Menschen schützt, ohne den Partikularinteressen einzelner Staaten zu dienen. Dieser Zielsetzung ist aber nicht durch den Ausbau eines europäischen Heeres gedient. Einerseits sprechen Theoretiker*innen davon, dass ein europäisches

Militär durch die höhere Anzahl von Entscheidungsträger*innen im Hintergrund eher eine legitime militärische Entscheidung im Sinne der kollektiven Sicherheit treffen kann - fern von nationalstaatlichen Interessenskonflikten. Andererseits stellen sich für mich in der Realität dennoch weitere Fragen. Erstens, hat der Körper der Europäischen Union nicht noch immer hohe demokratische Defizite, sodass man bei solch völkerrechtlichen Fragen wirklich im Interesse aller Mitgliedsstaaten handelt? Und zweitens, kann ein Militärangriff überhaupt legitim sein?

Vielmehr sollte Europa auch in seiner Außenpolitik dafür einstehen, wofür es sonst steht. Ein multilaterales Netzwerk, das durch Interdependenzen und Diplomatie Sicherheit und Stabilität schafft. Wenn es zu Konflikten im Nahen Osten wie z.B. in Syrien oder Libyen kommt, sollte die Europäische Union als diplomatischer Mittler auftreten und nicht den Konflikt durch militärische Präsenz verschärfen. Denn auch die Träumer*innen unter uns sollten nicht vergessen, dass das Militär nicht nur ein Prestigeobjekt ist, sondern auch zum Einsatz kommen wird. Durch militärisches Einschreiten in Konfliktregionen als europäische Macht stellt sich vielmehr die Frage, ob wir dann nicht beginnen, unsere eigenen Normen als allgemeine Werteordnung festzuschreiben. Durch solch eine Kopfstoßpolitik übersieht man schnell den wahren Ursprung des Konflikts und es könnte für die Zivilgesellschaft in den Konfliktregionen sogar kontraproduktiv sein. Gerade die Situation in der Ukraine verdeutlicht mehr denn je, dass Diplomatie der richtige Weg ist, und darauf sollte sich die europäische Union auch in Zukunft beschränken.

In der Vergangenheit führte die Erweiterung der NATO zu einer stärkeren Militärmacht vor allem zu einem expansiven Ausbau der Armeen in China und Russland. Um nicht wieder ins Wettrüsten des Kalten Krieges zu verfallen, sollten wir deshalb ein globaleres Sicherheitsnetz aufbauen - federführend mit der UN - anstatt ein neues Heer zu schaffen.

Dieser Militäraufbau wäre in unserer postwestfälischen Ordnung nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir also von Friedenserhalt sprechen, brauchen wir nachhaltige Netzwerke und Strukturen statt Waffen und Gewalt. Deshalb sage ich, wir brauchen mehr Blauhelme statt Stahlhelme! Militärmacht? Nein Danke!

SONGTEXT:

MAKE IT STOP
MAKE THIS END
THIS LIFE CHOSE ME, I'M NOT LOST IN SIN
AND PROUD I STAND OF WHO I AM
I PLAN TO GO ON LIVING

MAKE IT STOP
MAKE THIS END
ALL THESE YEARS, PUSHED TO THE LEDGE
BUT PROUD I STAND OF WHO I AM
I PLAN TO GO ON LIVING

RISE AGAINST – MAKE IT STOP

von Dunya Ballout

MILITÄR?

SICHER GEMEINSAM

Dieses Motto sollte über der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU) stehen. Doch bisher steht es dort leider nicht. Stark gemeinsam. Dies sollte auch über der GASP stehen. Ebenso muss hier eine verneinende Antwort gegeben werden.

Für uns als Junge Europäische Föderalisten sind diese Antworten unzureichend und wir wünschen uns eine andere GASP. Wenn wir ein Resümee der vergangenen Jahre im Bereich der GASP ziehen, so müssen wir feststellen, dass die Hoffnungen des Vertrags von Lissabon bisher nicht Realität wurden, und selbst die Hoffnungen hinter unseren Wünschen zurück bleiben.

Libyen zeigte uns, dass die EU nicht zu einer gemeinsamen Position in der Lage war. Die Ukraine zeigte uns, dass wenn es eine gemeinsame Position gibt, diese nicht durch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Lady Ashton vertreten wurde, sondern durch die gemeinsame Delegation Deutschlands, Frankreichs und Polens.

In unserer Analyse liegt dies in einem Defizit der EU begründet, dass ihr seit ihrer Gründung anhaftet. Im Gegensatz zu anderen Entwicklungsprozessen staatlicher Strukturen war die europäische Gemeinschaft ohne eigenes Militär verblieben. Die Initiative zur europäischen Armee scheiterte an der französischen Nationalversammlung nach dem der Bundestag bereits zugestimmt hatte. So endeten die frühen Pläne zur europäischen Armee Mitte der 1950er und die BRD bewaffnete sich alleine wieder und wurde NATO-Mitglied.

In welche Situation hat uns dies heute als Europa und auch als Deutschland geführt? Nach dem Ende des kalten Krieges löste sich der Warschauer Pakt auf doch die NATO blieb bestehen und die europäischen Staaten in Abhängigkeit der USA was das außenpolitische Handeln angeht. Die NATO expandierte sogar an die Grenzen Russlands und wir sehen jetzt in der Ukraine die Reaktion eines Russlands, das ausgegrenzt wird, statt eingebunden.

Diesen gordischen Knoten der europäischen Politik gilt es mit dem Nachholen einer Gründung einer europäischen Armee zu durchtrennen. Stimme und Gewicht für die EU nach außen. Souveränität statt Abhängigkeit im Verhältnis der EU gegenüber den USA was die Außenpolitik angeht. Auflösung der NATO als Relikt

des kalten Krieges und damit die Öffnung einer langfristigen Perspektive europäischer Teilhabe Russlands.

Um es aus nationaler Perspektive zu formulieren: zurzeit handeln wir mit den anderen EU-Staaten aber wir kämpfen gemeinsam mit den USA, es gilt diese Verben zu tauschen.

Der Gewinn für uns Europäer*innen wäre ein gewaltiger. Wir wären sicher gemeinsam, denn Russland zu integrieren brächte insbesondere für die osteuropäischen Staaten ein gewaltiges Plus an Sicherheitsgefühl. Die Versorgung mit russischem Gas wäre gesichert bis eine europäische Energiewende gelungen ist. Doch auch Pazifist*innen und Abrüstungsbefürworter*innen würden zumindest in Teilen bekommen wonach sie sich mühen: das Ende von aktuell 28 nationalen Armeen zum Preis einer neuen europäischen Armee die im Vergleich aber eine viel kleinere sein wird.

Ebenso würde die europäische Armee auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Staatshaushalte leisten. Betrachtet sei Griechenland, dieser Staat gibt getrieben durch Furcht vor einer Invasion durch die Türkei 5-6% seines BIP für Verteidigung aus. Wenn der griechische Staat diese Aufgabe nicht mehr leisten muss, so sind seine Haushaltsprobleme sofort gelöst.

Viele Europäer*innen hätten ebenfalls einen direkten persönlichen Gewinn, sie müssten nicht mehr in der Armee dienen, denn nach Schätzungen ist eine massive Reduktion der Zahl der Soldat*innen möglich, die 28 EU-Staaten beschäftigen zur Zeit 1,75 Mio. Soldat*innen, diese Zahl unter 1 Mio. zu senken wäre ein Signal an die eigenen Bürger*innen aber auch an die Weltgemeinschaft.

Doch zurück zum Kern. Für eine solche wahrliche GASP würden die Menschen in Europa nichts anderes als eine demokratische Instanz als Entscheidungsträger*in gelten lassen, diese*r Entscheidungsträger*in ist damit automatisch die Regierung der EU. Eine solche Regierung kann danach im Laufe der Zeit auch weitere Aufgaben der Nationalstaaten übernehmen wenn dies im Interesse der Europäer*innen liegt, oder es können sich verschiedene Kerne je nach Politikbereich unterhalb dieser EU bilden. Doch gibt dies auch die Möglichkeit auf ein Mehr an Selbstbestimmung für die Regionen: Katalonien, Schottland und Bayern könnten innerhalb dieses Daches ihre separatistischen Tendenzen ausleben.

von Simon Freisler

WIR BRAUCHEN EIN SOZIALES EUROPA, SONST FUNKTIONIERT ES NICHT!

Die Europawahl steht vor der Tür. Es wird darum gerungen, in welchem Europa und in welcher EU wir leben wollen. Doch gibt es leider wenige Visionen für Europa, vielmehr kommt aus fast allen Seiten des politischen Spektrum ein ähnliche Slogan: „Wir wollen ein besseres Europa!“. Was damit wirklich gemeint ist, bleibt wage. Die Ungenauigkeit ist Ausdruck einer allgemeinen Verunsicherung, die seit der Eurokrise diesen Kontinent erfasst hat. Bei Europa denkt mensch an Troika, an die Eurokrise und die besorgten Gesichter der Europäischen Staats- und Regierungschefs, allen voran Angela Merkel. Doch lange Gesichter hat Europa genug gesehen, die Union muss mit neuen Visionen belebt werden, und die Idee des sozialen Raumes Europa kann neues Leben in den alten Kontinent bringen. Die Ausweitung der sozialen Dimension in der EU ist aber nicht nur eine Vision, sondern auch die Antwort auf grundlegende Strukturprobleme, welche die EU erst in die Krise gestürzt haben. Ein soziales Europa vertieft das Friedensprojekt, indem es den Nationalstaat weiter auflöst, es beendet die Konkurrenz der Staaten um geringere Arbeitsstandards und Löhne, und es bekämpft die Ursachen der gegenwärtigen Krise, indem wirtschaftlichen Ungleichgewichte ausgeglichen werden.

EIN SOZIALES EUROPA FÜR POST-NATIONALEN FRIEDEN

Die heutige EU ist als Antwort auf die Kriege in Europa entstanden und sie hat sich als friedensstiftende Maßnahme erwiesen. Der Gedanke dahinter ist die Kant'sche Idee des liberalen Friedens: Gesellschaften, die miteinander Handel treiben, sind voneinander abhängig und bekriegen sich nicht. Sie würden damit

nur ihren eigenen Wohlstand gefährden. Dieser Grundsatz ist im gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt verwirklicht. Wie wir gerade in der Ukraine erleben, ist das mit dem Frieden jedoch nicht immer so einfach wie es scheint. Zudem handelten vor dem 1. Weltkrieg auch die Staaten Europas stark miteinander. Die 1. Welle der Globalisierung hatte ihren Höhepunkt überschritten und war relativ sogar stärker ausgeprägt als sie es heute ist. Zur gleichen Zeit entstanden aber auch die modernen Nationalstaaten, und die Konkurrenz zwischen diesen Staaten war zentral für den Ausbruch des 1. Weltkrieges. Ergo: Es kann zu Kriegen kommen, obwohl Staaten viel miteinander handeln. Auch wenn in der EU so bald wohl kein Konflikt entstehen wird, kann ein solidarisches Europa über die Nationen hinweg ein Schritt sein, der die nationalstaatliche Perspektive auflöst und den Frieden in Europa vertieft.

SOZIALE ZIELE FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA

Dem EU-Binnenmarkt liegen gemeinsame Regeln für den Handel mit Produkten zugrunde. So werden zum Beispiel Standards für Produkte festgelegt. Diese beziehen sich aber auf die Beschaffenheit der Produkte und ihre ökologische Produktion. Mensch erinnert sich an die EU-Gurkennorm, die es nebenbei gesagt nicht mehr gibt. Die sozialen Standards in der Produktion werden aber fast nicht reglementiert und das führt zu einem Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten um günstigere Produktionsbedingungen. Dabei werden oft die Rechte von Arbeitnehmer*innen angegriffen. Löhne werden gesenkt und Arbeitszeiten verlängert. Eine Spirale nach unten setzt sich in Gang. In Deutschland sind

die realen Löhne seit 30 Jahren nicht mehr gestiegen, während in Spanien, Italien und Irland die Löhne angehoben wurden. Das hat zu einem Verlust an „Wettbewerbsfähigkeit“ gegenüber Deutschland geführt und somit Arbeitsplätze gekostet. Mancher Wettbewerb in Europa und gerade der Wettbewerb innerhalb der Eurozone verhindert also den sozialen Fortschritt. Um dieser Dynamik entgegenzuwirken, brauchen wir europäische soziale Ziele. Das beinhaltet gemeinsame soziale Standards und Sicherungen in der Union wie beispielsweise einer europäischen Arbeitslosenunterstützung. Dabei würden alle Staaten der EU in einen gemeinsamen Fond einzahlen, aus diesem werden dann europaweit Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit finanziert. Auch ein europaweiter Mindestlohn ist eine Lösung. Dieser sollte langfristig überall gleich sein, um wirkliche gleiche Bedingungen in Europa zu garantieren. Um den Mindestlohn einzuführen, könnte er am Anfang auf die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in verschiedenen europäischen Ländern angepasst sein. Zusätzlich müssen wir das Grundeinkommen europäisch denken, denn auch ein solches ist durch europäisches Lohndumping bedroht.

UMVERTEILUNG FÜR EIN NACHHALTIGES EUROPA!

Die Krise in der EU hat viele Gründe, einer davon ist das wirtschaftliche Ungleichgewicht. Was bedeutet das? Zum einen haben wir einen gemeinsamen Wirtschaftsraum in der EU und einen gemeinsamen Währungsraum mit den 18 Euro-Staaten. Das hat Auswirkungen auf die soziale Lage der Menschen. Zurück zu Deutschland und Spanien: Deutschland ist, wie oben beschrieben, sehr wettbewerbsfähig und exportiert daher viele Produkte in andere Länder Europas, zum Beispiel nach Spanien. In Deutschland entstehen Jobs, in Spanien dagegen wird mehr importiert als exportiert und die Arbeitslosigkeit steigt. Das Lohndumping in Deutschland ist also auch für die hohe Arbeitslosigkeit in Spanien verantwortlich. Früher wurde der Wechselkurs benutzt, um solche Ungleichgewichte wieder auszubessern, heute geht es durch den Euro nicht mehr, was die Euro-Staaten in eine Sackgasse geführt hat. Sie versuchen nun, durch sozial unverträgliches Sparen (Austerität) und den Abbau von Sozialstandards die Wirtschaft im Süden wieder anzukurbeln. Es gäbe allerdings auch andere Möglichkeiten. Die Arbeitslosigkeit könnte durch Umverteilung und Migration bekämpft werden. In der EU ist das allerdings schwierig. Umverteilt wird nur bei der Landwirtschaft und bei der Infrastruktur, nicht aber im sozialen Bereich; und auch bei der Binnenwanderung hapert es. Hier muss sich die EU entscheiden, welchen Weg sie gehen möchte, und wenn sie den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum halten möchte, bedarf es für die EU auch eine solidarische Dimension.

Die Solidarität in Europa ist ein Grundwert der Grünen, das ist aber nicht der einzige Grund für diesen Weg, ein solidarisches Europa führt auch zu einem nachhaltigeren Europa. Denn wenn

die Menschen überall in Europa in vergleichbaren sozialen Verhältnissen leben, dann können wir den Wohlstand insgesamt heben, indem wir in Krisen füreinander einstehen und in guten Zeiten den Wohlstand teilen. In den USA werden die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Staaten durch Umverteilungsprogramme ausgeglichen und so wird ein Auseinanderbrechen des Landes verhindert. Auch in Europa sollte so etwas geschehen. Ein Beispiel ist die Europäische Jugendgarantie. Sie ist ein Versprechen an alle Jugendlichen Europas, nicht arbeitslos zu bleiben, sondern ein Anrecht auf einen Job oder einen Ausbildungsplatz zu haben. Natürlich kostet das Geld, und dieses sollte durch einen Europäischen Solidaritätsfond bereitgestellt werden, aus welchem auch die Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird.

Aber auch die langfristige Binnenwanderung ist in EU-Europa schwierig, so können zum Beispiel Ansprüche auf Renten- und Pflegeleistungen in der Regel nicht einfach beim Umzug in ein anderes Land mitgenommen werden. Es gibt die unterschiedlichsten Rentensysteme in Europa, manche sind kapitalgedeckt und manche setzen auf das Umlageverfahren, wie in Deutschland. Die sozialen Systeme müssen miteinander kompatibel gemacht werden, sodass die sozialen Rechte bei der Migration mitgenommen werden können. Alles andere ist ein Migrationshindernis.

Es wird also eines klar: Europa ist noch nicht zu Ende gebaut. Die Grundpfeiler, wie der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum, sind gebaut, aber wenn diese nicht durch soziale „Querstreben“ gesichert werden, so fällt das Haus vielleicht bald zusammen. So leitet sich die Solidarität in Europa nicht nur aus dem Imperativ der Gleichheit der Menschen ab, es ist auch eine Notwendigkeit, um die Funktionsfähigkeit des Europäischen Wirtschafts- und Währungssystems sicher zu stellen.

von Michael Bloss

Sprecher der Europäischen Grünen Jugend (Federation of Young European Greens, FYEG)

EUROPÄISCHE KOOPERATIONEN FÜR EINE GRÜNE POLITIK IN EUROPA

Fast überall in Europa gibt es grüne Parteien, doch die jeweiligen Möglichkeiten, die Politik grüner zu gestalten, sind durchaus stark verschieden. In Ländern wie Deutschland oder Österreich gelten sie als etabliert und sind auf verschiedenen Ebenen auch in Regierungen vertreten. Auf der anderen Seite sind die Grünen Parteien in Italien oder Polen nur selten in Parlamenten vertreten.

Da viele Themen von europäischen Rahmenrichtlinien eingegrenzt sind, sollte es unser Ziel sein, diese umweltfreundlich, sozial und vor allem den allgemein gültigen Menschenrechten entsprechend gestaltet werden. Sehr oft hat ausschließlich das Ziel nach Wirtschaftswachstum einen Einfluss, wie wir zuletzt bei Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA oder den Gen-Mais sehen mussten. Genauso wird es bezüglich Frontex ohne stärkere linke Parteien keine positiven Entwicklungen geben.

Wir sollten uns nicht nur damit auseinandersetzen, wie wir in Deutschland ein positives Ergebnis bei der Europawahl erzielen können. Deutschland stellt zwar derzeit mit 99 Abgeordneten 12,9 % des Europäischen Parlaments, aber Grüne sind es „nur“ 14. Und es gibt vor allem süd- und osteuropäische Staaten, aus denen es keine*n einzige*n Abgeordnete*n in der „Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz“ gibt. Daher kann eine Stärkung der grünen Parteien in anderen Ländern eine enorme Stärkung der grünen Positionen im EU-Parlament und damit auch weiteren Gremien bewirken.

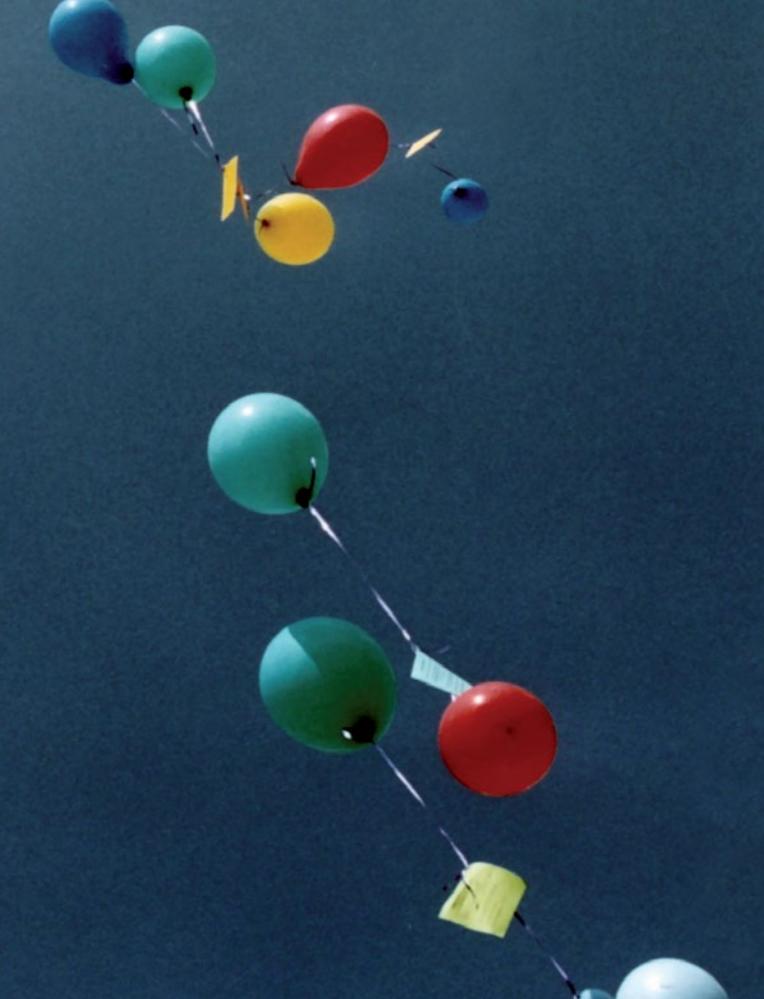
Dazu muss man sich aber im ersten Schritt damit auseinandersetzen, wieso es zwischen den Ländern in Europa solche Unterschie-

de gibt. Dafür sollte man die Situationen individuell beurteilen, um nicht in die Gefahr zu kommen, zu stark zu generalisieren und in Schubladendenken zu verfallen.

Da ich seit einem halben Jahr in Italien lebe, habe ich mich ein wenig danach umgesehen, wie es um die grüne Partei (Federazione dei Verdi) hier steht. Doch das ist einfacher gesagt als getan, da eine Infrastruktur aus Kreisverbänden und ähnlichem wie man es aus Deutschland kennt, nicht existiert. Ebenso fehlt es an Kontaktmöglichkeiten über das Internet, da die meisten Adressen veraltet sind.

Dadurch ist bei mir die Idee von internationalen Kooperationen wieder in den Kopf gekommen und gewachsen. Nachdem ich bereits an einem Austausch mit den jeunes écologistes aus Frankreich teilgenommen habe, weiß ich, dass sich eine einmalige Zusammenarbeit schon lohnt und sich dadurch auch etwas Kontinuierliches ergeben kann.

Die Frage ist nun, wieso hier in Italien aber auch vor allem in Osteuropa grüne Positionen in der Politik so schwach repräsentiert sind und wie man dies verbessern kann. Gibt es möglicherweise



keine so große Notwendigkeit, dass urgrüne Themen politisch in den Mittelpunkt gerückt werden?

Nach meinem Eindruck aus Italien kann ich sagen: Doch diese besteht! Offensichtlich ist diese bei einer Mobilität, die voll auf Auto und Motorroller ausgerichtet ist, bei einem Konsum, der durch Verpackungen dominiert ist und einer Mentalität, letztere dann auch einfach irgendwohin zu werfen. Würde man weiter nachforschen, wird man sicherlich in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion keine positiven Überraschungen erleben.

Selten hört man positive Nachrichten aus Lampedusa, Flüchtlinge und insbesondere Roma und Sinti werden stark diskriminiert und viele Menschen halten sich mit Gelegenheitsjobs, die nicht immer legal sind, über Wasser. Diese Probleme werden aber in der öffentlichen Wahrnehmung nicht aus der humanitären Sichtweise wahrgenommen sondern stets unter den Aspekten Sicherheit und Arbeit behandelt. Dies liefert den sozialdemokratischen (oder linken) Parteien genauso wie den rechten ausreichend Futter.

Grüne Parteien, die nun neben den ursprünglichen Themen wie ihre Pendants in anderen Ländern, auch soziale und ökonomische

Themen anpacken könnten, sind alles andere als etabliert. Dies gilt für den speziellen Fall Italien aber auch für diverse andere Länder. Genau an diesem Punkt können wir ansetzen, wenn ihr in ganz Europa eine grünere Politik voranbringen möchten.

Es fehlt nicht unbedingt Akzeptanz und Bewusstsein in der Bevölkerung, schließlich gibt es Gruppen wie Amnesty International, Greenpeace oder kleinere lokale Initiativen. Durch diese kommt grüne Politik aber nur auf den Tisch der Regierenden, wenn es sich um schwerwiegende Probleme wie illegale Räumungen durch die Polizei oder menschenunwürdige und umweltgefährdende Bedingungen in der Textilproduktion handelt und nur Schlimmeres verhindert werden muss. Zu einer gestaltenden grünen Politik führt dies leider nicht.

Welche Schwierigkeiten bestehen aber nun für grüne Parteien? Es mangelt an Mitgliedern und Geld, beides Dinge, die grundlegend für Aktivität sind. Ohne diese lassen sich nur mit Mühe Aktionen organisieren und Menschen informieren. Wir haben die Möglichkeiten, die Entwicklungen kleiner grüner Parteien in Europa zu unterstützen. Einige von euch haben vielleicht von den Austauschen im Vorfeld der Bundestagswahl gehört oder teilgenommen, andere haben mit ihrer Ortsgruppe vielleicht schon eine Partnerschaft initiiert.

Beidseitige Motivation vorausgesetzt kann aus solchen Kooperationen ein sehr guter und intensiver Austausch von Informationen, Ideen und Engagement hervorgehen. Man kann sich über Strukturen und Aktionsformen austauschen und daraus eine Menge lernen. Auf diese Weise entsteht eine direktere und individueller Vernetzung als sie über die FYEG (Federation of Young European Greens) oder die EGP (European Green Party) existiert.

Daher ist mein großer Wunsch, dass sich Einzelpersonen, Ortsgruppen oder auch der Landesverband mit den Möglichkeiten aber auch Schwierigkeiten weiterer europäischer Kooperationen auseinandersetzt. Diese werden auf die derzeitigen Europawahlen keinen Einfluss mehr haben, da so etwas wachsen muss. Allerdings ist es genauso hilfreich, grüne Parteien bei ihren lokalen/regionalen/nationalen Wahlen zu unterstützen. Zum einen einfach für den Austausch von Ideen und der Stärkung grüner Politik in anderen Ländern, zum anderen aber auch langfristig für die europäische Politik. Denn zumeist stimmt man bei einer Europawahl nicht wirklich anders als bei Wahlen einer anderen Ebene.

Über jegliche Form von Rückmeldungen würde ich mich sehr freuen. Schreibt mir einfach an:
aljoschaloeffler@gmx.de

von Aljoscha Löffler

EUROPA WIRD JUNG, GRÜN & STACHELIG!

Jeroni, Clarisse, Jakob, Delfina, Ross, Amelia, Bogumil, Maria, ...

So heißen einige unserer tollen jungen Kandidat*innen für die Europawahlen im Mai. Sie kommen aus ganz Europa – von Spanien, über Frankreich, Nordirland, Finnland, Polen bis nach Österreich. Sie alle vereint, dass sie Europa mitgestalten und für unsere junggrünen Forderungen streiten wollen.

Ich stelle sie euch vor (mit einer sehr persönlichen Note :))

Jeroni Vergeer war im letzten Jahr drei Wochen bei den Hochtouren in NRW dabei. Sie hat schon dort gezeigt, dass unsere Politik nicht an Grenzen haltmacht. In Krefeld hat sie niederländische Tourist*innen dazu gebracht, Groen-Links – die niederländischen Grünen – zu wählen, in Warendorf hat sie als Kuh verkleidet Menschen von ökologischer Landwirtschaft überzeugt und überall europäisches Flair in den Bundestagswahlkampf gebracht.

Clarisse Heusquin ist im Vorstand der Federation of Young European Greens (FYEG) und Spitzenkandidatin in der Region Massif Central der französischen Grünen. Mit einem Bein in der institutionalisierten Politik und dem anderen in sozialen Bewegungen kann sie eine Brücke sein für ein demokratisches Europa.

Jakob Schwarz aus dem schönsten Österreich. Ach, was soll ich sagen: Ein Spitzentyp und der beste FYEG Ko-Sprecher der Welt :). Er kämpft für die Energiewende und gegen den Klimawandel.

Ross Brown wünscht sich eine Politik, die nicht mehr – wie in Nordirland sehr häufig – über Konfessionen, sondern über Inhalte entschieden wird. Gerade beim Thema Fracking ist er eine starke Stimme für grüne Forderungen. Und lässt auf keiner Party die Tanzfläche aus :)!

Delfina kommt eigentlich aus Argentinien, ist jetzt aber schon seit über zehn Jahren bei der katalanischen Grünen Jugend aktiv und kandidiert für ICV (die katalanischen Grünen) fürs Europaparlament. Ob in Barcelona, Madrid oder Brüssel – sie kämpft für ein soziales Europa und gegen eine Politik, in der nur Unternehmen und Banken ihre Interessen durchdrücken können.

Amelia Womack kandidiert für die Grünen in London und Südostengland. In Großbritannien wird die Europawahl für die Grünen auch gerade ein Kampf gegen die europafeindlichen Parteien – allen voran die rassistische UK Independence Party. Mit einer Europäerin wie Amelia, die bisher vor allem hochschulpolitisch aktiv war, werden wir uns diesen Tendenzen in den Weg stellen.

Bogumil Kolmasiak kommt aus Polen, wo die Grüne Jugend gerade Seite an Seite mit Umweltverbänden gegen die Kohleideologie und für mehr Klimaschutz kämpft.

Maria Ohisalo spricht eine der coolsten Sprachen der Welt: Finnisch. Und sie sagt immer viele kluge Dinge – besonders zu Themen wie Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie.

Es gibt viele Anliegen, die unsere junggrünen Kandidat*innen nach vorne bringen werden. Denn auch das ist besonders an der Grünen Jugend und unterscheidet uns von vielen anderen Jugendorganisationen: Ob ich aus Madrid, Helsinki oder Warschau komme, ich kämpfe für gemeinsame junggrüne Politik!

Kontaktiert die jungen Kandidat*innen aus den anderen europäischen Ländern und informiert euch darüber, was sie machen!

Terry Reintke – war zwei Jahre lang Sprecherin von FYEG und kandidiert nun selber als Kandidatin der GRÜNEN JUGEND fürs Europaparlament. Sie setzt sich für die Rechte von Frauen, jungen Menschen und LGTB+ in Europa ein. Ihre Lieblingstiere sind Seekühe.

TWINNING THE CITY – HOL DIR EUROPA IN DEINE ORTSGRUPPE!

Grünes Europa bei euch zu Hause? Einen Austausch mit jungen Leuten aus anderen Ländern veranstalten?

Geht ganz einfach: mit dem "Twinning the Cities"-Projekt könnt ihr Städtepartnerschaften mit Grüne-Jugend-Gruppen aus verschiedenen Ländern starten! In ganz Europa gibt es Junge Grüne, die wir kennen lernen können - Eure Ortsgruppe hat Lust, eine Ortsgruppe aus einem anderen Land kennenzulernen?

Dann unbedingt weiterlesen: Die Internationale Koordination der Grünen Jugend hat einen Reader erstellt mit vielen Infos zu der Idee "Twinning the Cities". Ihr selbst könnt eine solchen Austausch organisieren, um junge grüne Leute aus anderen Ländern kennen zu lernen, und um zu zeigen, dass Europa zu Hause anfängt!

Der Leitfaden gibt euch eine erste Idee, wie eure Städtepartnerschaft aussehen kann. Wenn ihr weitere Fragen habt, helfen wir euch gerne weiter!

Mehr Infos findet ihr unter:

<https://www.gruene-jugend.de//ttc#gothere>

Eure Internationale Koordination

Kathi Juliane, Julia , Bianca, Anton und Dunya
internationales@gruene-jugend.de



twitter WALL

Eva Muszar @eva_emu
Der BaWü-Block sendet Liebe von der Empore :)
#gjbuko #gjbw pic.twitter.com/dK0LvA8VaQ

Edwina Iyen @edwinaiyen
Luft, Wald und Liebe :) #gjbw pic.twitter.com/z9PYZ97ZOI

Frag Franz @DasFindelkind
"@theresakalmer ist das weibliche Pendant zu Cem Özdemir bei der Grünen Jugend, mit kürzeren Koteletten." #lmvgjbw

Jessi Messinger @jessimessenger
"Ihr seid das Salz in der Grünen Suppe" schmeichelt der @ebner_sha auf der #lmvgjbw bei seinem Grußwort.

Frag Franz @DasFindelkind
"Man muss Orchideen pflanzen. Auch wenn man Orchideen nicht pflanzen kann." #kretschmann @gjbw

GRÜNE JUGEND BW @gjbw
Unsere @jessimessenger kandidiert. Jetzt alle so:
#votejessi #ldk13 pic.twitter.com/jhHbQCL8jW

GRÜNE JUGEND BW @gjbw
So sehen Landesvorsitzende aus! #voteoli #success pic.twitter.com/GdH9cAd9Dx
Wir bekommen Besuch auf unserer LaVo-Klausur. Unser Ehrengast :) pic.twitter.com/0el5BJliUp

GJ Stuttgart @GJstuttgart
Occupy Hans-im-Glück-Brunnen. Wir Cemen das! #btw13
#gjointourbw @gjointourbw <http://fb.me/6u0s0zVdm>

Harald Ebner @ebner_sha
@GJonTourBW wir brennen innerlich für die Energiewende!
Das hilft gg. kalte Füße! #btw13 #grün

Theresa Kalmer @theresakalmer
Juhu:!) Die Abendversorgung der @GJonTourBW ist gesichert! #gjointour pic.twitter.com/eVbArcDNn2

Dietmar Lust @didilust
Gerne doch :-) RT @ExWuschel: Oh, Post von @GJonTourBW und @didilust - danke! #gjointour pic.twitter.com/apJr2wy3es

NR @ExWuschel
@GJonTourBW @didilust @Ritex Ach, und zu "genoppt": "The course of true love never did run smooth" - Shakespeare

Dietmar Lust @didilust
;-) RT @GJonTourBW: Wir schicken #Lust in den #Bundestag! @didilust #gjointour #btw13 Genppt und getippt @Ritex <http://twitter.com/GJonTourBW/status/375913023061250048/photo/1pic.twitter.com/xh43nEGMnV>

Marc Rene @marcrene
Willkommen in der Zukunft extrem! @gjointourbw #gjointour #btw13 #nass <https://vine.co/v/hJn1mWQ3h9W>

Suvi @SuvisWelt
Willkommen in der Zukunft! Alle Häuser sind eingeplescht #gjointour @GJonTourBW @Ma_Rc_Al_Ex @marcrene Simon & Annika pic.twitter.com/87GBpvm4Hx



ZITROAKTION



KANDIDATEN VORSTELLUNG

ANNIKA FÖRSTER

Gemeinderat – das klingt für mich immer ein bisschen nach Wochenmarkt und stundenlangen Debatten auf Schwäbisch, mit alten Männern darüber, ob eine Straßenlaterne jetzt besser auf der rechten oder der linken Straßenseite steht.

Deswegen kann ich auch ganz gut verstehen, dass die meisten Jugendlichen das nicht besonders spannend finden und die Gemeinderatswahl nur am Rande mitbekommen.

Trotzdem ist das schade. Denn der Gemeinderat ist das Gremium, das unser tägliches Leben am meisten mitbestimmt, weil er über alltägliche Dinge entscheidet:

Fahrradwege, das Essen in der Schulmensa, die Bücherei, das Freibad.

Für mich ist die Kandidatur für den Gemeinderat eine Aussage: Es sollte uns nicht egal sein, was mit unserer Stadt passiert, denn wir sind die, die noch am längsten darin leben.

Und: Wir müssen selbst mitmischen, denn andere tun das nicht für uns!

BJÖRN PETERHOFF

Platz 8, Björn Peterhoff, 27, arbeitet als Ingenieur und ist Masterstudent in Europäischem Verwaltungsmanagement. Er war zwei Jahre im Vorstand der Grünen Jugend Stuttgart und ist seit 2012 Beisitzer im Vorstand der Stuttgarter Grünen, außerdem ist er aktiv im Ortsverband Bad Cannstatt und dort stellvertretender Bezirksbeirat.

Als männlicher Spitzenkandidat der Grünen Jugend engagiert sich Björn vor allem in Jugendthemen, sowie in den Themen Subkultur, Stadtentwicklung, Wohnen sowie Verkehr. „Besonders das Thema Subkultur liegt ihm am Herzen. Nach der Schließung von Landespavillon, Röhre und nun auch dem Rocker33, verliert Stuttgarts Clubkultur wichtige Orte für Kultur- und Konzertveranstaltungen. Gerade im mittleren Raumangebot hat Stuttgart inzwischen ein großes Defizit an Konzertflächen. Daher müssen wir mehr dafür tun Freiräume in der Stadt zu schaffen und zusammen mit Künstler*innen und Kulturschaffenden nach Möglichkeiten suchen das bestehende Raumdefizit in den Griff zu bekommen.“

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Stadtentwicklung zur Steigerung der Lebensqualität in Stuttgart. „Ein zentrales Thema der Stadtentwicklung ist für mich das Projekt „Stadt am Fluss“, dass aus meiner Sicht bereits viel zu lange auf sich warten lässt. Ich möchte mich daher dafür einsetzen, dass wir ein Gesamtkonzept auf den Weg bringen, um den Neckar für uns Stuttgarter zu erschließen.“

Darüber hinaus setzt sich Björn Peterhoff für weitere Themen, wie beispielsweise ein Fernbuskonzept für die Stadt Stuttgart, sowie die Schaffung von günstigem Wohnraum ein. „Dies sind beides Themen, die gerade für junge Menschen in Stuttgart von großer Bedeutung sind.“



ERWIN KÖHLER

Mein Name ist Erwin Köhler, ich bin 18 Jahre alt und wohne seit meiner Geburt in Lauffen am Neckar.

Am liebsten mache ich Musik und halte mich in der Natur auf - gerade deshalb ist es mir besonders wichtig, dass in einer Gemeinde wie Lauffen Wert auf Natur, deren Schutz und verantwortlicher Umgang mit ihr gelegt wird.

Ich kandidiere daher zur diesjährigen Gemeinderatswahl in Lauffen für die Grünen, um mitmischen zu können, wenn es um neue Bauwerke oder Beschlüsse zu Gunsten oder zu Lasten der Natur geht. Ich besuche momentan das Sozialwissenschaftliche Gymnasium des Kolping Bildungswerks.



HENRIETTE RÜBSAM

Ich heiße Henriette Rübsam, bin 21 Jahre alt und studiere in Freiburg Biologie. Seit Ende letzten Jahres bin ich Sprecherin der Grünen Jugend Freiburg, wobei ich auch vorher schon im Vorstand aktiv war.

Zusammen mit Pascal Haggenmüller kandidiere ich mit dem Votum der Grünen Jugend auf Platz 17 für den Gemeinderat. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass gerade junggrüne Ideen und Vorschläge in Freiburg besser berücksichtigt werden.

Leider hat der Gemeinderat vor kurzem mit knapper Mehrheit die Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes beschlossen. Doch aus meiner Sicht soll Freiburgs Innenstadt lebendig und auch für junge Menschen attraktiv bleiben! Aber nicht nur in der Innenstadt gibt es kommunalpolitisch viel Handlungsbedarf. Auch für Flüchtlinge beispielsweise kann und muss in Freiburg noch viel getan werden!

Als Gemeinderatsmitglied kann man die Ergebnisse der eigenen Entscheidungen sehr unmittelbar nachvollziehen, was ich für sehr interessant halte. Ich freue mich schon auf den Wahlkampf und hoffe, dass wir gerade auch viele junge Menschen für unsere Ideen gewinnen können!



KANDIDATEN VORSTELLUNG

JONATHAN EKLUND

Mein Name ist Jonathan Eklund, ich bin 23 Jahre alt und wohne in Herrenberg.

Ich kandidiere für den Gemeinderat in Herrenberg, weil ich der Überzeugung bin, dass in einem Gemeinderat, in dem die jüngste Stadträtin weit über 30 Jahre alt ist, die Zeit für einen Generationenwechsel gekommen ist. Es braucht starke Grüne um Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und echte Gleichberechtigung auch auf der kommunalen Ebene der Politik zu etablieren. Noch viel eher aber braucht es junge Grüne, die alte Strukturen aufbrechen um Politik auch für junge Menschen erlebbar zu machen. Denn nur eine jugendfreundliche Politik in den Kommunen kann zu einer wirklichen Partizipation aller Altersgruppen führen und überlässt die Politik nicht nur der Lobby bestimmter Altersgruppen. Mit meiner Kandidatur möchte ich hierfür meinen Beitrag leisten und, für den Fall dass ich gewählt werde, auch durch meine Arbeit im Gemeinderat.

JOSHUA KONRAD

Im Kleinen viel bewegen.

Bei Politik denken gerade wir in der Grünen Jugend oft, die Welt verändern zu müssen. Lange ging das auch mir so. Desto besser ich unsere Gemeinderatsfraktion kennenlernte, desto mehr habe ich festgestellt, wie viele Weichen man im Kleinen, vor Ort stellen kann.

Von der Ganztages- oder Gemeinschaftsschule, die das städtische Schulamt beantragt, bis zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung in einem kommunalen Krankenhaus, die auch Behandlungen bietet, die wenig profitträchtig sind: vor Ort kann man viel bewegen.

Selbst ein landesweites Semesterticket bedarf der Unterstützung durch die (kommunalen) Verkehrsverbünde.

Ich bin seit sechs Jahren bei den Grünen. Mein Fokus liegt vor allem auf der Finanzpolitik. Deshalb möchte ich mich im Gemeinderat, als finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, dafür einsetzen, dass das Geld an der richtigen Stelle eingesetzt wird. Das bedeutet auch alle Ausgaben bezüglich sozialen und ökologischen Auswirkungen, sowie Generationengerechtigkeit zu prüfen.

Ich bin 22 Jahre alt, studiere Maschinenbau und höre nebenbei Volkswirtschaftslehre. Ich bin Mitglied bei der IG Metall, bei GewerkschaftsGrün und engagiere mich so oft es geht entwicklungspolitisch bei ONE.



JULIANE HAUER

Haslach im Kinzigtal – 21 Jahre – Auszubildende

Kommunalpolitik – das sind Abwassergebühren und Gewerbesteuern, Verwaltungsrichtlinien und Schulsozialarbeit, aber eben auch Energieversorgung, Kindergärten, Verkehrspolitik und öffentlicher Nahverkehr.

Kommunalpolitik ist Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort - Politik für die Zukunft des ländlichen Raums. Und genau diese Politik sollten wir nicht den 50-jährigen, selbstständigen Familienvätern in der CDU überlassen.

Denn das ist unsere Zukunft! Und gerade mit dem Wahlrecht ab 16, brauchen wir auch junge Gesichter in den Räten. Auf kommunaler Ebene werden all jene Entscheidungen getroffen, welche den ländlichen Raum auch in Zukunft für junge Menschen attraktiv und zukunftsfähig gestalten können.

Auf kommunaler Ebene möchte ich mich unter anderem für besseren öffentlichen Nahverkehr, gut ausgebaute Jugendarbeit und Freizeitangebote, sowie mehr Transparenz und sinnvoll zugängliche Dokumente der öffentlichen Verwaltung und des Gemeinderats einsetzen. Ich möchte, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich zu aktuellen Themen im Vorfeld zu informieren und einzubringen.

KATHARINA GÜNTHER

Ich beklage mich nicht über Missstände, mir ist es wichtig, etwas zu tun, wenn ich das Gefühl habe, dass etwas in unserer Gesellschaft schief läuft. Und ein Altersdurchschnitt in den kommunalen Parlamenten bei über 50 Jahren ist eine Schiefelage! An der Uni habe ich erlebt, was es bedeutet, wenn eine große Gruppe, in dem Fall die Studierenden, wenig Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensalltags hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen in unseren Kommunen und Gemeinden zur Randgruppe werden! Dazu müssen alle Altersgruppen in den Parlamenten vertreten sein. Unserer Gesellschaft steht eine demografische Entwicklung bevor, die es begünstigt, dass die Politik die Belange von jungen Menschen und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen aus dem Blick verliert. Beispiele hierfür sind eine kurzfristige und wenig zukunftsorientierte Sozial- und Rentenpolitik und die Verzögerung der Energiewende. Ich möchte mich dafür einsetzen, die Interessen aller Generationen in unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen. Dazu ist es notwendig, mit lauter Stimme für die Belange junger Menschen und zukünftiger Generationen zu sprechen.



KANDIDATEN VORSTELLUNG

LENA SCHWELLING

Die Ulmer Politik umbauen.

Warum sich viele junge Menschen für Kommunalpolitik wenig begeistern erklärt sich schnell, wenn man die Räte genauer anschaut, denn dort sitzen in großer Zahl vor allem Rentner*innen, die wenig bis gar nichts darüber wissen, was Jugendliche von Ihnen erwarten. Und das will ich ändern! Ich habe schon richtig viele Ideen, und von der Schulverpflegung über das Ulmer Theater, die Wohnraumsituation von Studis, den Straßenbahnausbau, Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen, dem Ulmer Nachtleben bis hin zu den Unterrichtsbeginnzeiten ist nichts vor mir sicher. Ich will Ulm zu einer Stadt machen, die jungen Menschen offen begegnet, ihren Wünschen und Anforderungen gerecht wird und ihnen alle Chancen einräumt.

Deshalb kandidiere ich auf Platz 3 der GRÜNEN Liste in Ulm und hoffe, dass ich all meine Pläne nach der Wahl als Stadträtin umsetzen darf. Ich heiße Lena Christin Schwelling, bin 21 Jahre alt, studiere Germanistik und seit bald 7 Jahren engagiere ich mich bei der GRÜNEN JUGEND.

MARCEL EMMERICH

Ich bin Marcel Emmerich, 22 Jahre alt und kandidiere für den Kreistag des Reutlinger Landkreises, auf dem aussichtsreichen Platz 4 der Stadtliste Reutlingen. Seit 2011 bin ich Landessprecher der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg. Die Arbeit bereitet mir großen Spaß und zeigt mir, dass es eben auch wichtig ist, junggrüne Politik in die Entscheidungsgremien vor Ort zu bringen. Warum Kreistag? Da der Kreistag eine Scharnierfunktion zwischen dem Land und den Kommunen darstellt, kann ich hier meine Erfahrungen der Landespolitik miteinbringen. Zudem sind dort besonders wenig junge Menschen vertreten, obwohl im Kreistag viele wichtige Themen besprochen werden, die Kinder und Jugendliche betreffen. Folgerichtig setze ich mich für die Planung der Regionalstadtbahn im Kreis, die Stärkung des Kreisjugendrings sowie die Förderung offener Jugendarbeit ein. Im Kreis besteht die Herausforderung aus der Großstadt Reutlingen auf der einen, und den eher ländlich geprägten Gebieten auf der anderen Seite.



MELIS SEKMEN

Mein Name ist Melis Sekmen, ich bin gebürtige Mannheimerin und 20 Jahre alt. Wohnhaft in Mannheim studiere ich Economics in Heidelberg. Neben meinem Studium arbeite ich am Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim. Angefangen haben meine politischen Aktivitäten 2011 bei der Grünen Jugend. Heute bin ich Beisitzerin im Kreisvorstand der Mannheimer Grünen.

Nach meiner Wahrnehmung wird die Kommunale Ebene oftmals unterschätzt, dabei ist das die Politik die uns direkt betrifft, deshalb müssen wir uns desto mehr in politische Entscheidungsfindungen einbringen. Dafür fordert es die Entwicklung neuer Formen der Bürger*innenbeteiligung, die attraktiv, kreativ und stark sind. Mannheim gehört zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands und desto größer ist unser Potenzial, eine nachhaltige Wirtschaftskultur zu schaffen. Ganz besonders im Hinblick auf die „Energiewende“ ist die konstruktive und kritische Begleitung der lokalen Unternehmen notwendig. Für diese und viele andere Themen möchte ich grüne Akzente in der lokalen Politik setzen.



OLIVER PRIEM

Gemeinderat geht alle etwas an!

Ich trete in Heidelberg auf dem aussichtsreichen Platz 8 für die gemeinsame Liste von Bündnis 90/ Die Grünen und generation.hd an.

Denke global, handle lokal. So einfach kann die Bedeutung von Kommunalpolitik verdeutlicht werden. Außerdem ist sie viel greifbarer als Landes- oder Bundespolitik, weil wir direkter betroffen sind und die Resultate tagtäglich sehen. Beispiele gefällig?:

Das Schülerfriedensbüro, bestehend seit 2005, bekommt von der Stadt Heidelberg das Recht auf Selbstverwaltung seiner Räume entzogen. Seit 15 Jahren sucht die Stadt einen Ort für ein selbstverwaltetes Jugendkulturzentrum, zuletzt hat sie sogar ein Gebäude dafür gekauft – doch es wird wieder keins geben, es steht nicht genug Geld zur Verfügung. Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Im Gemeinderat möchte ich aktiv für die Interessen der Jugendlichen streiten und ihre Stimme sein, nicht einfach nur den Altersschnitt senken.

Auch für ein zweites Thema möchte ich mich als zukünftiger Lehrer im Gemeinderat besonders einsetzen: Auf Schulen kommen von verschiedenen Ebenen zahlreiche Reformen zu, beispielsweise Inklusion, Ganztageschule und Gemeinschaftsschule. Die Kommunen dürfen die Schulen bei der Umsetzung nicht alleine lassen, sondern müssen diese bestmöglich unterstützen.



KANDIDATEN VORSTELLUNG

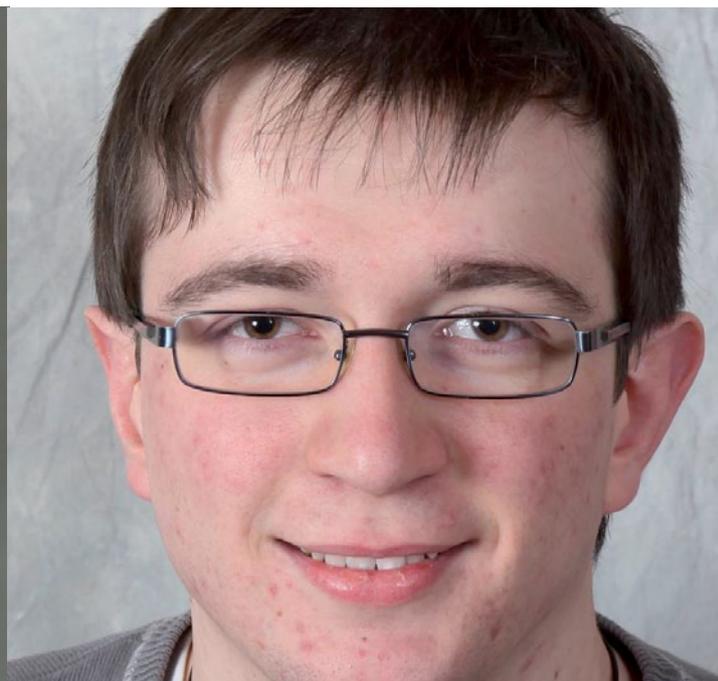
PASCAL HAGGENMÜLLER

Mein Name ist Pascal Haggenmüller, ich bin 25 Jahre alt, studiere in Freiburg im Breisgau Politik, Geschichte und Italienisch und kandidiere im Mai auf Platz 16 der Grünen Liste.

Kommunalpolitik ist nahe bei den Menschen. Kommunalpolitik löst konkrete Probleme vor Ort. Kommunalpolitik arbeitet sachorientiert, fernab von großen Ideologien. Gerade in großen Städten gibt es hier viel Spielraum für politische Entscheidungen. Hier wird entschieden, ob Schulen saniert, Schwimmbäder erneuert oder Jugendhäuser erhalten bleiben. Und hier möchte ich ansetzen: Grüne Politik darf dabei die Generationengerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren. Es braucht deshalb viele engagierte junge Menschen, die darauf achten, dass auch die Interessen von Jugendlichen in der Stadtpolitik Gehör finden, denn Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Freiräume, die ihnen die Stadt zur Verfügung stellen sollte. Gerade öffentliche Plätze müssen dabei ein Ort der Begegnung bleiben und dürfen nicht durch Sperrzeiten oder Ordnungsdienste unattraktiv gemacht werden.

PHILIPP MAIER

Ich heiße Philipp Maier, bin 19 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft an der Universität Freiburg. Mein Heimatort Oberharmersbach im Schwarzwald ist schon immer von „den Schwarzen“ geprägt gewesen. Ob CDU oder Freie Wähler macht keinen Unterschied. Vetternwirtschaft und Intransparenz haben in verstärktem Maße Einzug ins Rathaus gehalten. Das knappe Kapital wird in Prestigeprojekten verheizt. Am schlimmsten ist die Tatsache, dass der Gemeinderat die demografischen Veränderungen, die sich bereits bemerkbar machen, ignoriert. Für eine Gemeinde mit 2500 Einwohnern ist es notwendig, sich als lebenswerter Wohnort, auch und gerade für Jüngere, zu präsentieren. Es ist absehbar, dass die Situation nicht so gut bleiben wird, wie sie bei uns bisher ist. Deshalb tritt eine „Bürger*innenliste“, in der u.a. wir Grüne organisiert sind, an, um eine Opposition im Gemeinderat zu schaffen damit wirkliche Demokratie praktiziert und die Zukunft des Ortes nicht verspielt wird. Zusätzlich kandidiere ich für den Kreistag im Ortenaukreis. Es gilt auf beiden Ebenen den Jung- und Erstwählern ein Gesicht zu geben. Ihre Interessen müssen gehört werden und dafür ist unser politisches Engagement als Grüne Jugend wichtig.



RICARDA LANG

Mein Name ist Ricarda Lang und ich kandidiere auf Platz 13 der Liste von Bündnis 90/Die Grünen und Generation HD für den Heidelberger Gemeinderat. Dazu habe ich mich vor allem entschieden, um mehr junge Menschen für die Kommunalpolitik zu begeistern. Leider besteht gerade bei Studierenden häufig wenig Interesse dafür, was auf der kommunalen Ebene passiert. Das liegt häufig auch daran, dass von Seiten der Politik junge Menschen nicht ausreichend ernst genommen und einbezogen werden. Deshalb will ich mich für mehr Partizipationsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene einsetzen. Ich will jungen Menschen das Gefühl geben, dass sie die Chance haben, ihre Stadt, und somit ihr direktes Lebensumfeld, direkt mitzugestalten. Weiterhin will ich mich dafür stark machen, dass es hier in Heidelberg mehr bezahlbaren Wohnraum für alle gesellschaftlichen Gruppen und mehr frei nutzbaren öffentlichen Raum gibt. Ich habe bisher noch nicht so viele Erfahrungen im Bereich der Kommunalpolitik gemacht. Gerade deshalb ist diese Zeit jedoch gerade sehr spannend für mich und ich lerne viel Neues. Und vor allem freue ich mich auf einen jungen und tollen Wahlkampf, sowohl für die Kommunal- als auch für die Europawahlen!



SEBASTIAN KARG

Ich heiße Sebastian Karg, bin 20 Jahre alt, komme aus Crailsheim und studiere BWL-International Business an der DHBW Baden-Württemberg in Stuttgart. Seit verganginem Jahr bin ich Mitglied der Grünen Jugend und bei Bündnis 90/Die Grünen. Im Mai kandidiere ich für den Gemeinderat in Crailsheim und den Schwäbisch Haller Kreistag auf den Listenplätzen 7 bzw. 4.

Bei einer erfolgreichen Wahl möchte ich mich für die Jugend einsetzen und ihr einen Ansprechpartner in der Kommunalpolitik bieten, außerdem will ich mich für eine ökologische und soziale Kommunalpolitik einsetzen.

Die Fahrt mit dem Fahrrad und dem Bus muss attraktiver werden. Der qualitative Ausbau des ÖPNV und bessere Fahrradwege sind nötig, damit die Bürger*innen auf andere Verkehrsmittel als das Auto zurückgreifen. Die Straße durch die Crailsheimer Innenstadt muss durch eine schöne Fußgängerzone ersetzt werden.

Kulturförderungen müssen erhöht werden, um vor allem auch alternative Kulturveranstaltungen bieten zu können.

Weitere Anliegen sind mir die Bildungs- und die Asylpolitik.



KANDIDATEN VORSTELLUNG

SUVI-KRISTIN WELT

Am 25. Mai ist es wieder soweit, die Kommunal-, Regional- und Europawahlen* stehen an. Erstmals dürfen junge Menschen ab 16 Jahren mitwählen- juhuhuu!

Ich habe mich dazu entschieden in Stuttgart auf der Grünen Liste für den Stadtrat zu kandidieren. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass bei der Stadtplanung mehr auf die Interessen junger Menschen geachtet wird. Viele Entscheidungen des Stadtrats haben direkte Auswirkungen auf unseren Alltag, umso wichtiger ist es, dass dieses Gremium nicht nur aus einer homogenen Struktur besteht, sondern auch junge engagierte Frauen mitmischen.

Ich freue mich auf einen jungen, kreativen und aktionistischen Wahlkampf gemeinsam mit der GRÜNEN JUGEND Stuttgart. Besonders wichtig ist mir hierbei, eine hohe Wahlbeteiligung junger Menschen zu erreichen und damit zu verdeutlichen, dass die Senkung des Wahlalters der richtige Schritt zu mehr Partizipation ist. Diese Themen sind mir in der Stuttgarter Kommunalpolitik besonders wichtig:

Soziales: Chancengleichheit, Teilhabe und Partizipation aller Bürger*innen, Unterstützung und Förderung für Menschen in schwierigen Lebenssituationen

Moderne Gesellschaft: Flüchtlingspolitik, Antifaschismus und ein weltoffenes Stuttgart

Jugendthemen: Jugendbeteiligung, junges Wohnen, Freiräume für junge Menschen

TIMO RAPP

Mein Name ist Timo Rapp, ich bin 23 Jahre alt, von Beruf Produktmanager und kandidiere am 25. Mai im Rems-Murr-Kreis auf Listenplatz zwei für die Wahl zur Regionalversammlung. Die Regionalversammlung ist eine politische Besonderheit, da die Region Stuttgart als deutschlandweit einzige Region über ein direkt gewähltes Parlament verfügt, welches über die Belange der Region entscheidet. Zuständig ist die Regionalversammlung für übergeordnete Themen wie den regionalen ÖPNV (insbesondere die Stuttgarter S-Bahn), die regionale Raumplanung, sowie die regionale Wirtschaftsförderung. Die Regionalversammlung soll sicherstellen, dass sich die besonders wirtschaftsstarke und bevölkerungsreiche Region ausgewogen entwickelt und dass die Wirtschaftskraft und die Lebensqualität hoch bleiben. Für uns Grüne steht selbstverständlich auch hier die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in der Entwicklung im Vordergrund. Ich kandidiere, weil ich finde, dass das Regionalparlament mehr Transparenz und Bürger*innennähe braucht. Gerade in einem öffentlich wenig in Erscheinung tretenden Gremium ist es wichtig, dass wir als junge Generation vertreten sind. Da die Regionalwahl eine Listenwahl ist, ist es relativ wahrscheinlich, dass ich als junge und grüne Stimme im Regionalparlament mitmischen kann.

KOMMUNALWAHL



VANESSA FRITZ

Mein Name ist Vanessa Fritz, ich wurde vor mittlerweile 20 Jahren in Esslingen geboren und lebe seitdem dort. Mein politisches Interesse hat recht früh angefangen, bereits 2007 bin ich in den Jugendgemeinderat Esslingen gewählt worden, mittlerweile bin ich in meiner 3. Amtszeit dort und mein politisches Interesse ist immer noch vorhanden. Leider bin ich mit 20 mittlerweile in meiner letzten Amtszeit und bin zu alt für den Jugendgemeinderat geworden. Doch aufhören kommt für mich nicht in Frage, daher kandidiere ich nun zum ersten Mal für den Gemeinderat.

Meiner Meinung nach ist der Gemeinderat im Altersdurchschnitt einfach zu alt, um über Themen die mich interessieren und betreffen, wie beispielsweise die Einführung von Nachtbussen oder die bessere Beteiligung von Jugendlichen, zu entscheiden. Wer etwas bewegen möchte, der muss auch etwas dafür tun.

Redet nicht immer alle von Veränderung und davon, dass irgendwann alles besser wird, genug geredet, genug davon, dass Projekte nicht realisierbar sind, nicht reden sondern einfach machen, denn wie heißt es "alle sagten es würde nicht gehen und dann kam eine die machte es einfach"!

VERA PAULMANN

Mein Name ist Vera Paulmann. Ich studiere Medienwissenschaft und Rhetorik an der Uni Tübingen. Nach meinem Abi war ich als Freiwillige an einer deutschen Schule in Rumänien. Dort habe ich eine Theater AG gegründet, ein Filmfestival organisiert und für die Schüler Workshops zum Thema „Upcycling“ angeboten.

Ich engagiere mich in der Kinder- und Jugendarbeit als Gruppenleiterin bei den Pfadfindern. Seit letztem Jahr bin ich bei der Grünen Jugend Tübingen.

Meine Interessenschwerpunkte sind u.a. Kultur, Bildung, Flüchtlingspolitik, Nachhaltigkeit und bezahlbarer Wohnraum.

Ich habe mich sehr gefreut, dass ich auf Platz 9 der Tübinger Liste gewählt wurde und bin motiviert, die Interessen junger Menschen im Gemeinderat zu vertreten. Ich würde gerne die Kommunikation zwischen der Grünen Jugend und der AL/GRÜNE stärken. Ich bin bereit, meine Zeit und Energie in die Entwicklung dieser Stadt zu stecken, in der ich mich von Anfang an zu Hause gefühlt habe.



Vanessa Fritz

Listenplatz 7



KANDIDATEN VORSTELLUNG

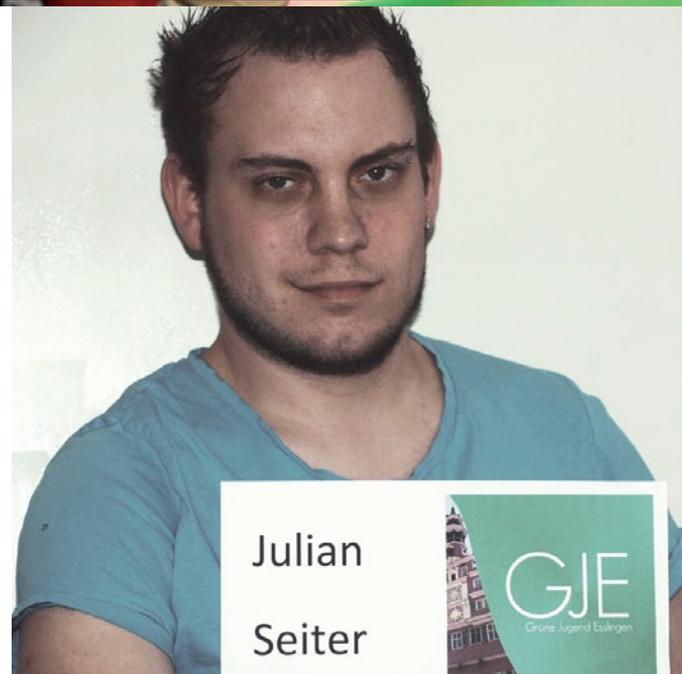
ZOE MAYER

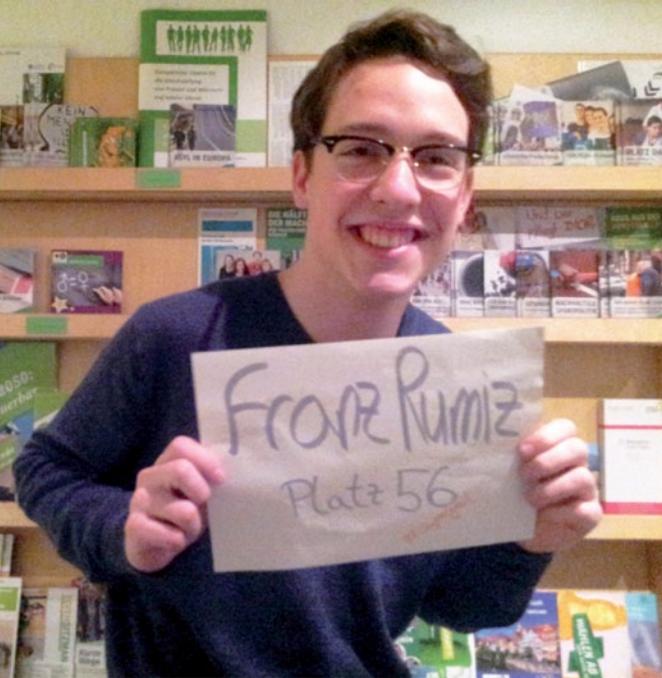
Mein Name ist Zoe Mayer, ich bin 18 Jahre alt und derzeit eine der knapp 40 000 Studierenden in Karlsruhe. In meiner Heimatstadt gibt es einen Anteil von fast 15% Studierenden und dazu noch zahlreiche Schülerinnen und Schüler – die jungen Menschen prägen also definitiv das Stadtbild, sind derzeit aber leider nicht im Gemeinderat repräsentiert.

Das muss sich ändern!

Ich studiere derzeit Wirtschaftsingenieurwesen im ersten Semester und möchte nach meinem Abschluss gerne in der Erneuerbaren Energienbranche arbeiten. Die kommunale Energiewende ist mir darum ein Grundanliegen, das ich im Gemeinderat gerne voranbringen möchte. Mein Herzensthema ist der Tierschutz. Auch hier lassen sich viele tolle Ideen verwirklichen – wie die Einführung einer oder eines städtischen Tierschutzbeauftragten oder bessere Bedingungen für Heimtiere.

Bei unserer GRÜNEN Listenaufstellung wurde ich mit Platz 7 bestätigt und würde mich sehr freuen, die Hürde ins Kommunalparlament zu meistern.





KOMMUNALWAHL



DIE ZUKUNFT ZUSCHÜTTEN

HEILBRONNER GIFTMÜLL ABSAUFEN LASSEN

Weder besonders neu, noch besonders aktuell, aber dennoch schockierend:

In Heilbronn wird gezeigt, wie man aus Profitgier bereitwillig Natur und Umwelt für nachfolgende Generationen zerstört. Die Rede ist von der Untertagedeponie in den Heilbronner und Bad Friedrichshaller Salzstöcken. Seit den 80er Jahren wird dort Giftmüll eingelagert, und zwar alles von relativ ungefährlichen Stoffen bis hin zu hoch gefährlichen Umweltgiften sowie schwach strahlendem Abfall.

Grundsätzlich ja nichts Schlechtes - „irgendwo muss das Zeug ja hin“, um es mit Kretschmann zu sagen.

Was aber tun, wenn sich die Lagerstätte aufgrund drohender Wassereinträge als ungeeignet erweist und die Einlagerung eine Grundwasserverseuchung für kommende Generationen bedeutet?

Ein Einlagerungsstopp und das Sichern des Mülls wäre doch die Folge.

Nicht so in Heilbronn - hier ignorieren Stadt und Land, jeweils zur Hälfte Eigentümer der Südwestsalzwerke AG, munter Realitäten. Denn beinahe sicher kann gesagt werden, dass der Müll irgendwann „absaufen“ wird. Nicht heute, nicht nächstes Jahr, aber kommende Generationen werden die Rechnung tragen. Das sagen sogar Gutachten, welche von den Salzwerken selbst in Auftrag gegeben wurden. Dort heißt es, die „Langzeitsicherheit ist nicht gewährleistet“.

Derweil wurde die Öffentlichkeit über einen Gesteinsabbruch im Salzbergwerk von rund 5000 m³ Material, der als Vorbote eines Wassereintrags in die Lagerstätte gesehen werden kann, erst durch Schweizer Medien unterrichtet.

Ein ausführliches Gespräch der GJ Heilbronn mit dem Geschäftsführer des regionalen BUND Heilbronn Franken Herrn May-Stürmer hat uns gezeigt, wie schwierig es ist, die Öffentlichkeit über die Problematik aufzuklären, auch weil regionale Medien diesbezüglich eine kritische Berichterstattung verweigern.

Seit etwa 20 Jahren bemühen er und weitere Aktive des BUND und der Grünen sich, dieses Thema zu skandalisieren. Dennoch wurde bisher kaum etwas erreicht, auch nicht in Zeiten einer grün-roten Landesregierung.

Als chancenlos beurteilt die GJ Heilbronn eine erneute Aufnahme des Themas in die politische Agenda. Auch im laufenden OB-Wahlkampf bestreiten alle Kandidaten im Einklang mit den Vertretern von Stadt und von Unternehmen eine Gefahr für die Region. Wir befürchten, dass hier die Zukunft unserer Kinder wegen kurzfristiger staatlicher Profitinteressen begraben wird.

von Marco Elischer

SCHLUSS MIT DEM MORGENDLICHEN GEDRÄNGEL IM BUS

Wer kennt das nicht: Winzige Schulkinder mit riesigem Schulranzen, total erwachsene Neuntklässler, die an der Bushaltestelle am Bahnhof heimlich ihre Zigaretten rauchen, weil Mami weit weg ist und megacoole Oberstufenschüler mit Kopfhörern, die fast größer sind als sie selbst und für alle umstehenden so laut wie ein startender Düsenjet, nur eben mit schlechter Musik.

Eigentlich ja ein friedvolles Bild – bis der Bus kommt und auf ein unsichtbares Startsignal hin alle 300 auf die Türen des noch nicht einmal stehenden Stadtbusses zu rennen und sich nach einer gefühlten Ewigkeit auch alle irgendwie hineingequetscht haben. Dann geht's endlich los, aber in jeder Kurve und bei jedem Schlagloch kommen sich alle so nah, dass es kein Geheimnis mehr ist, wer am Vortag einen Döner gegessen hat, wie viele neue Pickel der Typ neben dir hat und wie anstrengend das Fußballspiel gewesen sein muss.

An jeder Haltestelle eine endlose Tortur, wenn noch jemand einsteigen will und immer steht irgendwer auf der gelben Linie der hinteren Tür und der genervte Fahrer erklärt zum tausendsten Mal, dass die Türe so nicht schließen und der Bus deshalb nicht weiterfahren kann. Es dauert dadurch locker doppelt so lange wie sonst und wenn dann endlich die Schule erreicht wird, hat sich unter den dicken Winterjacken so viel Schweiß angesammelt, dass der Bus riecht als hätten die Kinder ihn eigenhändig den Berg hochgeschoben.

Wie soll jemand nach so einem Start in den Schultag noch gut gelaunt und entspannt sein?!

Kein Wunder also, dass dieser allmorgendliche Horrortrip viele Eltern dazu bringt ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu fahren, denn besonders für die Kleinsten ist so eine Busfahrt nicht ohne.

Aber es muss nicht so sein! Schüler*innenvertreter und Eltern fordern von den Stadtwerken schon lange, morgens einfach mehr Busse einzusetzen. Leider ist es nicht so einfach, denn um die Lage zu entschärfen müssten rund 10 neue Busse angeschafft werden, die aber alle nur ca. eine Stunde morgens an den Schultagen im Einsatz wären. Das ist weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll.

Wir schlagen deshalb vor, die Schulbeginnszeiten zu staffeln. Denn nur weil überall im Stadtgebiet um 7:45h der Unterricht beginnen muss, kommt es zu dieser allmorgendlichen Drängelei im Bus. Wenn der Unterricht in der Hälfte der Schulen nur 30min später beginnen würde, könnte das den Stadtwerken den Erwerb weiterer Busse ersparen und den Schüler*innen einen angenehmen, entspannten und



sicheren Beginn in den Tag sichern. Und auch pädagogisch ist ein späterer Schulbeginn sinnvoll, längst ist erwiesen, dass das frühe Aufstehen der Konzentration und Aufnahmefähigkeit nicht gerade nützt. Durch die Ganztagessschule, wenn Hausaufgaben, Sportverein und Geigenunterricht in der Schulzeit stattfinden, ist es ohnehin unerheblich ob der Schultag um 16h oder 16:30h endet.

von Lena Schwelling

SONGTEXT:

PURE VERNUNFT DARF NIEMALS SIEGEN
WIR BRAUCHEN DRINGEND NEUE LÜGEN
DIE UNSERE SCHÖNHEIT UNS ERHALTEN
UNS ABER TIEF IM INNEREN SPALTEN
VIELMEHR NOCH DIE UNS FRAGMENTIEREN
UND DANACH ZÄRTLICH UNS BERÜHREN
UND UNS HINEIN INS DUNKEL FÜHREN
DIE SICH UNSEREM WILLEN FÜGEN
UND UNS WIE WEICHE ZÄUNE BIEGEN
PURE VERNUNFT DARF NIEMALS SIEGEN

TOCOTRONIC
PURE VERNUNFT DARF NIEMALS SIEGEN

KEIN ZURÜCK: AKZEPTANZ SEXUELLER VIELFALT IN DEN BILDUNGSPLAN

„Stuttgart ist wieder Demostadt“ - so hieß es in einigen Zeitungsberichten nach den Demonstrationen für und gegen die Bildungsplanreform am 1. März. Doch diesmal bewegt nicht Stuttgart 21 die Gemüter, sondern es sind die meines Erachtens größten Proteste gegen LSBTTIQ-Rechte in Deutschland seit langem.

Anstoß ist die anstehende Bildungsplanreform, die die Akzeptanz sexueller Vielfalt als Querschnittsthema im baden-württembergischen Bildungsplan verankern will. Oder besser gesagt: Anstoß daran nahmen zehntausende bis 190.000 (das ist nicht so ganz klar) Menschen, die die bundesweit bekannt gewordene Petition „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens“ unterschrieben. Im Internet und nun auch auf dem Schlossplatz wurden und werden hemmungslos homophobe, transphobe und generell menschenverachtende Äußerungen kundgetan. Aber zum Glück gibt es auch Gegendemonstrationen, die klar machen: Vielfalt und Akzeptanz statt Ausgrenzung und Hass sind die Werte, die Schüler*innen vermittelt werden sollten!

AKZEPTANZ SEXUELLER VIELFALT IM BILDUNGSPLAN – WURUM GEHT’S?

Schon im Herbst legte das Kultusministerium ein Arbeitspapier vor, in dem die geplanten Leitprinzipien der neuen Bildungspläne vorgestellt wurden. In den Bildungsplänen werden die Ziele und Inhalte festgelegt, die Schüler*innen in Baden-Württemberg lernen sollen. Sie werden nur alle paar Jahre verändert (die letzte Reform war 2004). Im neuen Bildungsplan sollen nun unter verschiedenen Aspekten LSBTTIQ-Themen verankert werden, vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Das ist das, was auch wir als GJBW fordern: Die gesellschaftliche Lebensrealität soll endlich wiedergespiegelt werden – queere Jugendliche brauchen Vorbilder. Alle Jugendlichen brauchen Bildung, die die Anerkennung von Menschenrechten und Akzeptanz fördert. Solange „schwule Sau“ und „Scheißlesbe“ zum Standardvokabular auf dem Schulhof gehören, ist es wichtig, aufzuklären warum das verletzt – und warum schwul und lesbisch keine Schimpfwörter sind. Konkret könnte es z.B. darum gehen, in Schulbüchern Familien mit zwei Mamas oder zwei Papas darzustellen; im Geschichtsunterricht könnte thematisiert werden, wie die Nazis Schwule und Lesben verfolgten; im Deutschunterricht könnten die Schüler*innen eine Geschichte über ein Trans*-Mädchen lesen, ... Es geht einfach darum, es verbindlich zu machen

und nicht vom Wohlwollen der Lehrkräfte abhängig zu machen, ob darüber gesprochen wird, dass es nicht nur heterosexuelle Cis-Menschen gibt.

DIE SITUATION VON LGBT-JUGENDLICHEN IN DEUTSCHLAND

Über die Situation von queeren Jugendlichen in Deutschland gibt es wenige Daten. Vergangenes Jahr wurde eine Pilotstudie in Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht, die zwar nicht repräsentativ ist, aber Rückschlüsse darauf zulässt, dass noch viel getan werden muss. 85% der Befragten gaben an, aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität Diskriminierung erlebt zu haben.

WER DEMONSTRIERT DA EIGENTLICH GEGEN DEN BILDUNGSPLAN?

Es ist eine unangenehme Mischung von Evangelikalen über AfD-Anhänger*innen bis zur JN. Eines haben sie jedoch gemeinsam: Sie versuchen auf ganz unauffällig zu machen, sich als durchschnittliche Bürger*innen darzustellen. Denn wenn gleich klar wäre, dass da auch Neonazis und christliche Rechte dabei sind, wäre eine Anschlussfähigkeit an breite gesellschaftliche Gruppen zumindest schwerer herzustellen. Deshalb müssen wir auch immer wieder klar machen, dass auf Demoplakaten verwendete Begriffe wie „Volkstod“ nationalsozialistische Propagandabegriffe sind und somit aufdecken, wer da eigentlich gezielt gegen Menschenrechte mobilisiert.

QUEERE RECHTE JEDEN TAG

Eine solch homophob aufgeladene Debatte für den neuen Bildungsplan führen zu müssen, ist energieraubend und verletzend. Aber gleichzeitig sehe ich auch Chancen für uns. Nachdem im Vorfeld der Bundestagswahl das Thema der Ehe für alle medial sehr präsent war, ist nun wieder – auch im Zuge von Thomas Hitzlspergers Coming-Out – ein queerpolitisches Thema bundesweit in die Schlagzeilen gerückt. Und dieses Thema zeigt, leider, dass eben gerade nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen ist, wenn es

um die Akzeptanz von LSBTTIQ geht. Vielleicht konnten zuvor viele denken: „Ja, abgesehen von Adoptionsrecht und Ehe ist es doch für Lesben und Schwule ganz okay hier, und das wird sich langsam, aber sicher auch noch zum Guten verändern.“ Nun aber ist klar, dass es auf uns alle und auf uns alle jeden Tag ankommt, wenn wir die Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTTIQ beenden wollen.

Es kommt auch auf uns alle an, der grün-roten Landesregierung in ihren Vorhaben zum Bildungsplan und zum Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte den Rücken zu stärken – gleichzeitig aber auch klar zu machen, dass es hier um grundlegende Menschenrechte geht und es deshalb kein Zurück und keine faulen Kompromisse geben kann.

von Eva Muszar

GLOSSAR:

LSBTTIQ: lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen.

Trans* ist ein Überbegriff für Menschen, deren geschlechtliche Identität nicht mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt.

Cis bedeutet, dass die geschlechtliche Identität von Menschen mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt.

Intersexuelle Menschen weisen uneindeutige Geschlechtsmerkmale auf. Es gibt sehr viele Formen von Intergeschlechtlichkeit.

Queer ist zum einen ein Sammelbegriff für lesbisch, schwul, bisexuell und trans*; zum anderen ist es ein politischer Begriff, der gesellschaftliche Machtverhältnisse, wie z.B. die Aufteilung in zwei Geschlechter und die Annahme, dass Heterosexualität die Norm sei, in Frage stellt.

ENGAGIERT EUCH!

JEF

Die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) engagieren sich seit über 60 Jahren für ein demokratisches, bürgernahes, nachhaltiges, solidarisches, föderales und friedliches Europa. Wir leben in Europa; und wir wollen mitreden und mitgestalten. Das neue, vereinte Europa soll unser Europa werden! Unsere Arbeit hat ihren Schwerpunkt in politischer Bildungsarbeit über Europa. Dafür organisieren wir Seminare, Straßenstände, Podiumsdiskussionen und vieles mehr. Allerdings wollen wir auch, dass Europa bei den Menschen zusammenwächst. Deshalb veranstalten wir Fahrten in ganz Europa, wo wir mit Politikern und anderen jungen Menschen über die unterschiedlichsten politischen Themen diskutieren.

Mehr Infos: www.yef.de

YEP

Das Young European Professionals (kurz: YEP) Netzwerk versteht sich als Zusammenschluss junger Multiplikatoren/innen, die anderen jungen Menschen Europa, die EU und deren Politik näher bringen wollen. Das Netzwerk ist ein Peer-to-Peer Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung, das 2005 in Zusammenarbeit mit der regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn ins Leben gerufen wurde. Die Altersspanne der Netzwerkmitglieder reicht von 16 bis 24 Jahren. Die gegenwärtig rund 50 aktiven Mitglieder des Netzwerks fungieren als Multiplikatoren/-innen für europapolitische Themen und Fragestellungen, die für die Lebenswelt junger Menschen von Bedeutung sind. Das YEP-Netzwerk lebt von dem aktiven Engagement seiner Mitglieder. Bei regelmäßig stattfindenden Ausbildungsworkshops erweitern sie ihre Kenntnisse, reflektieren aktuelle Entwicklungen und pflegen den Austausch im Netzwerk.

Mehr Infos: www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/yep/

ÜBER SPRACHE UND DEMOKRATIE.

Frau und Mann sind nicht gleich. Genau wie zwei beliebige Frauen nicht gleich sind. Oder zwei beliebige Männer. Ich bin nicht gleich irgendjemand. Und ein Chilene ist nicht gleich ich. Das zu sagen ist nicht nur nicht falsch, es ist geradezu notwendig.

In der politischen Debatte wird das Wort "Gleichheit" so inflationär verwendet, dass es nicht nur an Wert verliert, sondern eine grundlegend falsche Bedeutung erhält. Großartige Rhetorik nennen es die einen, wenn mächtig schallende Worte wie Gleichheit in höchster Frequenz kundgetan werden, schlichtweg Populismus die anderen. Vermutlich ist es von beidem etwas und dürfte doch letzteres nicht sein.

So muss deutlich sein, dass jeder Mensch gleichberechtigt und gleichwertig in seinem Wesen, aber auf keinen Fall gleich einem anderen ist. Diesen Unterschied haben die linken Parteien der Bundesrepublik zu unterstreichen versäumt und sich vor allem - aber keineswegs ausschließlich - aus konservativen Kreisen den Ruf der Gleichmacher eingefangen, was sprachlich noch viel fraglicher ist.

Wir beginnen also ein wenig flapsig mit unserer Sprache umzugehen und überlassen damit die Grundwerte unserer Gesellschaft der persönlichen Interpretation des Einzelnen.

Wir definieren nichtmehr, sondern plaudern aus einem Bauchgefühl heraus und ärgern uns über penible Politiker, die jedes Wort auf die Goldwaage legen. Ich möchte Sie aber an dieser Stelle daran erinnern, dass es auch in Deutschland Zeiten gab, in denen nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wurde und die dann folglich das Ende der Weimarer Republik bedeuteten.

Wir sollten uns - zumindest in politischen Debatten - um sprachli-

che Versiertheit und politische Korrektheit bemühen damit unter anderem eindeutig ist, dass die Absicht einer Demokratie nicht Gleichheit sondern Gleichberechtigung ist.

Die politische Korrektheit der Sprache sehe ich als ein wesentliches Element der Demokratie. Sprache schafft Realität und soll dies auf der Grundlage von Toleranz und Respekt tun. Die Realität einer Gesellschaft, deren Sprachgebrauch sexuelle Orientierung, Nationalität oder Religion zu diffamierenden Adjektiven degradiert oder feminine Formen ignoriert, kann keine demokratische sein.

Dabei muss demokratische Sprache nicht nur präzise in der Beschreibung sein, sondern auch die meist dualistische Kategorisierung von Menschen in Extreme überwinden. Eine Sprache, die in Extremen wie heterosexuell und homosexuell, schwarz und weiß oder männlich und weiblich denkt, reduziert Menschen auf ebendiese und führt zwangsläufig dazu, dass soziale Rollen lediglich aus Extremem erwachsen. Eine demokratische Sprache muss gerade deswegen eine Sprache sein, die dem Pluralismus ihrer Sprecher gewachsen ist und in keinem begrenzten System des Dualismus feststeckt.

Daher ist es wichtig Demokratie nicht nur auf der Gesetzesebene zu denken, sondern in seiner Gesamtheit auf das Leben zu übertragen, was zwangsläufig eine emanzipierte und daher demokratische Sprache zur Folge haben muss.

Nur so kann Demokratie nachhaltig sein: wenn sie sich nichtmehr über temporäre Strukturen definiert, sondern sich zu einem Lebensgefühl entwickelt, das sich gut anfühlt.

Von Ozan Solmus
UN Jugenddelegierter 2014

ENGAGIERT EUCH!

ATTAC – WELTWEIT KRITISCH AKTIV

Attac, das ist die globalisierungskritische NGO, die seit 1998 Druck auf Regierungen ausübt. Die heutigen Aktivitäten sind mittlerweile weiter gefasst als das ursprüngliche Gründungsziel der „Demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“ und der Tobinsteuer. Auch die GRÜNE JUGEND war Gründungsmitglied von Attac und ist seit letztem Jahr auch wieder im bundesweiten Koordinierungskreis, dem Arbeitsgremium von Attac, vertreten.

Attac beschäftigt sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit TTIP und Blockupy.

Daneben werden Themen wie die Handelspolitik der WTO, die Verschuldung der Länder des globalen Südens, die Privatisierung, internationale Steuern oder Globalisierung und Ökologie in Attac kritisch bearbeitet.

Attac versteht sich als „Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise“ und ist davon überzeugt, dass Globalisierung anders geht und eine andere Welt möglich ist.

Auch ihr könnt Teil dieser Bewegung werden. Entweder direkt bei Attac einsteigen oder in der GRÜNEN JUGEND bei der AG Globalisierung/StopTTIP und AG Blockupy mitarbeiten.

Federation of Young European Greens (FYEG) (auf Deutsch: Vereinigung Junger Europäischer Grüner) ist der europaweite Zusammenschluss von 38 grünen Jugendverbänden. Der Verband ist die offizielle Jugendorganisation der Europäischen Grünen. Er wurde 1988 gegründet und sitzt in Brüssel. Geleitet wird der Verband durch einen neunköpfigen Vorstand.

Im deutschsprachigen Raum sind die Grüne Jugend, die Grünalternative Jugend Österreichs, die Jungen Grünen Österreich, die Jungen Grünen Schweiz und die Young Greens Southtyrol Mitgliedsverbände. Das Cooperation and Development Network Eastern Europe (CDN), dessen meiste Mitgliedsorganisationen auch in der FYEG Mitglied sind, ist als Mitglied auf Beobachterstatus gelistet.

Die Globale Grüne Jugend (engl: Global Young Greens, kurz: GYG) ist ein weltweit agierendes Netzwerk junger Menschen und Organisationen, die sich mit den vier grünen Leitprinzipien (1) ökologische Nachhaltigkeit, (2) soziale Gerechtigkeit, (3) Basisdemokratie und (4) Frieden identifizieren. GYG ist ein gemeinsames Projekt von mehreren dutzend Organisationen und einigen hundert Einzelpersonen, darunter die Federation of Young European Greens, Asia Pacific Young Greens Network, Cooperation and Development Network Eastern Europe, Young Volunteers for the Environment und die Heinrich-Böll-Stiftung. Sie ist eine dem belgischen Recht unterstehende gemeinnützige Organisation und wurde 2007 in Nairobi (Kenia) gegründet. Für die Koordination der verbandsinternen Arbeit ist das bis zu 16-köpfige sogenannte Steering Committee, also das Leitungskomitee, zuständig. Dieses setzt sich zusammen aus maximal vier RepräsentantInnen der vier Weltregionen (1) Afrika, (2) Amerika, (3) Asien-Pazifik und (4) Europa und wird auf jedem GYG-Kongress neu gewählt. Die Weltkongresse finden etwa alle zwei bis drei Jahre auf unterschiedlichen Kontinenten statt.

CDN ist eine Netzwerkorganisation für junggrüne Organisationen aus Mittel- und Osteuropa und der Kaukasusregion. Die Grüne Jugend ist PartnerInnenorganisation von CDN. CDN wurde 2003 ins Leben gerufen, um junge Umweltgruppen und andere gesellschaftliche AkteurInnen aus Osteuropa und der Kauskasusregion zusammenzubringen. Neben dem Streben nach gegenseitiger Verständigung und mehr Zusammenarbeit bestehender Organisationen ist ein anderes Ziel von CDN junggrüne Verbände in ihrer Entstehung organisatorisch zu unterstützen. Mitgliedsorganisation von CDN können Gruppen und Verbände werden, die mit den Prinzipien von CDN übereinstimmen und nicht aus Staaten der europäischen Union (Stichtag 1. Januar 2007) stammen. Dementsprechend ist die Grüne Jugend nur PartnerInnenorganisation von CDN. Viele der Mitgliedsorganisationen von CDN sind in ihren Staaten eng mit der Grünen Partei verzahnt (wie zum Beispiel in Kroatien oder Georgien), andere sind Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Demokratie und Menschenrechte oder Ökologie. CDN ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und hat heute sehr viele Mitglieder in vielen Mitglieds- und PartnerInnenorganisationen verstreut in ganz Europa und der Kaukasusregion.

KRETSCHMANN ANTWORTET



Wir haben den Grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann in den Stuttgarter Club Schocken eingeladen, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen. Die Veranstaltung war mit fast 100 Teilnehmer*innen aus dem ganzen Land ein voller Erfolg.

Zum ersten Mal konnten in Baden-Württemberg speziell junge Menschen mit dem Ministerpräsidenten ins Gespräch kommen, Fragen stellen und diskutieren. Die Moderation hat dabei Dasing-Moderatorin Carolin Duss übernommen. Das war ein sehr gutes Format für junge Menschen. Es gab eine Vielzahl von Fragen und durchaus auch kritische sowie fordernde Themen. Winfried Kretschmann ging direkt auf alles ein und begründete sein Handeln als Regierungschef. Auch bei Punkten, bei denen er Gegenwind von den Jugendlichen bekommen hat, wie beispielsweise den

Besuchen von Bundeswehrjugendoffizieren an Schulen, stellte er seine Position klar und deutlich dar: pro Bundeswehr an Schulen. Als GRÜNE JUGEND werden wir solche Themen aber nicht aus dem Auge verlieren.

Es wurde wieder mal gezeigt, dass die junge Generation durchaus interessiert und kritisch ist: Ob Gemeinschaftsschulen, Studiengebühren, Semesterticket, Elektromobilität oder Haushaltskonsolidierung – die jungen Leute waren neugierig und der Ministerpräsident konnte Anregungen für seine tägliche Arbeit mitnehmen. Nachdem diese Veranstaltung so gut angenommen wurde und auch viele Teilnehmer*innen aus den unterschiedlichsten Jugendverbänden des Landes vor Ort waren, können wir uns eine Wiederholung sehr gut vorstellen.

von Marcel Emmerich

SONGTEXT: ASYLPOLITIK

I'VE BEEN WALKING THROUGH YOUR STREETS,
WHERE ALL YOUR MONEY'S EARNING,
WHERE ALL YOUR BUILDING'S CRYING,
AND CLUELESS NECKTIES WORKING,
REVOLVING FAKE LAWN HOUSES,
HOUSING ALL YOUR FEARS,
DESENSITIZED BY TV,
OVERBEARING ADVERTISING,
GOD OF CONSUMERISM,
AND ALL YOUR CROOKED PICTURES,
LOOKING GOOD, MIRRORISM,
FILTERING INFORMATION,
FOR THE PUBLIC EYE,
DESIGNED FOR PROFITEERING,
YOUR NEIGHBOOR, WHAT A GUY.

MODERN GLOBALIZATION,
COUPLED WITH CONDEMNATIONS,
UNNECESSARY DEATH,
MATADOR CORPORATIONS,
PUPPETING YOUR FRUSTRATIONS,
WITH THE BLINDED FLAG,
MANUFACTURING CONSENT
IS THE NAME OF THE GAME,
THE BOTTOM LINE IS MONEY,
NOBODY GIVES A FUCK.
4000 HUNGRY CHILDREN LEAVE US PER HOUR
FROM STARVATION,
WHILE BILLIONS ARE SPENT ON BOMBS,
CREATING DEATH SHOWERS.

SYSTEM OF A DOWN - BOOM!

LANDES DELEGIERTEN KONFERENZ

VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN ESSLINGEN

Wir als GRÜNE JUGEND waren mit nahezu einem Fünftel der Delegierten sehr stark vertreten auf der Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Grünen. Auf dem Parteitag wurden zwei Beschlüsse zu Themen gefasst, für die wir uns schon seit Jahren stark machen.

So stimmten die Delegierten auf Antrag von Campusgrün und GRÜNER JUGEND gegen die Einführung von verbindlichen Gebühren bei der Hochschulbewerbung und setzten damit ein Zeichen für ein sozial gerechtes Bildungssystem. Wir haben deutlich gemacht, dass der Zugang zum Studium nicht durch Bewerbungsgebühren mit einer Schranke vor dem Campus verstellt werden darf. Wir sind froh darüber, dass dieser Nachbesserungsbedarf bei der Novelle des Landeshochschulgesetzes erkannt wurde.

Auch zur Modernisierung des Feiertagsrechts wurde diskutiert und ein Beschluss gefasst. Wir drängen schon lange darauf, das unzeitgemäße Tanzverbot abzuschaffen. Denn kein anderes Bundesland hat einen so restriktiven Feiertagsschutz. Jetzt sind wir zuversichtlich, dass die absurd hohe Zahl von 18 Tagen mit Veranstaltungs- und Tanzverbot endlich reduziert wird.

Aber auch personell sind wir stark in der Partei vertreten. Unsere Kandidatin Jessica Messinger wurde als Stimmenkönigin in den Landesvorstand gewählt. Damit setzen wir unseren Einfluss kontinuierlich fort, denn die Stimme der GRÜNEN JUGEND spielt im Parteirat weiterhin eine wichtige Rolle. Unter anderem dadurch können wir auch weiterhin junggrüne Impulse an Partei, Fraktion und Regierung geben. Außerdem ist mit Bennet Müller ein

weiteres GJ-Mitglied gewählt worden. Und nicht zu vergessen: Als Landesvorsitzender wurde Oliver Hildenbrand (26) gewählt. Er ist auch GJ-Mitglied, war vier Jahre Landessprecher und dürfte mindestens einer der jüngsten Parteivorsitzenden ever sein. Als Co-Vorsitzende wurde Thekla Walker wiedergewählt.

Der neue Landesvorstand: Thekla Walker, Oliver Hildenbrand, Wolfgang Kaiser, Danyal Bayaz, Alex Bonde, Agnieszka Brugger, Harald Ebner, Adalbert Faller, Silke Krebs, Winfried Kretschmann (kooptiert ohne Stimmrecht), Fritz Kuhn, Chris Kühn, Andrea Lindlohr, Jessica Messinger, Bennet Müller, Carola Obmer, Ina Rosenthal, Jörg Rupp, Andrea Schwarz, Edith Sitzmann, Margit Stumpp

von Marcel Emmerich

DOPPELWAHL AM 25. MAI: EURE UNTERSTÜTZUNG UND EURE FÜR EIN STARKES, DEMOKRATISCHES EU UND LEBENDIGE, NACHHALTIGE KOMMUN

Am 25. Mai ist es so weit: ein Tag, zwei Wahlen, zwei Ebenen, zwei Entscheidungen. Am 25. Mai geht es um bedeutende Weichenstellungen für unser Gemeinwesen, unsere Demokratie und unsere Zukunft!

Im anstehenden Wahlkampf brauchen wir Eure Unterstützung. Gemeinsam mit Euch wollen wir für attraktive und lebendige Kommunen mit Freiräumen – gerade für die Jugend – kämpfen. Gemeinsam mit Euch wollen wir für ein ökologisches, demokratisches und soziales Europa kämpfen.

MIT STARKEN GRÜNEN IN DEN KOMMUNEN: HIER GESTALTEN!

Am 25. Mai dürfen bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg erstmals Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Dafür haben wir Grünen gemeinsam mit der SPD gesorgt. Es ist wichtig, dass möglichst viele die Gelegenheit nutzen und zur Wahl gehen. Dafür wollen wir uns mit Euch gemeinsam in den nächsten Wochen besonders einsetzen.

Mit unserer grün-roten Mehrheit im Land haben wir die Kommunen in den vergangenen zweieinhalb Jahren gestärkt und ihre finanziellen Spielräume erweitert. Bei der Kommunalwahl geht es nun darum, dass diese Spielräume vor Ort für eine nachhaltige Entwicklung und gerade auch für Jugendliche genutzt werden.

Für gute Bildung haben wir im Land besonders viel bewegt. Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen, dass gute Ganztagschulen, gute Gemeinschaftsschulen, Sprachförderung und Schulsozialarbeit flächendeckend ausgebaut werden können. Wie beim Ausbau der Windkraft und des ÖPNV gilt auch hier: Die Grundlagen wurden vom Land gelegt. Über die Umsetzung wird vor Ort in den Gemeinderäten entschieden. Dies macht die Kommunalwahl so wichtig!

Bei dieser Wahl wird darüber entschieden, wie es mit dem Klimaschutz, der Energiewende, der Bildungsgerechtigkeit und dem öffentlichen Verkehr im Land vorangeht. Stellen wir die Weichen auch in den Kommunen auf eine nachhaltige Entwicklung? Oder dominieren die Bremser, denen billige Parkplätze wichtiger sind als ein zusätzlicher Nachtbus am Wochenende? Denen eine weitere Shopping-Mall wichtiger ist als ein Jugendhaus oder Sportmöglichkeiten?

EUROPA ERNEUERN UND WEITERENTWICKELN

Am 25. Mai werden die Weichen für die Zukunft Europas gestellt. Auch hier steht viel auf dem Spiel. Wir entscheiden gemeinsam über ein ökologisches, demokratisches und solidarisches Europa. Starke Grüne in Europa sind dabei wichtig für die ökologische Erneuerung Europas. Wir wollen Europa zum Vorreiter im Feld der Erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes machen. Starke Grüne sind wichtig, um Europa wirtschaftlich und ökologisch zu erneuern. Mit dem von uns entwickelten Green New Deal wollen wir das Wirtschaften in Europa umweltschonender, gerechter und effizienter machen. Gerade für die junge Generation wollen wir durch nachhaltige und kluge Rahmensetzungen neue grüne Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Starke Grüne sind wichtig, damit die Lasten in Europa in Zukunft gerecht verteilt werden. Für Krisen müssen diejenigen zahlen, die sie verursacht haben. Nicht die Bürger*innen! Starke Grüne sind wichtig, um Europa demokratischer zu machen und die Bürger*innenrechte zu stärken. Wir wollen keine staatliche Totalüberwachung. Wir kämpfen für eine humanere Flüchtlingspolitik. Wir wollen kein Europa, an dessen Grenzen Menschen sterben.

Gemeinsam müssen wir auch für Europa Wahlkampf machen: Die Euro- und Wirtschaftskrise hat zu einem Erstarken von nationalistischen und anti-europäischen Parteien geführt. Dem müssen wir entgegenwirken. Wir wollen kein Europaparlament, in dem weni-

STIMME EUROPA WÄHLEN

ger überzeugte Europäerinnen und Europäer, dafür umso mehr Europa-Skeptiker*innen sitzen. Wir wollen am 25. Mai 2014 eine hohe Wahlbeteiligung und in Zukunft viele pro-europäische Kräfte im Parlament.

Auf unserer Europaliste sind junge, aber auch erfahrene Kandidat*innen. Mit Maria Heubuch auf Platz 11 haben wir eine baden-württembergische Kandidatin auf einem aussichtsreichen Platz. Es lohnt sich für ihren Einzug ins Europaparlament um jede Stimme zu kämpfen. Jede Stimme kann entscheidend sein!

GEMEINSAM FÜR MEHR GRÜN VOR ORT UND IN EUROPA

Bis zum 25. Mai 2014 wollen wir für grüne Kommunen und ein grünes Europa zu kämpfen. Wohl in keinem Wahlkampf war die Grüne Jugend so wichtig wie in den kommenden Wochen. Junge Grüne stehen für die Zukunft des europäischen Projekts. Junge Grüne stehen für lebendige, bunte Kommunen.

Helft uns deshalb auch diesmal wieder mit kreativen und innovativen Wahlkampfaktionen. Wir wollen gemeinsam mit Euch die Menschen mit unseren Botschaften erreichen. Wir wollen die Menschen für die kommunale und europäische Demokratie und unsere Ziele begeistern. Wir zählen auf Euch. Im Wahlkampf, am 25. Mai und danach!

Eure Thekla und Euer Oli

INFORMIERT EUCH!

Informiert Euch auch online unter www.gruene-bw.de über die Wahl!

ENGAGIERT EUCH!

NECE

NECE is an initiative for networking citizenship education in Europe. A variety of activities have been developed within its framework to encourage the organisation of contacts, co-operation and synergies in the field of citizenship education. NECE is not an institutionalised network, but a forum that allows the spectrum of stakeholders involved in citizenship education to interact with one another. The initiative's chief goal is to promote the Europeanisation of citizenship education, and to contribute to the creation of a European general public. Through a number of activities, NECE aims to provide transparency about stakeholders and approaches in citizenship education, and to inspire transnational discussions on the topics and challenges facing the field. It brings together academics, practitioners, and policymakers at the European level, and stimulates knowledge transfer and information exchange on good practices – thereby raising awareness of the impact of citizenship education and fostering co-operation and projects. NECE is primarily directed at practitioners in citizenship and cultural education, along with scholars/experts and trainers. In pursuing its aims, the initiative also reaches out to stakeholders and multipliers from the media, politics and NGOs.

Mehr Infos:

www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece/
www.waehlenab16-bw.de/

Verschiedene Aktionsangebote zum Thema Jugendbeteiligung und Basisdemokratie.

BILDUNGSPOLITIK

Im Themenfeld Bildung gibt es viel Positives zu vermelden: Kultusminister Stoch bringt endlich Ruhe in das Ministerium, wir verankern die Ganztagschule per Gesetz und die Arbeit an der Regionalen Schulentwicklung läuft auf Hochtouren. Darüber hinaus erarbeitet die GRÜNE Fraktion im Moment ein Konzept für eine bessere Ressourcensteuerung im ganzen Land.

Und dann ändern wir noch den Bildungsplan. Und da wird es plötzlich mehr als unschön. Für eine Petition gegen ein Arbeitspapier des Kultusministeriums zum Thema Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt finden sich mehr als 200.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet, die diese unterstützen. Unzählige Demonstrationen und noch viel mehr Mails und Anrufe folgen. Da

wird uns von vermeintlich „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern eine „Indoktrinierung“ und „Umerziehung“ der Schülerinnen und Schüler vorgeworfen. Ich glaube nicht, dass man zu diesen absurden Vorwürfen überhaupt noch etwas inhaltlich sagen muss. Erwähnt werden muss aber, dass diese Kampagne in ihrer Substanz von teils rechten Parteien oder rechtspopulistischen Gruppierungen getragen wird. Hier wird mit Hilfe eines Themas Stimmung gemacht, gehetzt und Unfrieden gestiftet. Das Thema ist aus meiner Sicht nur Mittel zum Zweck, wird aber natürlich gerne angenommen. Hier muss gerade vor der Europawahl die Gesellschaft weiterhin eng dagegen zusammenstehen. Das führt mich auch gleich zum nächsten Thema.

INNENPOLITIK

Die Innenpolitik ist der Dauerbrenner in der grün-roten Koalition - unabhängig von den Aussagen unseres neuen Landesvorsitzenden. Ob nun Bürgerbeteiligung, Informationsfreiheitsgesetz, Datenschutz oder das Thema NSU – der Strauß an Themen, den wir noch bis zum Ende der Legislatur vor uns haben, ist ziemlich groß und bunt.

Im Moment beschäftigt uns vor allem das Thema Verfassungsschutz in Verbindung mit den Beziehungen des NSU nach Baden-Württemberg. Der Bericht der Ermittlungsgruppe Umfeld, der

Anfang Februar veröffentlicht wurde, hat trotz großem Engagement der Ermittlungsgruppe nicht viel mehr Licht in den Sachverhalt gebracht. Aus unserer Sicht war dies auch kaum anders zu erwarten, da das Verfahren weiterhin in der Hand des Generalbundesanwalts beim Prozess in München liegt. Wie geht es nun weiter? Während die SPD auf eine Enquete-Kommission setzt, erwägen wir GRÜNEN einen Sonderausschuss einzurichten, da wir in diesem eine dem Thema adäquate Form der parlamentarischen Behandlung sehen. Dabei behalten wir uns (als einzige Fraktion im Landtag!) weiterhin einen Untersuchungsausschuss vor. Im Weiteren muss nun aus unserer Sicht der Fokus auf den Inhalten, anstatt auf der Form liegen. Nur so kommen wir in dem Thema auch ein gutes Stück voran.

Wenn ihr mehr wissen wollt, dann kommt doch einfach auf eine Sitzung der LAG Demokratie und Recht oder fragt mich direkt!

Mit junggrünen Grüßen,
Alex Salomon

SONGTEXT: ASYLPOLITIK

SIE KOMMEN ZU TAUSENDEN, DOCH DIE ALLERMEISTEN
WERDEN DAS GELOBTE LAND NIEMALS ERREICHEN
DENN DIE PATROUILLEN WERDEN SIE AUFGREIFEN
UM SIE IN UNSEREM AUFTRAG ZU DEPORTIEREN
UND DER REST, DER WIRD ERSAUFEN
IM MASSENGRAB VOM MITTELMEER

WEIL DAS HIER ALLES KEIN MÄRCHEN IST
KEIN HAPPY END FÜR ALL DIE LEUTE
UND WENN SIE NICHT GESTORBEN SIND
STERBEN SIE NOCH HEUTE

DIE TOTEN HOSEN – EUROPA

MEHR GRÜN

FÜR EIN BESSERES EUROPA

CHANGE EUROPE. VOTE GREEN.

Am 25. Mai geht es nicht nur um eine Wahl - es geht um die Europäische Einigung!

Populisten von links und rechts wollen Europa renationalisieren. Wir Grüne stehen dagegen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und für die Europäische Demokratie.

Doch die demokratischen Grundrechte in Europa sind bedroht, wenn z.B. in Griechenland das Geld für Krankenhäuser zusammengekürzt wird und viele Menschen keine Gesundheitsversorgung mehr bekommen. In Spanien ist über die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, das ist ein Problem für ganz Europa. Wir dürfen nicht zulassen, dass die verantwortungslose Zockerei der Finanzindustrie den wirtschaftlichen Zusammenhalt Europas zerstört. Wir Grüne stehen für eine Europäische Wirtschafts- und Sozialunion mit gemeinsamen sozialen Grundrechten und Mindeststeuersätzen.

Um aus der Krise zu kommen, brauchen wir keine Abwicklung der Europäischen Klimapolitik, wie die Große Koalition sie unterstützt, sondern Entschiedenheit und Investitionen. Zukunftsinvestitionen in Energie- und Rohstoffeffizienz, Erneuerbare Energien, Bildung, nachhaltige Landwirtschaft können uns in ganz Europa helfen, aus der Krise zu kommen und unabhängig von teuren Ölimporten zu werden.

Die ökologische Frage können wir nur global beantworten, aber Europa muss voran gehen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Das geht nur, wenn die EU klare Vorgaben macht. Die Energiewirtschaft gehört auf ein neues Fundament. Deshalb kämpfen wir Grünen gegen Atomkraftwerke – in Deutschland wie überall in Europa, diese Technologie gehört auf den Friedhof der Geschichte. Die Zukunft der Energie ist effizient und erneuerbar!

Europa kann nicht zulassen, dass an seinen Grenzen zu Tausenden Flüchtlinge elendig ertrinken! Der Libanon hat ca. 900.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Es ist skandalös, dass wir

in Deutschland nur über 5.000 oder 10.000 diskutieren. Wir Grüne wollen schnelle und unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und Europa und ein Ende des menschenunwürdigen Umgangs mit ihnen.

Der politische Prozess wird immer mehr von Lobbyismus mächtiger Sonderinteressen manipuliert. Dem stellen wir Grüne uns entgegen - gerade in Europa. Wir wollen kein Handelsabkommen mit den USA, das Umwelt- und Verbraucher*innenschutzstandards unterläuft und die Interessen großer globaler Konzerne über unsere demokratischen Rechte stellt. Deswegen fordern wir das Aussetzen der Verhandlungen und ein neues, viel engeres Verhandlungsmandat.

Viele Bürger*innen denken bei der EU an Bürokratie und Regelungswut. Wir meinen:

Entscheidungen sollen so dezentral wie möglich gefällt werden. Wir wissen: Für die großen Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Frieden, Menschenrechte und wirtschaftliche Stabilität brauchen wir mehr Europa. Gleichzeitig muss Europa lernen, die Kirche im Dorf zu lassen: Die öffentliche Daseinsvorsorge - z. B. die Trinkwasserversorgung - wollen wir in der Hand der Kommunen belassen. Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihren Besonderheiten schützen wir auch in einer Europäischen Bankenunion.

Das Grüne Programm zur Europawahl findest du hier:

<http://www.gruene.de/themen/europa/europawahlprogramm-2014.html>

Das Manifest der Europäischen Grünen Partei „Change Europe. Vote Green.“ hier:

<http://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/EGP%20Common%20Manifesto%20FINAL.pdf>

von Sven Giegold

GJ ESSLINGEN

Deine Stimme für Esslingen

Ihr habt als 16 jährige zum ersten Mal die Chance in Esslingen etwas zu bewegen!

Uns als GJ Esslingen liegt die Einbeziehung der Interessen der Jugendlichen in die Kommunalpolitik am Herzen. Wird nicht immer in der Politik betont „die Jugend ist unsere Zukunft“? Doch wie sehen die Beteiligungsmöglichkeiten der jungen Engagierten in der Realität wirklich aus?!

Folgende Punkte und Interessen zeichnen uns als GJ Esslingen aus:

- Wir fordern eine Einführung der Nachtbusse in Esslingen und den anliegenden Gemeinden, um die Mobilität auch in der Nacht zu gewährleisten.
- Plätze an denen sich die Esslinger Jugendlichen aufhalten müssen attraktiver sein! Wir fordern einen kostenlosen und freien Internetzugang per W-Lan.
- Einbeziehung der Interessen der Jugendlichen. Wir fordern ein Mitspracherecht und mehr Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in der Kommunalpolitik. Die Jugendlichen müssen beteiligt werden, um über ihre Zukunft zu entscheiden.

Schon seit vielen Jahren sind wir auf Gemeinde- und Stadtebene in verschiedenen Gremien aktiv. Wir wissen, was es bedeutet für die Interessen anderer einzustehen. Diese Arbeit machen wir sehr gerne und mit großer Leidenschaft. Wir haben keine Zurückhaltung, Dinge und Situationen offen und ehrlich anzusprechen. Gerne tragen wir, wenn es um das Wohl anderer geht, die eine oder andere Diskussion mehr (als üblich) aus.

Zum Schluss noch einen Satz: Es wäre schade wenn wir jungen Grünen nicht in diesem Gremium vertreten wären.

Hoffentlich beteiligt ihr Euch alle an der Wahl und trifft die richtige Entscheidung, denn unsere Zukunft liegt in Euren Händen und Eure Zukunft liegt in unseren Händen!

Julian Seiter (GJ Esslingen)

GJ FREIBURG

Auch nach der Bundestagswahl ging es für uns als Grüne Jugend Freiburg mit Lust, Laune und viel Zuversicht weiter. Denn die nächsten politischen Brennpunkte warteten:

In Freiburg gab es eine Diskussion über die Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes. Nach dem gescheiterten Alkoholverbot, die nächste „tolle“ Idee mit repressiven Mitteln junge Menschen aus der Innenstadt zu vertreiben. Da stellten wir uns in einem Jugendbündnis u.a. mit Jusos und Linksjugend in Freiburg dagegen: in der Gemeinderatssitzung plakatierten wir „Ihr nehmt uns die Innenstadt – schafft doch gleich die Jugend ab“. Mit einer Stimme Mehrheit setzten sich jedoch leider die KOD-Befürworter durch. Doch wir bleiben weiter dran und das Thema steht auch im Kommunalwahlkampf hoch auf der Agenda.



Inhaltlich starteten wir das neue Jahr mit unserem Themenmonat „Asyl“. Durch verschiedene Referent*innen haben wir einen tieferen Einblick in das hochbrisante Thema bekommen. Alles in allem ist es schön zu sehen, dass es vor allem in Freiburg viel Engagement gibt und auch Erfolge auf diesem Politikfeld erzielt werden – für eine gerechtere und soziale Asylpolitik muss aber noch viel getan werden!

Nicht nur im Vorfeld zum Weltfrauentag waren wir bei der OneBillionRising Demo in Freiburg stark vertreten, sondern veranstalteten einen spannenden Themenabend mit frauenpolitischem Vortrag, Musik und einer Fotoausstellung. In der auf den 8. März folgenden Aktionswoche in Freiburg organisierten wir mit den Grünen zudem ein Frauenfrühstück.

Im nächsten Halbjahr steht für uns ganz klar die Kommunalwahl im Mittelpunkt. Mit Henriette und Pascal haben wir zwei Kandidat*innen unter den ersten 20 der Grünenliste. Bei dieser Kommunalwahl kommt es auch mit dem geänderten Wahlrecht für uns mehr als zuvor darauf an, vor allem für junge Menschen ein attraktives Angebot zu schaffen. Damit Freiburg grün bleibt und vielleicht auch ein bisschen (jung)grüner werden kann.

Viel mehr nachzulesen und anzuschauen gibt es auf unserer Homepage (www.gj-freiburg.de), auf Facebook (www.facebook.de/gj-freiburg) oder auf Twitter (@gj_freiburg).



GJ HEIDELBERG

Nach einer sehr aktiven Phase im Wahlkampf, gefüllt mit Podiumsdiskussionen, Homoehe-, Fairtrade-Kaffee- und Klimaschutzaktionen, erhielt unsere Ortsgruppe einen starken Zustrom neuer Mitglieder. Wir nutzten den Rest des Jahres, um uns intern über Wirtschaft und Umweltschutz und deren Zusammenspiel zu informieren. Zudem überarbeiteten wir von Grund auf unsere Satzung und wählten erstmals in der Geschichte der GJ Heidelberg einen 50% quotierten Vorstand, der nun auch in der Satzung verankert ist. Ein großer Erfolg für uns selbst, wenn man bedenkt, dass wir Anfang 2013 noch einen 4-köpfigen rein männlichen Vorstand hatten.

Seit längerem planen wir außerdem eine Aktion, die über Essensverschwendung informieren soll. Die Idee dazu entstand bei unserer Weihnachtsfeier durch den Film „Taste the waste“. Die Aktion wird im März stattfinden.

Seit Anfang des Jahres beschäftigen wir uns zudem verstärkt mit der Kommunalpolitik. Dazu hatten wir mehrere Besuche von Mitgliedern der Gemeinderatsfraktion, die uns über verschiedene Themen informierten: Verkehr, Konversion, Umwelt, etc. Außerdem haben wir es geschafft unseren Kandidaten Oliver Priem auf den aussichtsreichen Platz 8 auf der gemeinsamen Liste von Bündnis 90/ Die Grünen und generation.hd zu bringen. Mit Ricarda Lang (GJ und GHG, Platz 13) und Lisa-Marie Zoller (GHG, Platz 19) sind sogar noch weitere junge grüne Kandidatinnen auf der Liste vertreten. Mit diesen Kandidat*innen im Rücken beteiligten wir uns an der Entstehung des Kommunalwahlprogramms und brachten hier zahlreiche Ideen ein. Wir werden uns also nun mit vollem Elan in den Kommunal- und Europawahlkampf werfen.

GJ HEILBRONN

Weder besonders neu, noch besonders aktuell, aber dennoch schockierend:

In Heilbronn wird gezeigt, wie man aus Profitgier bereitwillig Natur und Umwelt für nachfolgende Generationen zerstört. Die Rede ist von der Untertagedeponie in den Heilbronner und Bad Friedrichshaller Salzstöcken. Seit den 80er Jahren wird dort Giftmüll eingelagert, und zwar alles von relativ ungefährlichen Stoffen bis hin zu hoch gefährlichen Umweltgiften sowie schwach strahlendem Abfall.

Grundsätzlich ja nicht Schlechtes - „Irgendwo muss das Zeug ja hin“, um es mit Kretschmann zu sagen.

Was aber tun, wenn sich die Lagerstätte aufgrund von drohenden Wassereintrüben als ungeeignet erweist und die Einlagerung eine Grundwasserverseuchung für kommende Generationen bedeutet?

Ein Einlagerungsstopp und das Sichern des Mülls wären doch die Folge.

Nicht so in Heilbronn - hier ignorieren Stadt und Land, jeweils zur Hälfte Eigentümer der Südwestsalzwerke AG, munter Realitäten. Denn beinahe sicher kann gesagt werden, dass der Müll irgendwann „absaufen“ wird. Nicht heute, nicht nächstes Jahr, aber kommende Generationen werden die Rechnung tragen. Das sagten sogar Gutachten, welche von den Salzwerken selbst in Auftrag gegeben wurden. Dort hieß es, die „Langzeitsicherheit ist nicht gewährleistet“. Derweil wurde die Öffentlichkeit über ein Gesteinsabbruch im Salzbergwerk von rund 5000 m³ Material1, der als Vorbote eines Wassereintrübs in die Lagerstätte gesehen werden kann, erst durch Schweizer Medien unterrichtet.

Ein ausführliches Gespräch der GJ Heilbronn mit dem Geschäftsführer des regionalen BUND Heilbronn Franken Herrn May-Stürmer hat uns gezeigt, wie schwierig es ist, die Öffentlichkeit über die Problematik aufzuklären, auch weil regionale Medien diesbezüglich eine kritische Berichterstattung verweigern.

Seit etwa 20 Jahren bemühen er und weitere Aktive des BUND und der Grünen sich, dieses Thema zu skandalisieren. Dennoch wurde bisher kaum etwas erreicht, auch nicht in Zeiten einer grün-roten Landesregierung.

Als chancenlos beurteilt die GJ Heilbronn eine erneute Aufnahme des Themas in die politische Agenda. Auch im laufenden OB-Wahlkampf bestreiten alle Kandidaten im Einklang mit den Vertretern von Stadt und von Unternehmen eine Gefahr für die Region.

Wir befürchten, dass hier die Zukunft unserer Kinder wegen kurzfristiger staatlicher Profitinteressen begraben wird.

GJ KARLSRUHE

Obwohl nach dem Bundestagswahlkampf das grüne Büro wieder entrümpelt worden ist, haben wir festgestellt, dass dieser Raum für unsere Gruppengröße zu klein geworden ist. In einem Jugendverbandshaus haben wir einen neuen (leider etwas sterilen) Sitzungsort gefunden.

Mittlerweile sind wir auch schon wieder in den Vorbereitungen für den nächsten Wahlkampf. Da aus unserem Kreis zwei Mitglieder für den Gemeinderat in Karlsruhe auf Listenplätzen unter den ersten 10 kandidieren, werden sie dabei unsere besondere Unterstützung erhalten. Im Stadtjugendausschuss unterstützen wir auch die Umsetzung eines Wahl-o-Maten für die Gemeinderatswahl.

Im letzten halben Jahr hatten wir auch wieder einige Referent*innen zu Gast, u.a. Beate Müller-Gemmeke und Susanne Wenz.

Im Dezember hat bei uns in Karlsruhe die alljährliche Weihnachtsfeier mit selbstgekochter Süßkartoffelsuppe und Glühwein stattgefunden; außerdem haben wir den Neujahrsempfang der GJBaWü wie jedes Jahr bei uns in Karlsruhe empfangen. Natürlich waren wir auch in Pforzheim bei der Blockade gegen die Fackelmahnwache vertreten. Mittlerweile sind wir neben dem anstehenden Wahlkampf auch zur Planung von Aktionen zum Thema Asylpolitik und zum Thema soziale Gerechtigkeit (Umverteilung) übergegangen.

Diese findet jetzt auch wieder in unserem alten Tagungsort im grünen Büro statt, das wir umgestalten und erweitern werden.

GJ KIRCHHEIM

Max und Moritz.

Eine grüne Geschichte im ersten Aufgang.

Max und Moritz, machten beide, als sie lebten, viele Freunde. So oder so ähnlich würden wir das berühmte Werk von Wilhelm Busch gerne umschreiben. Wir, Viktoria und Moritz, sind zwar alles, was die Grüne Jugend Kirchheim unter Teck bisher zu bieten hat, aber das soll nicht so bleiben.

Deswegen sind es auch nicht Streiche, die wir aushecken, sondern vor allem Aktionen um Neuinteressierte auf uns und junggrüne Ideen aufmerksam zu machen. Unsere Köpfe stecken wir gerne zusammen, wenn es um unsere Heimat am Fuße der schwäbischen Alb geht. Grün ist es hier schon, aber in unseren Augen geht noch viel mehr. Mehr grüne Ideen in der Kommunalpolitik, mehr aktive grüne Jugendliche oder auch einfach mehr grüne Flächen im Stadtgebiet von Kirchheim unter Teck.

Spaß steht bei uns nicht gleich an erster Stelle, aber definitiv weit vorne. Kreativ sind wir auch bei der Planung unserer Treffen, so wollen wir mit Interessierten bald in Plochingen in den Seilen (des Klettergartens) hängen und danach erkunden wie man auch in der Politik hoch hinauskommt. Mit jugendlicher Energie möchten wir unseren etablierten Ortsverband der Grünen inspirieren, begleiten und verstärken. Wir sehen unsere Stärken darin politische Ideen in Bereichen zu verbreiten, welche zwar politisch denken, aber mit einer Partei und ihren Strukturen weniger anfangen können.

An alle, die sich hiermit angesprochen fühlen, wir sind bereit und warten auf weiteren Zulauf. Für Aktionen und ein Kennenlernen mit anderen Ortsverbänden sind wir mehr als offen und freuen uns auf eure Mails.

GJ LÖRRACH

Die Grüne Jugend Lörrach ist wieder aktiv!

Nach dem viele Mitglieder aus schulischen bzw. beruflichen Gründen gegangen sind, mussten wir uns erst wieder neu organisieren. So haben wir jetzt unsere eigene E-Mail-Adresse (gj@gruene-loerrach.de) und facebook-Seite (www.facebook.com/gruenejugendloe) - diese kann natürlich gerne geliked und weiterempfohlen werden! ;) Auch gestalteten wir einen Selbstdarstellungsflyer, den wir während der Bundestagswahl unter die Leute gebracht haben.

Ansonsten beteiligten wir uns im Jahr 2013 mit einem Hochtourstopp am Bundestagswahlkampf, wo wir unsere Bundestagskan-

didatin Ina Rosenthal kräftig unterstützt haben. Nach der Bundestagswahl demonstrierten wir dann bei einer Musikparade gegen die Ausspähung der NSA und forderten unter anderem auch freien Zugang zur Kultur.

Für die Zukunft steht jetzt an, mehr Mitglieder zu bekommen und uns einfach längerfristig zu etablieren. So findet zum Beispiel ein Einsteiger_innentreffen für alle interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen statt.

Das war es erst mal von unserer Seite und wir senden euch aus dem südlichsten Süden liebe Grüße! :)

GJ MANNHEIM

Durchweg gut drauf und immer gut dabei – Das ist die GRÜNE JUGEND Mannheim! :)

Eine kunterbunte Truppe, die es liebt gemeinsam zu diskutieren, auf Demos zu gehen, Veranstaltungen auf die Beine zu stellen oder einfach bei geselliger Runde durch Kneipen zu touren. Oft gibt es bei unseren Treffen viel zu Lachen. Wir entwickeln ideenreich neue Konzepte für unsere Projekte, debattieren unsere Anschauungen und stemmen durch unsere verlässlichen Mitglieder auch die ambitioniertesten Organisationsarbeiten. Wir hören jedem zu und sagen was wir denken. Unsere Vielfalt macht uns besonders!

Egal ob ein Infostand zum Thema Fracking, ein Sozillimbotanz für den Mindestlohn, oder ein Waffelstand um Geld für Obdachlose zu sammeln, wir sind gerne dabei, wenn es darum geht auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam zu machen oder unsere Position klarzustellen! So auch bei der Enthüllung von PRISM und TEMPORA. Wir gingen gemeinsam auf der Straße, hielten Reden ab und organisierten mit den JuPis eine Demo.

Letzten Sommer heirateten wir uns auch gegenseitig um ein Zeichen gegen Homophobie zu setzen. Denn: Love knows no gender!

Und weil wir auch frischen Wind in den Mannheimer Gemeinderat bringen wollen, stellen wir unsere eigene Spitzenkandidatin, Melis Sekmen, zu den Kommunalwahlen auf. Ganz nach dem Motto "Junges Gemüse in den Gemeinderat" positionierten wir uns mit einem stacheligen Stand vor die Listen-Mitgliederversammlung der Altgrünen und verteilten Karotten mit unserem hippen Slogan. Momentan arbeiten wir mit der Stadt zusammen um die Earth-Hour in Mannheim voran zu bringen und auf die Relevanz des Stromsparens aufmerksam zu machen. Aber auch mit der Planung des in Mannheim bald stattfindenden Asylseminars sind wir gemeinsam mit dem FaVo beschäftigt.

Auch wenn wir eine stark fluktuierende Gruppe sind, so halten wir um so mehr zusammen, pflegen unsere Streitkultur und haben so konstant über die letzten Jahre viel gelernt, viel Spaß gehabt, viel erreicht und stacheln gezeigt.



GJ RASTATTBADEN-BADEN

Neu gegründet und gleich voll im Wahlkampf

Am 17.1.2014 hat sich die Grüne Jugend Rastatt/Baden-Baden, auf Initiative einiger engagierter Menschen, offiziell neu gegründet. Mit elf Gründungsmitgliedern sind wir gar nicht mal so schlecht besetzt, obwohl Gründungsmitglied bei uns nicht gleich aktives Mitglied heißt. Ihr kennt das wahrscheinlich.

Die Idee für diese Gründung kam an einem Wahlkampfstand der Altgrünen auf, bei dem ein Altgrüner zu jemandem sagte, dass es doch toll wäre, eine aktive Grüne Jugend vor Ort zu haben und dass man diese Gründung mal initiieren sollte.

Gesagt getan und nach unserer Gründung finden wir uns direkt wieder im Wahlkampf wieder. Diesmal geht es um die Kommunalwahlen, für die wir viele junge Menschen mobilisieren wollen.

Nach einer ersten Aktion, der Beteiligung an einer Anti-Nazi Kundgebung in Baden-Baden, für die wir bunte Banner malten, um auf uns aufmerksam zu machen, müssen wir uns nun Gedanken machen, wie wir uns im Kommunalwahlkampf repräsentieren wollen. Dazu haben wir auch schon einige Ideen: So wollen wir zum Beispiel eine Veranstaltung zu Bildungspolitik organisieren, die zum Schwerpunkt die Umsetzung von Chancengleichheit in Bildung in Rastatt hat. Zu dieser wollen wir vor allem Jugendliche dazu einladen, anschließend an einen Vortrag mit uns zu diskutieren.

Natürlich planen wir auch normale Infostände, zum Beispiel beim Rastatter Jugendgipfel oder bei einem Benefizkonzert gegen Rassismus. Doch nur normale Infostände wären ja langweilig, weswegen wir bereits eine tolle Aktion vorbereiten, die unmittelbar vor der Kommunalwahl stattfinden wird – über diese lest ihr dann in der nächsten Ausgabe mehr.

Natürlich sind wir auch gerne bereit mal etwas mit einer anderen GJ zu machen, zum Beispiel eine gemeinsame Aktion oder anderes. Solltet ihr also Interesse haben könnt ihr euch gerne an uns wenden. Unsere Kontaktadressen und bald auch unsere Homepage findet ihr auf der Website des Grünen Kreisverbandes Rastatt/Baden-Baden.

Clemens Uhing

GJ SCHWÄBISCH HALL -CRAILSHEIM

Die Grüne Jugend Schwäbisch Hall-Crailsheim ist gerade am Wachsen und konnte in den vergangenen Monaten einige neue Mitglieder gewinnen. Da wir uns noch mehr Zuwachs wünschen, um größere Projekte starten zu können, haben wir beschlossen mit mehr Aktionen auf uns aufmerksam zu machen. Um die Grüne Jugend vorzustellen und für uns Werbung zu betreiben, haben wir auf dem Crailsheimer Marktplatz bereits einen Werbestand aufgebaut und mit vielen Bürger*innen Gespräche geführt und uns die Grüne Jugend in Crailsheim ein Stück weit bekannter gemacht.

In den Kreisverband Schwäbisch Hall und den neugegründeten Ortsverband Crailsheim von Bündnis 90/Die Grünen sind wir gut integriert. Im Vorstand des Kreisverbandes sind wir seit der Wahl im letzten Jahr mit zwei Besitzern, Andreas Knecht und Christian Hellenschmidt, vertreten. Im November letzten Jahres gegründeten Ortsverband Crailsheim stellen wir mit Sebastian Karg den stellvertretenden Sprecher.

Für die nächsten Monate haben wir natürlich vor, mehrere Veranstaltungen für den Wahlkampf zu organisieren, um dabei zu helfen, dass möglichst viele grüne Kandidatinnen und Kandidaten in den verschiedenen Parlamenten vertreten sind. Im Mai stehen neben der Europawahl auch die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg an, bei denen wir selbst Kandidat*innen stellen, die wir in den Crailsheimer Gemeinderat und den Kreistag des Landkreises Schwäbisch Hall bringen wollen. Bei der Gemeinderatswahl treten Christian Hellenschmidt und Sebastian Karg auf den Listenplätzen 4 und 7 für die Grünen an. Für die Kreistagswahl haben die beiden die Listenplätze 3 und 4 im Wahlkreis Crailsheim erhalten. Im Wahlkreis Gaildorf tritt Jeremy Jung auf Listenplatz 2 bei der Kreistagswahl an.

Sebastian Karg, GJ Schwäbisch Hall-Crailsheim

GJ STUTTGART

Super Antifas, super Kandidierende, super Homos*, #supergeil
Unser Jahr 2014 hat nach einer rauschenden Weihnachtsfeier zum Thema Sub- und Clubkultur aktivistisch begonnen. So gar nicht erfreut waren wir über ein paar Bürger*innen aus dem Stuttgarter Stadtteil Feuerbach, die durch ein geplantes Asylbewerber*innenheim in direkter Nachbarschaft, neben ihren „völlig verängstigten Kindern“, ihre Immobilienwerte gefährdet sahen. Gemeinsam mit anderen antirassistischen Gruppen zeigten wir auf der darauf folgenden Kundgebung Flagge: „Stuttgart ist weltoffen!“.

Kurz nachdem sich Mitte Januar unser neuer Vorstand formiert hatte, stattete uns Ska Keller einen Besuch ab, um über die Green Primaries und eines ihrer Spezialgebiete – die Flüchtlingsthematik – zu sprechen. Umso großartiger war es, fünf Tage später erfahren zu dürfen, dass Ska die Wahl zur europäischen Grünen-Spitzenkandidatin gewonnen hat.

Anfang Februar haben wir unser junggrünes Gemüse auf die Liste zur Kommunalwahl gepusht, was uns mit Björn Peterhoff (Platz 8) und Sivi-Kristin Welt (Platz 23) gelungen ist. Damit stehen z.B. mehr (sub)kulturelle Freiflächen oder günstigerer Mietraum zur Wahl.

Im Vorfeld der zweiten Demo gegen die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Bildungsplan 2015 sind wir auf die Straße gegangen und haben mit Kreide und Regenbogen-Morphsuits auf die Gegenkundgebung aufmerksam gemacht. Während der Bildungsplan-Demo selbst konnten wir nur den Kopf schütteln über die absurden Interpretationen mancher Rückwärtsgewandter. Von „Keine Sex-Videos in der Grundschule!“ über „Pädos? Nein, Danke!“-Bannern hin zu fehlplatzierten Kirchenliedern versammelte sich ein rechts-konservativer Mob in Stuttgart, der zum Glück auch von den Medien nicht allzu positiv dargestellt wurde. Wir sagen weiterhin: Queer dir deine Welt!





GJ TÜBINGEN

Was macht eine GJ in einer eigentlich schon grün regierten Stadt?

Wir, die GJ Tübingen, sind bunt durchmischt und definitiv diskussionsfreudig, so dass es uns regelmäßig schwer fällt bei einem Treffen alle geplanten Tagesordnungspunkte in einer angemessenen Zeit durchzubekommen.

Neben unseren Diskussionen schaffen wir es dennoch sehr oft, etwas auf die Beine zu stellen.

So haben wir auf Kommunalebene ein Treffen mit unserem OB Boris Palmer organisiert, bei dem wir mit ihm kritisch über seine bisherige und zukünftige Kommunalpolitik diskutierten.

Aber statt nur andere zu kritisieren, haben wir es auch geschafft selbst jemanden ins Rennen zu schicken und freuen uns Vera Paulmann auf einen guten Listenplatz für die anstehende Gemeinderatswahl gewählt bekommen zu haben.

Als Standort für Primatenversuche und aufgrund unserer intern sehr gespaltenen Meinung zu derartigen Versuchen haben wir jemanden eingeladen, der selbst schon solche Versuche durchgeführt hat. Er berichtete sehr objektiv, aber auch kritisch über derartige Versuche, wodurch wiederum Diskussionsbedarf entstand. Natürlich haben wir auch bei der Bundestagswahl geholfen und uns auf Europaebene klar gegen das TTIP bekannt.

Aktuell haben wir in Pforzheim klare Kante gegen Rechts gezeigt und demonstrieren momentan auch gegen die Bildungsplan-kritiker*innen.

In Zukunft wollen wir natürlich genauso aktiv bleiben wie bisher. Unter anderem planen wir mehr Zusammenarbeit mit den Jusos und sind mitten in der Planung einer Podiumsdiskussion mit dem Deutschen Hanfverband. Um uns selbst weiterzubilden werden wir uns mit unserem Landtagsabgeordneten Daniel Lede Abal im Landtag treffen und freuen uns darauf unseren Bundestagsabgeordneten Chris Kühn in Berlin zu besuchen.

GJ ULM

Die GRÜNE JUGEND Ulm mischt die Kommunalpolitik auf.

Bei uns dreht sich seit Monaten alles um die Kommunalwahl, bei der wir als GJ Ulm, Neu-Ulm und Alb-Donau-Kreis richtig erfolgreich sein wollen. Die Altgrünen konnten wir schon von uns überzeugen und haben tolle Listenplätze erreicht, in Ulm ist Lena Christin Schwelling (21) auf Platz 3, Lisa Oelmayer (18) auf Platz 13 und Rafael Reuther (fast 18) auf Platz 24 und in Neu-Ulm hat Philip Merkle (18) Platz 8 auf der Kreistagsliste. Wir haben ein eigenes Ulmer Jugendkommunalwahlprogramm geschrieben, es wird ein supercooles Jugendplakat und einen Kommunalwahlflyer der GJ geben und wir planen viele tolle Veranstaltungen, wie einen Kinoabend, einen Abend zum Thema Flüchtlinge und Asyl mit Alex Salomon (MdL) und sind natürlich bei Erstwähler*innenpartys und Infoständen voll am Start. Außerdem besuchen wir viele lokale Einrichtungen und Organisationen, wie zum Beispiel das Tierheim oder die Jugendhäuser, um uns direkt vor Ort zu erkundigen, wo wir politisch helfen können.

Besonders freuen wir uns auf die LMV, die ja noch vor der Wahl nach Ulm kommt und wir hoffen, dass wir da, mit euch noch mal richtig deutlich machen können, wofür die GRÜNE JUGEND in Ulm und auch um Ulm herum steht.

Wir sind jedenfalls super motiviert und werden den Ulmer Kommunalwahlkampf so richtig rocken!



Glitzer

PSYCHOTEST AUFLÖSUNG:

Du bist ...

... ein kunterbuntes Regenbogen-Glitzer-Einhorn (1)

Du liebst Glitzer über alles. Wenn andere ihre Laune mit Schokolade oder guter Musik aufbessern, holst du erstmal den Glitzer raus. Du glitzerst in allen Lebenslagen. Egal ob Zuhause, auf Partys, bei GJ-Treffen oder auf Demonstrationen - Glitzer geht immer. Glitzer ist für dich auch ein grundlegender Bestandteil deines politischen Engagements. Eigentlich bist du nur wegen dem Glitzer zur Grünen Jugend gekommen. Zu deinen wichtigsten politischen Zielen gehört es, ein Grundrecht auf Glitzer in der Verfassung zu verankern. Mit Glitzer die Welt verbessern, das ist dein großes Ziel.

... ein Glitzer-Mitläufer (2)

Du bist zwar kein Glitzer-Gegner, allerdings ist dein einziger Bezug zu Glitzer die Grüne Jugend. Mittlerweile bist du auch super mit Glitzerutensilien ausgestattet, aber dir fehlt noch das Feeling - Und bist du ehrlich, würdest du, wärst du alleine unterwegs, sicher auf diesen Glitzer-Schwachsinn verzichten.

Du bist ein Glitzer Mitläufer und eher aufgrund sozialer Anpassung bei dem Hype dabei, deshalb kannst du auch sowohl mit der extremen Glitzerliebe wie mit den Glitzerhatern umgehen, das bietet dir einen großen Vorteil in Glitzerdebatten, da du dich auf keine Seite schlägst.

... ein Glitzer-Hasser (3)

Du hasst Glitzer. Für dich ist dieses unnütze Zeug super nervig und du fragst dich wie Glitzer zu einem festen Bestandteil der meisten Grüne Jugend Veranstaltungen/Partys geworden ist. Deiner Meinung nach sollte der Fokus der Grünen Jugend wieder mehr auf Inhalte gerichtet werden und weg von Glitzer.



IMPRESSUM

Herausgeberin: Grüne Jugend Baden-Württemberg

ViSdP: Marc Buschlüter

c/o Grüne Jugend Baden-Württemberg

Königstr. 78, 70176 Stuttgart

Layout: Franziska Plenert Design

Foto (Titel): Franziska Plenert Design

Fotos (Artikel): photocase.com:

sör alex | Dirk70 | ruewi | Xenya | kallejipp | Guntier | J0KeR | .marqs
Gortincoiel | giftgruen | maspi | <<bananarama>> | Terrorkind | Helgi
vortritt | Dragon30

Druck : Laserline Druck Berlin

Nachdruck, auch nur auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Leserbriefe und unaufgefordert eingesandte Artikel sind wir dankbar, übernehmen aber keine Verantwortung. Die Redaktion behält sich Abdruck und sinngemäße Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers wieder.



Diese ZITRO-Ausgabe steht, sofern nicht im Einzelfall abweichend gekennzeichnet, unter der Creative Commons-Lizenz „Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung“^[1] (CC BY-NC-ND). Das bedeutet, dass du das Werk bzw. den Inhalt unter den nachfolgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen darfst: Namensnennung — Du musst den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Keine kommerzielle Nutzung — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

^[1] <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/legalcode>

ZEITRAFFER



ÜBERSICHT ÜBER TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IN DEN KOMMENDEN WOCHEN UND MONATEN

25.04-27.04 | Dortmund

Bundeskongress der Grünen Jugend

2.05 – 4.05 | Ulm

Landesmitgliederversammlung

Die Terminliste wird natürlich stetig ergänzt.

Nähere Infos zu diesen und weiteren Terminen erhaltet Ihr wie immer rechtzeitig über unsere Info-Liste.



DIE GRÜNE JUGEND

BADEN-WÜRTTEMBERG

FINDET IHR IM NETZ BEI:



www.facebook.com/GJbawue



Logo Twitter <http://twitter.com/gjw#>



zitroredaktion@gjw.de

Um auf die Arbeitskreislisten (WiSo, TransLesBiSchwul, Bildung oder Asyl) zu kommen, schreibt einfach eine E-Mail an kim.lang@gjw.de

grüne
Baden-Württemberg



jugend



www.gjbw.de
mail@gjbw.de